Enough is enough!

Nr. 5
Sept./Okt. '98

4,- DM

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holstein

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig - Holstein

Hg.:
Enough is Enough-Redaktionskollektiv/Kiel,
Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Redaktion:
c/o *Initiativenzentrum*
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
c/o *alternative*
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Bankverbindung:
A. Hoffmann
Kto. 408352-201
Postbank HH
BLZ 200 100 20
Stichwort: „*Enough*"

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:
4x/Jahr

Nachdruck:
In antirassistischen und antifaschistischen Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, sonst nur nach Rücksprache mit der Redaktion

Abo:
20,- DM für 4 Ausgaben,
ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
ab 30 Exemplaren 25% Rabatt

Inhalt

Inhalt

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wie in der letzten Ausgabe versprochen, mußtet Ihr auf die Nr. 5 nicht lange warten.

Dem Wahlkampfgetöse der etablierten Parteien widmen wir leider kaum Raum, den Bestrebungen der faschistischen Parteien, in den Bundes- oder Landtag M-V einzuziehen, bzw. die Wahl für die Propagandaverbreitung und Mitgliederwerbung zu nutzen, schon mehr. Wir hatten uns mit einigen Seiten in der letzten Ausgabe der faschistischen Szene in Mecklenburg-Vorpommern zugewandt; wir ergänzen dies in der vorliegenden Ausgabe durch Berichte mit dem *NPD* und *DVU*-Wahlkampf in unserem Nachbarland.

In Schleswig-Holstein konnten die Nazis den Wahlkampf bislang kaum für sich ausnutzen. Auch der *Bund Freier Bürger* des Manfred Brunner, in der Braunzone anzusiedeln, hatte einen schweren Start.

In diesen Wahlkampf konkret einzugreifen, heißt es am 19. September. Ausgerechnet vor dem Rostocker „Sonnenblumenhaus", das 1992 Schauplatz der faschistischen Pogrome war, will die NPD ihre Wahlkampfabschlußkundgebung durchführen! Es dürfte ihr, wenn auch Ihr Euch an den antifaschistischen Gegenaktionen beteiligt, kaum gelingen. Auch wenn unsere Mobilisierung bis jetzt hervorragend läuft, brauchen wir jede und jeden. Die NPD plant, mit ca. 50 Bussen aus der ganzen BRD anzureisen. Rostock ist für die Faschisten kein regionales Projekt, sie wollen mit ihrer Mobilisierung an die Demonstrationen in München und Leipzig anknüpfen.

Bereiten wir ihnen diesmal eine saftige Niederlage!

Üblicherweise haben sich Antifa-Zeitungen zu dieser Jahreszeit immer ausgiebig mit den faschistischen Aktionen zum Todestag des Hitler-Stellvertreter und Kriegsverbrecher Rudolf Heß beschäftigt. Das brauchen wir in diesem Jahr nicht zu tun. Die wenigen kleinen Aktionen, die den Nazis halbwegs gelungen sind, können wir auf einer Seite abhandeln.

Erfreulicherweise ausgiebig können wir dagegen über den Verlauf der *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen* berichten. Viermal machte die Karawane in Schleswig-Holstein Station, viermal bedeutete das kämpferische Stimmung und deutliche Akzente gegen staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus.

Auch darüber hinaus hat sich viel in S-H getan, bzw. gibt es viel zu berichten. Sei es ein brauner Esel namens August, oder die Niederlage der *Ludendorffer*, denen die Gemeinnützigkeit (endlich) entzogen wurde, und der *Patriotischen Jugend* in Henstedt-Ulzburg, die mit ungebetenem Besuch zu kämpfen hatte.

Und verstärkt lösen wir auch unseren Anspruch ein, Zeitung für antifaschistische Kultur zu sein. Der Beitrag zu Bertolt Brecht erfreute schon beim Layouten. Wir hoffen, Euch geht es beim Lesen genauso!

Wir wollten von Anfang an eine Zeitung mit regionalem Schwerpunkt sei, die sich aber dem Blick über den Tellerand der Waterkant nicht verschließt. *Searchlight*, ein englischsprachiges Antifa-Magazin, stellte uns einen Artikel über aktuelle Entwicklungen der faschistischen Bewegung in den USA und über die Morde an antirassistischen Skinheads zur Verfügung.

Einem Projekt, das uns nachahmenswert erscheint, widmen wir drei Seiten: in Sachsen, direkt an der polnischen Grenze, fand ein antirassistisches Zeltlager mit vielen phantasievollen Aktionen statt. Die deutsch-dänische Grenze wäre vielleicht doch auch ein guter Platz für einen aktiven, antirassistischen Kurzurlaub, oder?

Ganz zum Schluß noch eine nicht-inhaltliche Bemerkung: mit der letzten Ausgabe haben wir eine Reihe von Rechnungen, sowie Briefe mit der Nachfrage, ob abgelaufene Abos verlängert werden sollen/ können, verschickt. Eure Reaktion war wirklich motivierend! Nicht nur die plötzlichen Eingänge auf unserem Konto, besonders die Aboverlängerungen mit ganz viel Lob für unsere Zeitung haben die Stimmung heftig gebessert!

Klar, es gibt ein paar Leute, die ihre Rechnungen noch nicht bezahlt haben, aber die stratzen sicher gleich nach dem Lesen dieser Ausgabe zur Bank...weil sie wissen, daß unser Drucker auch seine Kohle sehen will.

Herzlichen Dank an alle, die uns durch Artikel, Fotos, Abos, Lob, Weiterverkauf, Geld, Kaffee und alle anderen lebenswichtigen Dinge unterstützt haben - und natürlich, wie immer, viel Spaß beim Lesen

wünscht Euch Eure

Enough is enough!

- Redaktion

Faschisten erwarten Wahlerfolg am 27. September

Vor dem Sprung in den Bundestag ?

Mit großen Erwartungen sehen die extremen Rechten der Bundestagswahl entgegen. Sowohl der Bund Freier Bürger und die REP als auch die FaschistInnen von DVU und NPD rechnen sich Chancen aus, von einer gesellschaftlichen Stimmung profitieren zu können, in der unter dem Vorwand der Kriminalitätsbekämpfung demokratische Rechte abgebaut werden und große Zustimmung für eine Politik der Bevorzugung Deutscher zu verzeichnen ist.

Insbesondere der Erfolg der faschistischen ***Deutschen Volksunion*** (***DVU***) bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt war für die gesamte extreme Rechte Signal und Ermutigung, sich für die anstehenden Landtagswahlen in Bayern (Anfang September), Mecklenburg-Vorpommern (27. September 1998) und Sachsen (Frühjahr 1999) sowie selbstverständlich für die Wahlen zum Bundestag in Position zu bringen. Die aus der Reihe der UnterstützerInnen der extremen Rechten viel beklagte Zersplitterung und Konkurrenz ist geblieben - auch wenn es aus den Parteizentralen überall hieß, man sei zu einer Zusammenarbeit im Grundsatz bereit. So treten denn - neben weiteren Kleinstparteien - rechts von CDU/CSU der ***Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland*** (***BFB***), die ***Republikaner*** (***REP***), die Deutsche Volksunion (DVU) und die ***Nationaldemokratische Partei Deutschlands*** (***NPD***) an.

REP am Ende ?

Für die REP und deren seit 1994 amtierenden Bundesvorsitzenden **Rolf Schlierer** wird die bayerische Landtagswahl zur *„Schicksalswahl“* (Schlierer); ihr Abschneiden entscheidet maßgeblich über die Zukunft der Partei. In der Parteizeitung und in Pressemitteilungen wird bereits frohlockt: *„Die Republikaner werden ihre Kräfte auf die Landtagswahl in Bayern am 13. September 1998 konzentrieren. Nachdem die Partei dort seit Monaten in Umfragen stabil bei fünf Prozent liegt, sehen die Republikaner, die erstmals flächendeckend in allen bayerischen Landtagswahlkreisen antreten, eine reale Chance für den Einzug in den bayerischen Landtag.“* Daher konzentrieren sich die Wahlkampfauftritte der REP-„Prominenz“ auch auf den Süden des Landes. Zwar konnte die extrem rechte Partei vor zwei Jahren ihre Parlamentssitze im Stuttgarter Landtag wieder erringen, angesichts der Stimmengewinne für die DVU in Sachsen-Anhalt mehren sich jedoch auch in der Partei die Zweifel, ob der eingeschlagene Kurs, sich nach außen hin von NPD und DVU abzugrenzen, beibehalten werden soll. Einige Funktionäre, wie etwa der REP-Kreisrat in Rottweil, **Berndt Welzer**, oder der REP-Stadtrat in Pforzheim, **Fritz Herzberg**, sind derweil ihrer Ämter enthoben worden, weil sie den Abgrenzungsbeschluß unterlaufen haben.



DVU-Wahlwerbung im April 1998 in Sachsen-Anhalt

Inzwischen sind auch eine Reihe von REP-Mitgliedern zur DVU gewechselt. Wie **Karl-Heinz Geyer**, bis vor kurzem REP-Kreisvorsitzender im thüringischen Hildburghausen, werfen sie Schlierer & Co. vor, *„die Partei ins Nichts geführt“* zu haben. Die Parteiführung hat derweil beschlossen, eine intensivere Zusammenarbeit mit dem Bund Freier Bürger (BFB) um **Heiner Kappel** und **Manfred Brunner** zu suchen. Zu deren Kundgebung in Frankfurt gegen die Einführung des Euro im April dieses Jahres waren auch etliche REP-Mitglieder angereist.

Heftige Kritik direkt an die Adresse Schlierers, der als Rechtsanwalt tätig ist, kam u.a. vom rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden **Gerhard Meyer**; die Verteidigung eines wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilten Türken stehe im Widerspruch zu den Zielen der Partei. Und der stellvertretende REP-Bundesvorsitzende **Christian Käs** rügte nach der Niederlage in Sachsen-Anhalt, daß Schlierer den für Berlin vorgesehenen REP-Bundesparteitag ausfallen lasse, um Geld zu sparen. Außerdem befand er die REP in der Selbstdarstellung als *„zu nobel“* und forderte Anfang Mai ein *„Ende mit der

Leisetreterei". Vier Wochen später ließ er entsprechende Taten folgen: anläßlich einer Gegenaktion der REP in Kassel gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" trat er zusammen mit **Thomas Wulff** (Ex-***Nationale Liste***) aus dem neonazistischen Spektrum der sog. ***„Freien Kameradschaften"*** als Redner auf. Diese werteten die gemeinsame Aktion in ihrer Zeitschrift *Zentralorgan* denn auch vorsichtig als *„positives Umdenken"* der REP.

Inhaltlich sind in den Wahlslogans der REP kaum Unterschiede den Forderungen der DVU auszumachen: *„Kriminelle Ausländer raus!"*, *„Deutsche Interessen zuerst!"* und *„Arbeit für Deutsche"* heißt es hier. Und das ganze wird kombiniert mit der Verteidigung der *„sozialen Marktwirtschaft"* gegen den *„Neoliberalismus à la Westerwelle, Walter und Henkel... Ja, zum Staat, weil nur er die sozial Schwachen und Einheimischen schützen kann."*

DVU auf dem Weg zur (r)echten Sammlung?

Als Rückschlag für die REP muß auch die Kandidatur des früheren REP-Bundesvorsitzenden **Franz Schönhuber** auf der DVU-Liste zum Bundestag gewertet werden. Auch wenn viele seiner AnhängerInnen in den letzten Jahren bereits aus der Partei gedrängt wurden, kann die DVU-Parteiführung diesen Schritt als ein ernsthaftes Bekenntnis zur „echten Einheit" verkaufen. Neben Schönhuber sind auch der Herausgeber des faschistischen Magazins *Europa Vorn*, **Manfred Rouhs**, der Autor **Rolf-Josef Eibicht** und der ehemalige REP-Landesvorsitzende von Thüringen, **Rudolf Krause** auf dem DVU-Ticket unterwegs. Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Krause vermutet: *„Es wird zu einer Vereinigung der Rechten unter dem Dach der DVU kommen."* Schon jetzt ist es Frey gelungen, einige bekannte Vertreter der verschiedenen Strömungen des Neofaschismus einzubinden.

Schönhuber hat inzwischen in den Nazi-Zeitungen von Gerhard Frey eine regelmäßige Kolumne bekommen. Darin fordert er die extreme Rechte auf, *„das von den Grünen aus opportunistischen Gründen freigegebene Terrain zu besetzen"* und *„gegen die ökologische und geistige Umweltverschmutzung"* anzutreten. Seinen persönlichen Beitrag für die DVU sieht er im Drängen *„auf eine Zusammenarbeit aller politikfähigen Kräfte im rechten Spektrum"*, in der *„Revision eines Geschichtsbildes, das von den Siegern vorgezeichnet wurde"* sowie im *„von mir seit langem propagierten sozialen Patriotismus"*. In der faschistischen Zeitschrift *Opposition* hatte Schönhuber im Sommer 1998 unter der Überschrift *„Macht mir den linken Flügel stark"* daran erinnert, daß *„die Stoßkraft der nationalsozialistischen Bewegung von links her (kam)."*

In der *Deutschen Wochen-Zeitung* und der *National-Zeitung* stimmt die DVU ihre AnhängerInnen derweil auf den Bundestagswahlkampf ein: *„Bundestag: Reif für die Rechten"*, *„Rechte Chancen wie noch nie"* und *„Zweitstimme für die DVU. Wichtige Hinweise zur Bundestagswahl"* heißt es dort über die *„Partei der Jungwähler"*. Beklagt werden angebliche *„Fälschungen gegen DVU. Die Methoden von Massenmedien"*, dafür gibt es aber *„Begeisterungsstürme zur DVU-Kundgebung"* und im Landtag Sachsen-Anhalts werden *„heiße Gefechte"* ausgetragen. Gelegentlich erscheint auch ein von Parteichef Gerhard Frey unterzeichneter Beitrag, insbesondere dann, wenn es um die Darstellung von Fragen grundsätzlicher Bedeutung geht. Anfang Juni war dies zum Thema *„Wie steht die DVU zur Gewalt?"* der Fall. Sie lehnt sie ab, so könnte das schnelle Fazit nach der Lektüre des Beitrages von Frey lauten, da der seit jeher bemüht ist, ein Verbot der DVU auf jeden Fall zu vermeiden und daher immer von der Grundgesetztreue seiner faschistischen Organisation spricht. Ein offenes Bekenntnis zur Gewalt wäre da wenig hilfreich. *„Rechte Gewalt"* will Frey ohnehin nur als *„Erfindungen linker Rechtsbrecher und deutschfeindlicher Medien"* oder als *„Taten bezahlter Agenten und Provokateure"* kennen, vielleicht auch noch als *„Nachahmungstaten krimineller Psychopathen"* oder als Ergebnis von *„Jugendsünden und Rauschtaten"*. Aber auch dort, wo die DVU-Mitgliedschaft von Nazi-Schlägern bekannt wird, weiß die DVU Rat. Dann nämlich läßt die DVU-Zentrale wahlweise gerne verlauten, die Schläger wären nie Mitglied gewesen, gerade erst eingetreten oder schon vor der Tat wieder ausgeschlossen worden. Nachprüfen kann es ohnehin niemand. Und für die wöchentlich er-



„Mr. Wichtig" - *Ordner bei DVU-Kundgebung in Passau*

scheinende Hetze gegen Flüchtlinge, EinwanderInnen, KommunistInnen, Homosexuelle und andere Gruppen, mit der die DVU-Blätter ihren Beitrag zu einem Klima der Gewalt leisten, müssen sich Frey & Co. ohnehin nur selten verantworten.

Zwar bemüht sich die DVU seit einiger Zeit verstärkt darum, arbeitsfähige Kreisverbände aufzubauen, im Wahlkampf spielen diese aber nur dort eine Rolle, wo - vorzugsweise jüngere - Nazis auch mal zum Plakatieren losgehen. In Berlin verteilten DVUler zudem bei Fußballspielen von Hertha BSC Werbematerial der Partei. Das Gros der völkischen DVU-Hetze wird allerdings aus der Münchner Parteizentrale zentral plaziert - auf großflächigen Reklametafeln und als Postwurfsendung in millionenfacher Auflage. Forderungen wie *„Deutschland den Deutschen"* und *„Deutsches Geld für deutsche Arbeitslose"* sollen gerade diejenigen ansprechen, die eine bevorzugte Behandlung wollen; und zwar nicht wegen einer besonderen Notlage, sondern einzig und allein, weil sie „Deutsche" sind. Darauf reduziert sich im Kern das Motiv der vermeintlichen „Protestwähler".

Groß aufgemacht wird in der Deutschen Wochen-Zeitung auch der Schulterschluß Freys mit dem Vorsitzenden des ***Front National (FN)*, Jean Marie Le Pen**. Die Partei übt in mehreren Städten Frankreichs die Regierungsgewalt aus, verfügt über einen ausdifferenzierten Apparat mit entsprechenden Publikationen und gilt großen Teilen der extremen Rechten in Deutschland als Vorbild. Mit der Verbrüderung zwischen Le Pen und Frey ist die bisherige Kooperation der französischen Faschisten mit den REP weitgehend bedeutungslos geworden. Noch beim Bundesparteitag der REP im Herbst 1997 war Yvan Blot, Europaabgeordneter des Front National, einer der Gastredner. Schönhuber, der bereits seit langem die Verbindung zu Le Pen pflegt und auch bei der Europawahl 1999 auf der DVU-Liste antreten wird, sieht die Verbindung zwischen DVU und FN mit Genugtuung: *„Den größten Erfolg aber stellt für die DVU die Zusammenkunft Le Pen-Dr. Frey dar. In Straßburg wurde am 15.5.1998 eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Front National und der DVU vereinbart. Auch die Bildung einer Fraktionsgemeinschaft im Falle eines Einzuges der DVU in das Europäische Parlament. Damit ging mein Wunsch in Erfüllung."* Die REP hingegen haben dieser Zusammenarbeit *„keine lang anhaltende Zukunft"* vorausgesagt.

NPD: Erst die Straße, dann die Parlamente

Ohne Chancen auf einen Einzug in den Bundestag ist die 1964 gegründete NPD. Ihr Schwerpunkt liegt derzeit allerdings auch nicht bei der Erringung von Mandaten, sondern beim *„Kampf um die Straße"*, der für die NPD Voraussetzung für den *„Kampf um die Köpfe"* und den *„Kampf um die Wähler"* ist. Als Teil der Betonung außerparlamentarischer Aktionen hat die neofaschistische Organisation mehrfach zu Großdemonstrationen mobilisiert, so z.B. in München und Dresden gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht sowie in Leipzig anläßlich des 1. Mai. Inzwischen finden kleinere Demonstrationen der NPD im Bundesgebiet fast jedes zweite Wochenende statt. Die NPD versucht sich insbesondere im Osten Deutsch-

Prof. Dr. Sojka - Spitzenkandidat der DVU in Schleswig-Holstein

Auf Platz 1 der DVU-Landesliste in Schleswig-Holstein darf bei der diesjährigen Bundestagswahl Prof. Dr. Klaus Sojka antreten. Ihn hält Frey offensichtlich für vorzeigbar. So durfte Sojka schon 1996 bei der Großkundgebung der faschistischen DVU in der Passauer Nibelungenhalle als Redner auftreten. In der Deutschen Wochen-Zeitung von DVU-Chef Frey häufen sich in den letzten Wochen seine als Leserbriefe abgedruckten Ergüsse. Der geneigten faschistischen LeserInnenschaft teilt er zum Beispiel mit, daß er *„nach sehr umfangreichen und tiefgehenden Ermittlungen"* sich entschlossen habe, *„im gegenwärtigen Wahlkampf die DVU zu unterstützen"*. Denn - so lernen wir - für *„eine Erneuerung der politischen und gesellschaftlichen Situation"* ist dem Herrn Professor *„keine hierfür geeignetere Partei begegnet als die DVU"*. Vielleicht in Erwartung eines wohldotierten Bundestagssitzes hatte Sojka Ende Juli 1998 schon große Pläne gemacht: *„Vielmehr sollte die DVU nach ihrem Einzug in den Bundestag, aber auch schon über ihren Einfluß auf den Bundesrat so schnell wie möglich dafür sorgen, daß künftig das Staatsoberhaupt vom Volk gewählt wird."* Und weil *„die einseitige, völlig aus dem Gesamtzusammenhang gestanzte und verkantete Besudelung der Kriegsgeneration längst nicht mehr zumutbar ist"*, hat der Professor auch schon 1996 Strafantrag gegen einen Oberst der Bundeswehr gestellt, der in einem Leserbrief im *Rheinischen Merkur* schlichtweg die Wahrheit gesagt hatte, daß nämlich der von Deutschland begonnene Angriffs- und Vernichtungskrieg von Anfang an ein Verbrechen gewesen sei und die Wehrmacht ein wesentliches Instrument zur Durchführung dieser Verbrechen. Aber das mögen Faschisten eben nicht hören.

***

Für einen historisch fundierten Roman suche ich Zeitzeugen, die an der Panzerschlacht bei *Debrecen/Ungarn* persönlich teilgenommen haben. Prof. Klaus Sojka, Garstedter Weg 173, 22455 Hamburg.

lands als radikale „Systemalternative“ zu profilieren und grenzt sich insofern von der DVU und den REP ab. Die Unterstützung früherer REP-Aktivisten für die DVU geißelte das Parteiblatt *Deutsche Stimme* als Bündnis *„mit dem Kapitalisten Gerhard Frey“*.

Die NPD ist weit davon entfernt, das Privateigentum an Produktionsmitteln und damit einen Wesenskern des Kapitalismus in Frage zu stellen; gleichwohl redet sie von *„Sozialismus“* und polemisiert gegen *„die Großkonzerne“*. In einigen Orten hat sie bereits versucht, sich an Arbeitslosenprotesten zu beteiligen und diese mit ihrer nationalistischen und völkischen Agitation zu beeinflussen. Auch die Großdemonstration der NPD zum 1.Mai in Leipzig mit ca. 4.000 Teilnehmenden gehört zu diesem Versuch, die soziale Frage zu besetzen.

Die NPD ist in den letzten zwei Jahren zum Sammelbecken auch für große Teile der offen nationalsozialistischen Gruppen geworden, die zwischen 1992 und 1995 verboten wurden. Insbesondere in einigen Gebieten Ostdeutschlands hat die NPD starken Mitgliederzuwachs erzielt und ist zur stärksten Kraft der extremen Rechten aufgestiegen. In Mecklenburg-Vorpommern betreibt sie derzeit einen intensiven Wahlkampf; täglich finden dort Aktionen und Veranstaltungen statt (vgl. gesonderten Artikel in diesem Heft). Insgesamt sieht die NPD die Wahlbeteiligungen dieses Jahr als gute Gelegenheit, ihre Strukturen auszubauen, die Aktionsfähigkeit auf der Straße auszuweiten und ihr Gewicht innerhalb der extremen Rechten zu erhöhen. Insbesondere die Landtagswahl in Sachsen 1999 bietet aus Sicht der NPD gute Erfolgsaussichten auch für den Kampf um Parlamentssitze. Dort verfügt die NPD mit dem sächsischen Landesverband über ihre mitgliederstärkste Gliederung. Bei der Wahl hat man sich den Einzug in den dortigen Landtag zum Ziel gesetzt.

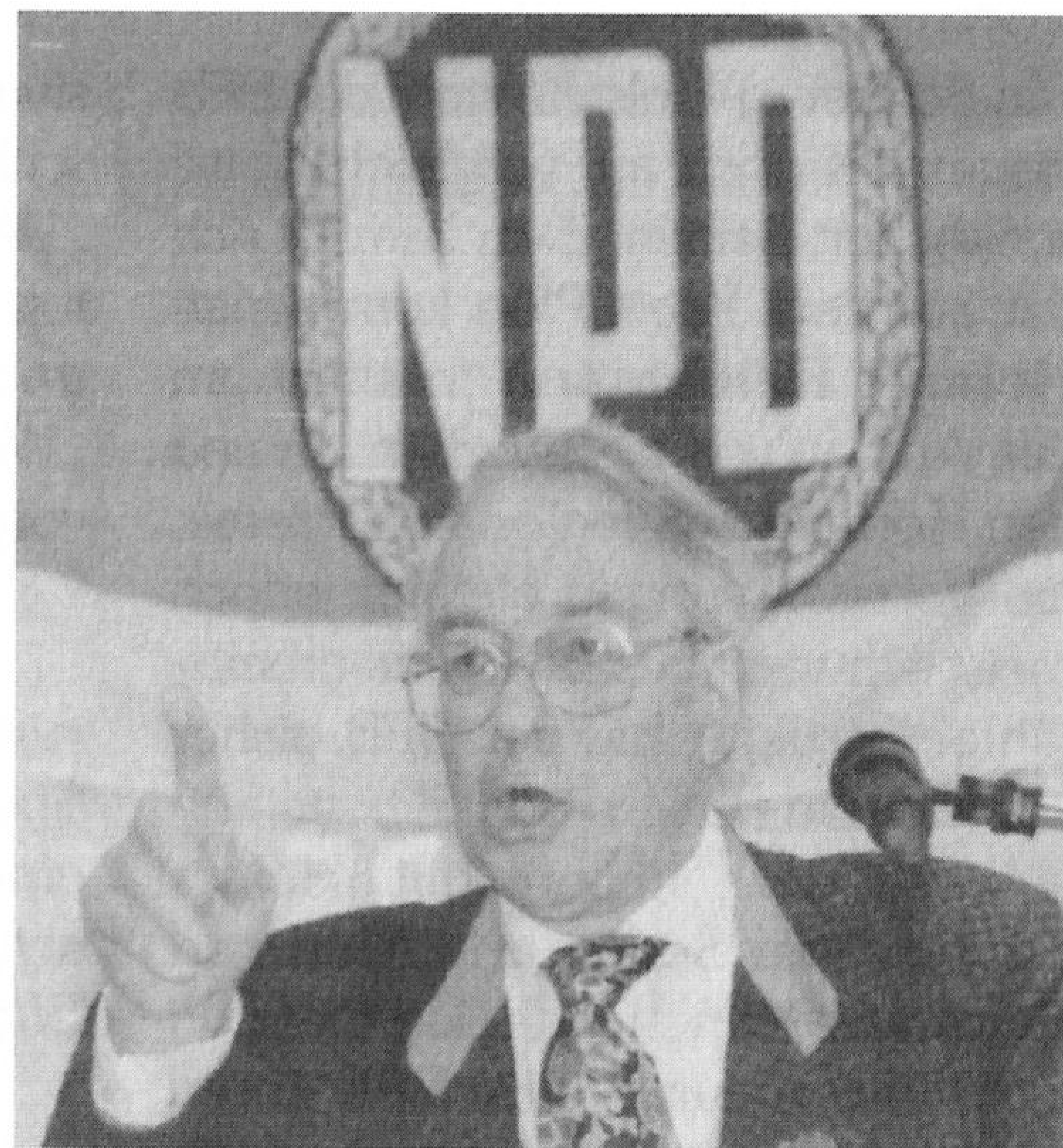
Unterstützung erfährt die NPD bei ihren Aktionen von den Gruppen der sogenannten **„Freien Nationalisten“**; unter dieser Bezeichnung treten vor allem regional organisierte, aber miteinander verbundene faschistische Gruppen (***Kameradschaften***) auf. Ihre Kader kommen meist aus verbotenen Nazi-Gruppen. Eine Schnittstelle zwischen der NPD und den „Freien Nationalisten“ ist die **„AGnS - Arbeitsgemeinschaft nationaler Sozialisten innerhalb und außerhalb der NPD“**.

Die Neonazis der „Freien Nationalisten“ beklagen sich derweil, daß ihnen bei den NPD-Großveranstaltungen kein Rederecht zugebilligt wird, obwohl nicht in der NPD organisierte FaschistInnen dort oft den Großteil der Teilnehmenden ausmachten.

„Man kann wieder wählen“

Die Startbedingungen und die Wahlaussichten der Parteien rechts von CDU/CSU werden auch in den nicht organisationsgebundenen Medien breit diskutiert. **Harald Neubauer**, in seiner Karriere als Neofaschist bereits Mitglied bei NPD, DVU, REP und DLVH, konnte es nach dem Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt kaum fassen. In der Nazi-Postille *Nation und Europa* freute er sich über diesen *„Paukenschlag“* und das Ende einer langen Zeit, in der *„es so ausgesehen (hatte), als seien rechts nur 'verlorene' Stimmen zu deponieren“*. Jetzt aber *„wissen die Deutschen: Man kann wieder wählen.“* Das Wochenblatt der extrem Rechten, die *Junge Freiheit*, hält fest, daß *„das Erkennen und provokante In-den-Vordergrund-Stellen der sozialen Frage ein wichtiger, vermutlich der entscheidende Pfeiler des Erfolges der Republikaner, mehr noch der DVU (ist), die beide den Einbruch in die Wählerklientel der SPD und der PDS geschafft haben und Nichtwähler zu aktivieren vermochten. Appelliert wird an die 'antikapitalistische Sehnsucht'.“* Und: *„Die Partei mit dem größten Willen zur Macht wird den größten Erfolg am Rand haben. Es ist mittlerweile nicht mehr politisch störend, sich antibürgerlich, unfein zu geben. Im Gegenteil. Ein seriöser Stil, wie ihn der Republikanervorsitzende Schlierer pflegt, wirkt in den Augen der entschlossenen, die Gunst der Stunde witternden Rechtswähler volksfern, eher halbrechts, etwas unentschieden. Die DVU gibt sich in dieser Hinsicht rechter'.“*

Scheitern DVU, REP, NPD und BFB aber Ende September an der 5%-Hürde, dann werden die folgenden Monate zu weiteren Verschiebungen und organisatorischen Umgruppierungen führen. Schönhuber: *„Es ist zu befürchten, daß die rechte Zerstrittenheit vor den Bundestagswahlen nicht überwunden werden kann. Die Europawahlen im nächsten Jahr wären dann die letzte Chance.“* Schönhuber, aber auch der Chef der ***Deutschland-Bewegung***, **Alfred Mechtersheimer**, stünden als Personen bereit, hinter denen sich große Teile der extremen Rechten sammeln könnten. Letzterer sieht sich zwar noch in der Nähe der REP (*„Wunschpartner“*), hat aber im Mai erste Gespräche mit Frey geführt. Wohin er sich wendet, wird nicht zuletzt davon abhängen, welche der hier genannten Parteien Ende September am besten abschneidet. Sollte der Einzug in den Bundestag gelingen, so hätte dies eine enorme Sogwirkung zu dieser Partei und würde deren Vorherrschaft im Lager der extremen Rechten zumindest für die nächsten Jahre festigen.



NPD-Spitzenkandidat in Stralsund: Nazi-Terrorist Manfred Roeder

Schwerer Start in Schleswig-Holstein

BFB will extreme Rechte im Mittelstand mobilisieren

Der Auftritt des Bundesgeschäftsführers Dr. Heiner Kappel in Neumünster sollte der erste und letzte Höhepunkt des Wahlkampfes des Bund Freier Bürger (BFB) in Schleswig-Holstein werden. Doch am 25. August fanden sich nur etwa 60 BFB-Fans und Interessierte in der 300 Personen fassenden Stadthalle in Neumünster ein, darunter auch die Kandidaten der BFB-Landesliste. Vor dem Tagungsort machten AntifaschistInnen auf die extrem rechte Programmatik aufmerksam, die sich hinter dem biederen BFB-Image verbirgt.

In Schleswig-Holstein steht der BFB insgesamt noch auf vergleichsweise schwachen Beinen. Zwar bemüht sich der aus dem Kreis Plön kommende **Helmut Reichmann** intensiv um den Aufbau von Kreisverbänden und den Kontakt zur regionalen Presse, die Versammlungen bleiben jedoch meist schwach besucht. Eine arbeitsfähige Struktur hat der BFB bisher vor allem in Bayern und Hessen aufgebaut; dort haben mit Heiner Kappel/Bad Soden und **Manfred Brunner**/München (beide Ex-FDP) die Führerfiguren des BFB ihren langjährigen Wirkungskreis. Auch die Schwerpunkte der BFB-Jugendorganisation namens ***Junge Freiheitliche*** liegen dort. Aus Schleswig-Holstein ist der Quickborner **Patrick Reimers** 1998 in den Bundesvorstand des BFB-Nachwuchses gewählt worden.

Im Osten Deutschlands ist der BFB als eigenständige Partei weiterhin schwach, da dort die Herausbildung der Mittelschichten noch in Gange ist. Dafür wurde Anfang Juni ein enges Zusammenwirken mit dem ***Deutschen Landbund*** verkündet. Dieser beteiligt sich inzwischen aktiv an der vom Hamburger CDU-Mitglied **Heiko Peters** angeschobenen Kampagne gegen die Bodenreform in der späteren DDR. Bei dieser waren zwischen 1945 und 1949 vor allem großbäuerliche Unterstützer der Nazis enteignet worden.

Bereits seit etlichen Wochen verteilt der Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland (BFB) in schleswig-holsteinische Haushalte das *„Wahlprogramm '98"*. Auf 22 Seiten wird von der *„Partei für Recht und Ordnung"** ein Programm zur *„Wahrung deutscher Interessen"* vorgestellt. Daraus einige Beispiele:

- ***Elitebildung*** - *„Die Förderung leistungsstarker Schüler im Sinne der Begabtenauswahl erhält einen angemessenen Rang. Eine erfolgreiche Gesellschaft braucht Eliten"*.

- ***Huldigung des Soldatischen*** - *„Die Bonner Regierung hat die Diffamierung der Wehrmacht zugelassen und erntet nun die Diffamierung der Bundeswehr."*

- ***völkischer Nationalismus*** - *„Wir bekennen uns zur kulturellen Identität eines Volkes... Zur kulturellen Identität gehört auch, daß die nationale und internationale Bedeutung unserer Kulturschaffenden nicht durch eine inländerfeindliche Kulturbürokratie untergraben wird."*

- ***starker Staat*** - Als *„Rückkehr zu Demokratie und Recht"* wird die Forderung bezeichnet, dem Bundespräsidenten die *„klassischen Kompetenzen eines Staatsoberhauptes"* zu geben: *„Er schlägt dem Parlament den Kanzler vor und ernennt die Minister, er leitet die Kabinettssitzungen, er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, er hat das Recht zur Auflösung des Bundestages."*



BFB-Kandidaten aus Schleswig-Holstein (v.l.n.r.): Uwe Holdorf, Helmut Reichmann, Patrick Reimers, Siegfried Pelz (hinten)

□ ***Geschichtsfälschung*** - Als *„Gleichberechtigung für Deutschland"* versteht sich der Programmpunkt: *„Unsere Jugend darf nicht länger mit einem verzerrten und verkürzten Geschichtsbild aufwachsen... die Wahrheit über alle Völkerrechtsverletzungen des Jahrhunderts und besonders über die brutale Vertreibung nach 1945..."*

□ ***Doppelbestrafung und Todesstrafe für Flüchtlinge und EinwanderInnen*** - *„Ausländer sind bei einer Verurteilung zu einer Haftstrafe unverzüglich abzuschieben, selbst wenn die Vollstreckung der Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt ist... Die Haftverbüßung im Heimatland ist sicherzustellen ... die Abschiebung hat ohne Rücksicht auf Strafen im Aufnahme- oder Herkunftsland zu erfolgen."*

□ ***völkischer Rassismus*** - *„In Deutschland gilt weiterhin das Abstammungsrecht... Die Aufnahme der deutschen Aussiedler, z.B. der Rußlanddeutschen, und deren Integration hat Vorrang vor der Einmbürgerung von Ausländern."*

□ ***ungehemmter Sozialabbau*** - *„Schluß mit dem Versorgungs- und Umverteilungsstaat"*.

Mit Hilfe von Zeitungsannoncen versucht der BFB darüber hinaus, bestimmte Zielgruppen für die Partei zu interessieren. So erschien im *Ostpreußenblatt* eine Anzeige mit dem Bild von **Paul Latussek**, dem thüringischen Landesvorsitzenden des ***Bundes der Vertriebenen***. Bei anderer Gelegenheit meldete sich eine ***Arbeitsgemeinschaft der Soldaten*** im BFB zu Wort; in der Erklärung, die anläßlich des 8. Mai veröffentlicht wurde, wurde ausschließlich der deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs gedacht. Zu den Unterzeichnern gehörten auch BFB-Funktionäre aus Schleswig-Holstein: **Dr. Siegfried Pelz**, **Uwe Holdorf** (beide Oberstleutnant a.D.) und **Klaus Wiedmann**, der zuletzt als Fregattenkapitän Dienst tat.

Das BFB-Programm weist eine Vielzahl von Überschneidungen zu anderen Parteien der extremen Rechten auf, die zur Bundestagswahl antreten. Im Sommer empfahl der ehemalige REP-Bundesvorsitzende Franz Schönhuber (bei den Bundestagswahlen auf der DVU-Liste) für die Anfang September stattfindenden Landtagswahlen in Bayern, das Kreuz beim BFB zu machen. Wenn diese Empfehlung teilweise auch dazu dient, den Einzug der REP in den bayerischen Landtag zu verhindern und ihnen damit die Startchancen bei der Bundestagswahl zu verschlechtern (und die der DVU zu verbessern), so wäre diese Empfehlung unglaubhaft, wenn es nicht weitgehend Ähnlichkeiten geben würde.

Der Landesvorsitzende der Partei, Dr. Siegfried Pelz (Wyk auf Föhr), erklärte zwar im Juni gegenüber dem *Flensburger Tageblatt*, der BFB grenze sich von *„Ewig-Gestrigen"* wie Republikanern und DVU *„klar ab"*. Die Praxis allerdings sieht anders aus, wie nicht nur die oben dargestellten Programmpunkte verdeutlichen: das Landesvorstandsmitglied **Thorsten Thomsen** hat enge Kontakte zur Nazi-Szene um den ***Freiheitlichen Volksblock*** (FVB). Und für den 3. Oktober ruft der BFB zu einer Demonstration nach Berlin, auf der - so ist dem Aufruf in der *Jungen Freiheit* vom 8. Mai 1998 zu entnehmen - die *„Rückgabe der deutschen Ostgebiete und des Eigentums der Sudetendeutschen"* gefordert wird. In trauter Eintracht wird diese Aktion neben dem BFB auch von faschistischen Organisationen wie ***Vereinigte Rechte*** und ***Deutsche Liga für Volk und Heimat*** getragen.

Der Hauptredner der BFB-Veranstaltung in Neumünster, Dr. Heiner Kappel, war mit einer Großanzeige in der regionalen Tageszeitung *Holsteinischer Courier* angekündigt worden. Dort warb der BFB mit dem Slogan, es sei *„Zeit für eine echte geistig-moralische Wende"* und einen *„politischen Neuanfang"*. Anfang August hatte Kappel (Zitat: *„Das Volk muß geführt werden. Das ist die Zeit der Demagogie"*.) auf einer Wahlveranstaltung in



Frankfurt gefordert, daß *„endlich Schluß mit den immer neuen Wiedergutmachungszahlungen und Leistungen an jüdische Bürger, die ehemaligen Ostblockländer bzw. an den Staat Israel selbst"* sein müsse. Auch der Vorsitzende des *Zentralrats der deutschen Juden*, Ignaz Bubis, *„müsse wissen, daß seine dauernde Bewertung nahezu aller Ereignisse in Deutschland inzwischen den Menschen mehr und mehr auf die Nerven gehen"*. Daher erwarte er eine *„angemessene Zurückhaltung"*, und es *„müsse mehr als 50 Jahre nach Kriegsende endlich offen gesagt werden, ob mit der sich ständig steigernden Schuldzuweisung an das ganze deutsche Volk nicht ein latent vorhandener Antisemitismus neuen Nährboden erhalte."*** Da ist sie wieder, die alte demagogische Methode, die Juden für den Antisemitismus selbst verantwortlich zu machen. Die Faschisten in diesem Land werden es ihm zu danken wissen.

VF

* alle Zitate aus dem *BFB-Wahlprogramm '98*

** alle Zitate aus *BFB-Pressemitteilung* vom 12.08.98

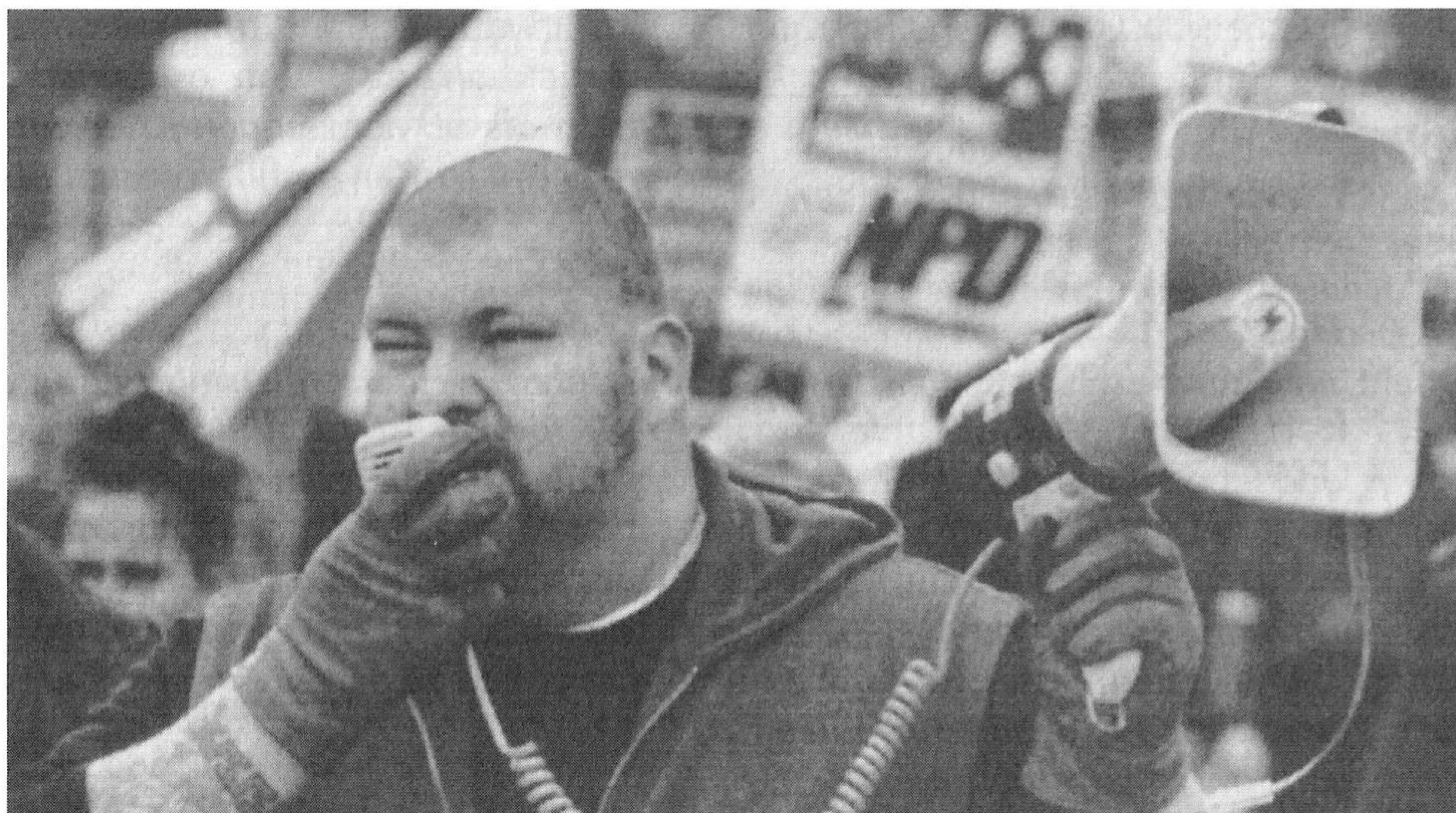
Berichtigung

In der ***Enough is Enough*** Nr. 4 berichteten wir auf Seite 35 über das Ende der Kooperation von BFB und WSH. Der ehemalige WSH-Vorsitzende, der sich nun beim BFB engagiert, heißt nicht Wegemann, sondern **Stegemann**. Wir bitten den Schreibfehler zu entschuldigen.

Nazis im Schweriner Landtag ?

Am 27. September wird nicht nur der Bundestag neu gewählt; in Mecklenburg-Vorpommern wird auch über die zukünftige Zusammensetzung des Landtages entschieden. Während REP und BFB nur in bescheidenem Maße auftreten, gehen NPD und DVU von einer Chance zur Überwindung der 5%-Hürde aus. Die NPD hat für den 19. September eine Demonstration in Rostock als bundesweite Abschlußaktion des Wahlkampfes angekündigt.

In Mecklenburg-Vorpommern verfügt die ***NPD*** derzeit über die besten Strukturen im neofaschistischen Lager. Bereits seit mehreren Wochen macht sie einen intensiven und breit gefächerten Wahlkampf. Dazu gehören Konzerte mit Nazi-Liedermachern ebenso wie öffentliche Auftritte oder die medienwirksamen Provokationen des Nazi-Terroristen **Manfred Roeder**, der in Stralsund als Spitzenkandidat für die NPD antritt.



NPD-Demonstration in Ribnitz-Damgarten

Gegen ihn ermittelt seit Ende August die Staatsanwaltschaft, weil er bei einer NPD-Wahlkampfveranstaltung in Upahl behauptet hatte, den Holocaust habe es *„bekanntlich nie gegeben"*.

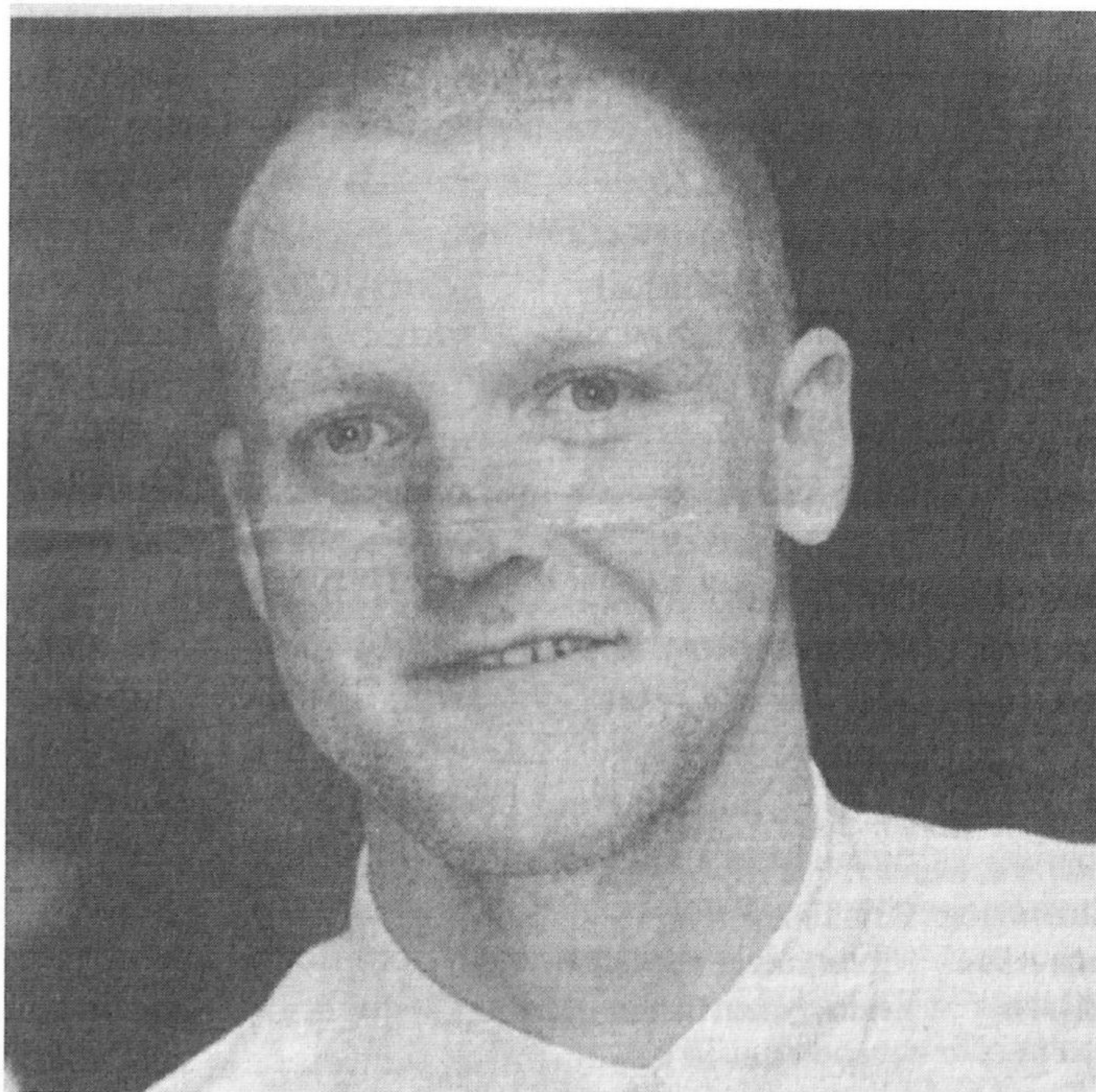
Die NPD hat in ihrer Wahlkampfplanung eine „Schwerpunktbildung" in Mecklenburg-Vorpommern vorgenommen; dies bedeutet nicht nur einen überproportionalen Materialeinsatz, sondern insbesondere die dauernde Anwesenheit erfahrener Kader. Als regionalen Wahlkampfleiter für das *„nördl. Mitteldeutschland"* - so ein internes NPD-Rundschreiben - ist **Thomas Salomon** ausersehen. Der 1954 geborene Salomon ist seit seiner Jugend in der NPD aktiv und kann auf eine langjährige Tätigkeit im Vorstand der Berliner NPD zurückblicken. Vor Ort ist auch **Peter Stöckicht**, der bereits von 1968-1972 für die NPD im Landtag von Baden-Württemberg saß und nun auf Platz 3 der Landesliste plaziert ist. Bei einer NPD-Demonstration in Stralsund Ende Juni war er der Hauptredner vor etwa 150 NPD-AnhängerInnen. Und schließlich ist eine ganze Riege von Kadern der NPD-Jugendorganisation mit der Durchführung des Wahlkampfes befaßt. Hierzu gehören u.a. **Holger Apfel** und **Sascha Roßmüller**.

Als taktische Vorgabe des Wahlkampfes formuliert das NPD-Wahlkampfkonzept: *„Fleißarbeit ist ungemein wichtig, bringt uns alleine aber noch nicht entscheidend weiter. Spektakuläre Vorhaben müssen die solide Grundlage ergänzen und die NPD im Gespräch halten. Mindestziel sollte das Erreichen der Führungsrolle der „Rechten" auch auf dem Gebiet der Wahlen sein."* Mag dieser Anspruch der NPD bundesweit abwegig sein, so ist für Mecklenburg-Vorpommern nicht ausgeschlossen, daß die NPD dort nicht nur *„auf der Straße"*, sondern auch bei Wahlen führende Kraft des faschistischen Lagers wird. Die von der NPD angekündigte bundesweite Demonstration in Rostock-Lichtenhagen, am Ort des rassistischen Pogroms von August 1992, sichert es ihr ebenso wie Roeders Auftritte jedenfalls, daß die NPD-Nazis „im Gespräch" zubleiben.

Holger Apfel ist Unterzeichner eines NPD-Flugblattes mit dem Titel *„Mecklenburg-Vorpommern braucht eine nationale Alternative"*. Darin wird auf zwei eng bedruckten Seiten vor allem gegen die *„nationale Konkurrenz"* durch die DVU vom Leder gezogen. Im Unterschied zu ihr sei die NPD „keine Briefkastenfirma, kein Wirtschaftsunternehmen zur Bereicherung einzelner", sondern habe sich als *„Speerspitze"* des „nationalen Widerstandes" gezeigt. Dies ist der Versuch der NPD, das „nationale Lager", im wesentlichen bereits ideologisch gefestigte FaschistInnen, hinter ihrer Fahne zu sammeln. Anders dagegen das Flugblatt *„Das erste Mal: radikal-national"*, das sich an ErstwählerInnen richtet. In vertraulichem Du werden rassistische Einstellungen angesprochen und mit sozialen Problemen in Verbindung gebracht. Zum Beispiel: *„Du findest es zum Kotzen, wenn Du Bewerbung um Bewerbung schreibst, ohne eine Lehr- oder Arbeitsstelle zu bekommen, während sich auf den Baustellen und in den Fabriken die Ausländer nur so tummeln?"* Zu einer NPD-De-

monstration in Neustrelitz am 1. August unter dem Motto *„Arbeit zuerst für Deutsche“* waren etwa 400 FaschistInnen gekommen. Sie gehören nicht alle zur NPD, sondern sind in Gruppen wie dem ***Kameradschaftsbund Rügen-Berlin,*** der ***National-Germanischen Bruderschaft*** (Ueckermünde) oder dem ***Unabhängigen Freundeskreis*** organisiert. Letzterer führte Mitte August in Lindenberg (Landkreis Demmin) eine Gedenkveranstaltung für den Nazikriegsverbrecher Rudolf Heß durch, an der etwa 70 Nazis teilnahmen.

Der Neustrelitzer NPD-Kreisvorsitzende **Steffen Reichow** tritt auf Platz 5 der Landesliste zur Landtagswahl an. Den Spitzenplatz besetzt **Thorsten Kowalski**, der sich gegenüber den WählerInnen bieder und gesetzestreu gibt, im übrigen aber an der Ausbildung von Jungnazis für den Straßenterror beteiligt ist. Auf Platz 6 kandidiert **Madleine Karden**, auf Platz 4 **Stefan Köster**, und das Bundesvorstandsmitglied **Hans-Günther Eisenecker** steht auf Platz 2. Er ist zugleich Spitzenkandidat der NPD in Mecklenburg-Vorpommern zur Bundestagswahl. Bei einer Pressekonferenz in Neustrelitz forderte er Anfang August auch *„staatstragende Funktionäre der ehemaligen DDR“* auf, sich am Aufbau der NPD zu beteiligen. Mit Schlagworten wie *„deutscher Sozialismus“* und *„Sozialismus ist machbar“* will die NPD auch PDS-WählerInnen unter den 1,38 Millionen Wahlberechtigten erreichen. Ihre mit aggressivem Rassismus gekoppelte antikapitalistische Phrase gegen *„Bonzen“* und *„Großunternehmen“* soll ebenso Stimmen bringen wie der Appell an immer noch wirkende Muster der DDR-Erziehung wie Zucht und Ordnung. Das findet auch der CDU-Bürgermeister von Stralsund, Harald Lastovka, gut: *„60 Prozent der NPD hier sind sehr vernünftige junge Leute ... Die haben die Schnauze voll von*



NPD-Spitzenkandidat Thorsten Kowalski

der laxen Freizeitgesellschaft, die wollen Zucht und Ordnung“, sagte er der *Süddeutschen Zeitung* Ende Juli.

Rund DM 200.000,— läßt sich die NPD den Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern kosten; ein Teil wird auch für Plakate verwendet, wie sie insbesondere in den dicht bebauten Wohnsiedlungen und in den vielbesuchten Feriengebieten an der Ostsee verbreitet werden. Davon sollen auch die Direktkandidaten der NPD, wie z.B. **Jürgen Schirmanski** in Bad Doberan, profitieren. Aber diese Summe ist fast nichts im Vergleich zu den Finanzmitteln, mit denen Freys ***Deutsche Volksunion*** (***DVU***) dem Einzug in den Magdeburger Landtag nun den in Schwerin folgen lassen möchte. Von 2 Millionen Mark ist die Rede. Anders als die NPD kann die DVU kaum auf arbeitsfähige Orts- und Kreisverbände bauen. Sie konnte allerdings einige NPDler und auch den letzten ***DSU***-Landesvorsitzenden **Peter Bohnsack** (*„Endlich gibt es rechts von der CDU wieder eine Partei“*) ist zur DVU gewechselt. Landesvorsitzender war bis vor kurzem der 27jährige Metzger **Birger Fust** aus Güstrow. Inzwischen hat **Fritz Nehls** diesen Posten inne. Gegenüber der Presse tritt in der Regel **Olaf Herrmann**, der Landespressesprecher der DVU, auf.



DVU-Stammtisch in Wismar voraussichtlich an jedem 1. Freitag im Monat um 19.00 Uhr. Nähere Info unter Postf... 23957 Wismar.

DVU-Versammlung Mecklenburg-Vorpommern
am 28. 6. 1997.
Es spricht Heinrich Henftling,
Vorstand DVU e. V.
Kontaktadresse: DVU Mecklenburg-Vorpommern ... 23957 Wismar.

DVU-Versammlung Mecklenburg-Vorpommern
am 28. 6. 1997.
Es spricht Heinrich Henftling,
Vorstand DVU e. V.
Kontaktadresse: DVU Mecklenburg-Vorpommern, ..., 23957 Wismar.

DVU-Veranstaltungsankündigungen in der Frey-Presse

Mitte August wurde es für Frey und die DVU noch einmal eng mit dem Wahlantritt. Die DVU-Landesvorständler **Manfred Dumm** und **Friedrich-Wilhelm Fischer** (Zingst) traten an die Öffentlichkeit und berichteten von unkorrekten Verfahren bei der Aufstellung der Kandidatenliste. Aus der DVU-Zentrale in München kam postwendend ein Dementi, mindestens Fischer wurde aus der Partei ausgeschlossen. Der DVU-Bundesvorstand lehnte erwartungsgemäß den Antrag Dumms ab, DVU-Chef Frey, Bundesvorstandsmitglied Bruno Wetzel und den stellvertretenden Landesvorsitzenden **Joachim König** wegen *„parteischädigenden Verhaltens“* auszuschließen. Am 14. August gab der Landeswahlausschuß grünes Licht für die Kandidatur der faschistischen DVU. König bleibt damit neben dem 23jährigen Wirtschaftsstudenten **Sven Elske** (Wismar) Spitzenkandidat bei der Landtagswahl. Die DVU setzt erneut auf eine flächendeckende und massive Plakatwerbung und die Zustellung von Postwurfsendungen an alle Haushalte des Landes. Das kürzlich vorgelegte Wahlprogramm für die Landtagswahl steht unter dem Generalmotto *„Deutsches Geld für deutsche Aufgaben“* und stellt auf vier DIN A 5-Seiten die nationalistische Bevorzugung der Deutschen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Mittelpunkt (*„Deutsche zuerst! Sofortprogramm gegen Massenarbeitslosigkeit!“*); es folgen *„Schutz*

vor Kriminalität" und *„Endlich soziale Gerechtigkeit"*, wo sich neben unkonkreten Floskeln (*„Steuergerechtigkeit durchsetzen"*; *„Sinnvolle Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche"*) immer wieder rassistische und nationalistische Parolen finden, wie z.B. *„Aggressive ausländische Bettler-Banden stoppen"* oder *„Abbau staatlicher Leistungen für 'Gesundheitstourismus' (mittellose Ausländer reisen ein, um sich kurieren zu lassen, während die Versorgung der Einheimischen immer weniger gewährleistet ist)"*. Zu den sonstigen Forderungen der DVU gehören u.a. ein *„Zentrales Ehrenmal für die Rettung von Millionen Menschen aus dem Osten über die Ostsee durch die deutsche Marine 1945"*, *„Scharfe Verurteilung der Parole 'Soldaten sind Mörder'"* oder auch *„Kein Gesinnungsstrafrecht: Volles Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit"*. Wer in den Nazi-Wochenzeitungen von Gerhard Frey nach Berichten über Mecklenburg-Vorpommern sucht, findet gelegentlich Beiträge von **Bernd Dröse**, der unter dem Pseudonym **Bernhard Barkholt** über die *„Verbrechensflut am Ostseestrand"* oder den *„Kriminalitäts-Alarm in Mecklenburg-Vorpommern"* schwadroniert. Und schon im Mai frohlockte die DVU: *„16 % DVU-Potential in Mecklenburg-Vorpommern. Nach Magdeburg jetzt Schwerin"*. Insbesondere bei jungen Leuten hofft die DVU, Unterstützung finden zu können. Rund zwei Drittel der Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern fühlen sich - so steht es in dem noch unveröffentlichten Landesjugendbericht - von keiner Partei vertreten. Das politische System wird in ganz Ostdeutschland nur von einer Minderheit akzeptiert. Nach einer Untersuchung der Freien Universität Berlin bewerten 43 Prozent der Ostdeutschen die Demokratie grundsätzlich negativ, 29 Prozent lehnen die derzeitige politische Praxis ab. Und das Institut für Marktforschung in Leipzig ermittelte, dass 59 Prozent der Ostdeutschen die DVU-Parole *„Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze"* richtig finden, gar 83 Prozent die Parole *„Kriminelle Ausländer raus"*.

In manchen mecklenburg-vorpommerschen Kleinstädten haben Nazis die Straßen weitgehend für sich erobert. Vielerorts hat man sich an Nazi-Aufmärsche gewöhnt, die eine größere Attraktivität für den Nachwuchs der Nazis haben als Parteiprogramme und -Sitzungen. In diesem Sinne kommt der Verhinderung des Nazi-Aufmarsches in Rostock am 19. September besondere Bedeutung zu.

Auf nach Rostock!

Den Nazi-Aufmarsch verhindern!

Als Abschlußveranstaltung ihres Bundes- und Landtagswahlkampfes plant die neofaschistische NPD am 19. September einen Aufmarsch mit mehreren tausend Teilnehmern in Rostock-Lichtenhagen.

Dieser soll vor dem Sonnenblumenhaus enden - eben dort, wo im August 1992 über mehrere Tage pogromartige Angriffe auf die dortige Zentrale Aufnahmestelle für Asybewerber statt und das Wohnheim der vietnamesischen VertragsarbeiterInnen stattgefunden haben. Damals war es Hunderten von zum Teil parteipolitisch-organisierten Gewalttätern unter dem Beifall einer weitaus größeren Menschenmenge gelungen, in das Gebäude einzudringen und es in Brand zu setzen. Über hundert Menschen konnten sich von Rauch und Flammen bedroht, nur durch Zufall in letzter Minute über das Dach des Hauses retten. An diesem für die Nazis symbolträchtigen Ort will die NPD nun Stärke demonstrieren und ihre menschenverachtende Hetze verbreiten. Einer ihrer Redner auf der Abschlußkundgebung soll der vorbestrafte Naziterrorist Manfred Roeder sein, dessen „Deutsche Aktionsgruppe" bereits Anfang der achtziger Jahre eine Serie von Sprengstoffanschlägen durchführte, bei der u.a. zwei Vietnamesen getötet wurden. Derzeit läuft gegen Roeder ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung. Er soll kürzlich auf einer öffentlichen Wahlkampfveranstaltung der NPD den Holocaust geleugnet haben. Ähnliches ist für Rostock zu erwarten.

Doch wir haben dieser unerträglichen Provokation etwas entgegenzusetzen! Das Rostocker „Bündnis gegen Rechts", bestehend aus Parteien, Gewerkschaften, Initiativen, namhaften Einzelpersonen und Antifas organisiert in gemeinsamer Übereinkunft vielfältige Gegenaktivitäten. Ziel ist es, möglichst viele Menschen aus unterschiedlichen politischen Spektren auf die Straße zu bringen und ihnen die Möglichkeit zu geben, auf ihre jeweilige Art und Weise organisiert Protest kundzutun bzw. direkten Widerstand zu leisten. Den Nazis soll so eine Stimmung bereitet werden, bei der sie froh sind, wenn sie wieder zu Hause sind. Auf Basis dieses Konzeptes wollen auch wir unseren Beitrag zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches leisten. Wir rufen daher Euch, das heißt alle, die sich für eine solidarische, gerechte Gesellschaft einsetzen, dazu auf, gemeinsam mit uns nach Rostock zu fahren und den Nazis in ihrem „Kampf um die Straße" einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Aus Schleswig-Holstein fahren mindestens zwei, eher aber drei Busse nach Rostock. Nähere Informationen könnt Ihr unter der Telefonnummer **0451 - 70 20 748** (*Antifa-Telefon Lübeck*) bekommen.

Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen war da !



Am 14. August 1998 ist die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen in Bremen aufgebrochen. Ihr Ziel ist es, vor der Bundestagswahl deutlich zu machen, daß sich Flüchtlinge und EinwanderInnen auch ohne Wahlrecht zu Wort melden und gegen ihre Ausgrenzung und Diskriminierung protestieren. Der Protest richtet sich gegen die gesamte Bandbreite entwürdigender Maßnahmen bzw. Zwangs- und Abschreckungsaktivitäten, wie sie in der Bundesrepublik täglich umgesetzt werden. In Schleswig-Holstein hat die Karawane in Norderstedt, Bad Oldesloe, Lübeck und Kiel halt gemacht. Mit einer großen Abschlußdemonstration in Köln findet die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen am 19. September ihren Abschluß. Der Kampf gegen rassistische Ausgrenzung und Diskriminierung jedoch geht auch danach weiter.

17. August '98: Norderstedt

Nach drei Monaten Vorbereitungszeit ist die Karawane nun für einige Stunden aus Hamburg kommend in Norderstedt gewesen, um am nächsten Tag nach Lübeck weiterzureisen. Um 15.00 Uhr erwarteten ca.70 Menschen (wobei sich die Vorbereitungsgruppe mehr Beteiligung von MigrantInnen erhofft hatte) die Ankunft der Karawane an der Stadtgrenze zu Hamburg, um sie dort lautstark in Empfang zu nehmen. Nach einer kurzen Begrüßung starteten wir die Demo von nun ca.150 Menschen mit dem „symbolischen" Durchbrechen der Landesgrenze zwischen Hamburg und Schleswig - Holstein. Das Transparent, das die Grenze bildlich darstellen sollte, haben wir an der Stelle gespannt, die für Flüchtlinge eine reale Grenze darstellt, eine Grenze , die nur mit spezieller Genehmigung überquert werden darf. Außerdem wollten wir mit der Aktion nochmal darauf hinweisen, daß wir Staatsgrenzen als solche ablehnen und die Öffnung derselben für alle fordern!!

Die Stimmung unter den DemonstrationsteilnehmerInnen war sehr gut und nach einer kurzen Zwischenkundgebung an der Notunterkunft Ulzburger Straße erreichten wir dann schließlich das Rathaus. Hier gab es eine Abschlußkundgebung mit Redebeiträgen, unter anderem von der Kerngruppe (also Menschen, die über mehrere Städte die Karawane begleiten), von Norderstedter Flüchtlingen sowie von einem Vertreter des Sozialen Zentrums. Am Ende der Demonstration wurde eine Delegation Norderstedter Flüchtlinge und MigrantInnen vom SPD-Bürgermeister-Kandidaten und Sozialdezernenten Harald Freter für ca. zwei Stunden empfangen. Forderungen der Flüchtlinge wie z.B. Bargeld statt Einkaufsgutscheine, wies Freter immer wieder mit dem Hinweis auf bestehende Gesetze, die ihm leider die Hände binden würden, ab. Auch auf die teilweise katastrophale Unterbringung hingewiesen und mit der Forderung nach dezentraler Unterbringung konfrontiert, erwies Freter sich nicht als Bürgermeister in spe, von dem viel für eine Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen zu erwarten wäre.

Als letztes gab er noch die Empfehlung mit auf den Weg, daß Proteste wenn sie Erfolg haben sollen, sie in Bad Segeberg vorgetragen werden müßten. Das Treffen mit ihm war also nicht befriedigend .

Parallel zur Abschlußkundgebung startete eine Delegation der Karawane zum Abschiebeknast Glasmoor und überbrachte den gerade Hofgang habenen Gefangenen solidarische Grüße der Karawane. Am Abend gab es eine Zusammenkunft von ca.20 NorderstedterInnen verschiedener Herkunft, auf der be-

schlossen wurde, auf jeden Fall weiterzumachen.

Ich denke, der Erfolg der Karawane läßt sich eben auch nur daran messen, ob wir - also alle interessierten Norderstedter Flüchtlinge und MigrantInnen verschiedener Herkunft und die deutschen UnterstützerInnen - trotz unterschiedlicher Lebens- und Herkunftsbedingungen eine kontinuierliche solidarische Arbeit hinbekommen, um gegen gesellschaftlichen Rassismus und gegen weitere Entsolidarisierung und Vereinzelung der Menschen zu kämpfen. Die Lokalpresse berichtete ausgiebig über den Norderstedter Teil der Karawane. Die an der Demonstration beteiligten Flüchtlinge und MigrantInnen wurden mit ihren Forderungen endlich als politisch handelnde Menschen wahrgenommen. Zum Abschluß möchte ich noch auf die Präsenz der Polizei während der Demonstration eingehen. Ich frage mich, was die verantwortlichen PolitikerInnen und Verwaltungsangestellten erwartet haben. Ich frage mich, womit ein Aufgebot von zwei- bis dreihundert PolizistInnen und als Krönung zwei Wasserwerfern begründet wurde?

Wir als politisch aktive Menschen in Norderstedt und auch im Rest von Schleswig - Holstein sollten uns mal gemeinsam überlegen, wie wir langfristig dagegen vorgehen können, daß bei Aktionen bzw. Demonstrationen ständig soviele Grünbehelmte die Demo begleiten. (Ich glaube, das war in Norderstedt jetzt die dritte Demo hintereinander, wo so ein großes Aufgebot vor Ort war: die letzte Glasmoordemo, der Besuch von Kanther und nun die Karawane)

Der Kampf geht weiter !

18. August '98: Bad Oldesloe

Am 18. August fand in Bad Oldesloe im Rahmen der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" eine fast dreistündige Veranstaltung auf dem Marktplatz statt. Geplant und organisiert wurde das Ganze von der kurdischen Partei Yekiti und der Avanti-Gruppe aus Bad Oldesloe. Ein Infotisch wurde aufgebaut, mehrere Transparente in deutsch und kurdisch schmückten das Zentrum der Stadt für den Vormittag. Stellwände informierten über die deutsche Asylpolitik im Allgemeinen sowie Speziellen, usw.

Im Großen und Ganzen haben ca. 100 Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern an der Aktion aktiv teilgenommen. Vier Oldesloer Asylbewerber aus dem Kongo, Togo, sowie anderen Teilen Afrikas und dem syrischen Teil Kurdistans hatten Redebeiträge vorbereitet, die jeweils in ihrer Landessprache und auf deutsch vorgetragen wurden.

Zwischen den Beiträgen sorgte der kurdische Saz-Spieler Abbas Ahmed mit Live Musik für eine nette Atmosphäre. Es wurden sogar spontan mehrere Male kurdische Volkstänze vorgeführt, weil die Saz-Musik den Mitwirkenden und ZuschauerInnen so gut gefiel.

Doch die Aktion sollte natürlich nicht nur ein nettes Beisammensein von Deutschen und AsylbewerberInnen ermöglichen. Ziel dieser mehrstündigen Veranstaltung war es u.a., auf die menschenunwürdigen Lebensbedingungen unter den AsylbewerberInnen in den Oldesloer Flüchtlingsunterkünften -in der Turmstraße und in der Ratzeburgerstraße- leben müssen, aufmerksam zu machen.

Wir wollten aber nicht nur über den sogenannten deutschen Alltag der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen berichten. Wir wollten über die Schicksale der Verfolgten informieren und für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen demonstrieren. So wurde z.B. durch Stellwände über das Asylbewerberleistungsgesetz und dessen verherende Folgen für die in Deutschland lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen, über den juristischen „Werdegang" einer vergewaltigten und verfolgten Frau und wie schnell das Mittel der Abschiebung und Ausweisung in Deutschland angewand wird, ausführlich informiert und aufgeklärt.





Höhepunkt der Aktion war jedoch die erwartete 6köpfige Delegation aus Hamburg, die bei der Fahrt von Hamburg nach Lübeck in Oldesloe einen kleinen Zwischenstopp eingeplant hatte, um auch ihre vorbereiteten Redebeiträge mehrsprachig vortragen zu können.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Oldesloer Karawane-Aktion durch ihre freundliche und offene Art der Durchführung überraschender Weise bei dem Großteil der PassantInnen auf rege Zustimmung stieß. Und somit kann die Veranstaltung in der Oldesloer Innenstadt, bei der zwar freundlich aber mit Nachdruck auf die Probleme der in Bad Oldesloe lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen aufmerksam gemacht wurde, als vollen Erfolg gewertet werden. Dies alles könnte nämlich der Beginn einer intensiven Zusammenarbeit von Avanti und den AsylbewerberInnen sein. Hierbei muß erwähnt werden, daß Avanti-Oldesloe auch aufgrund seiner noch recht kurzen Existenz bislang nicht allzuviel Flüchtlingsarbeit zu leisten vermochte. Aber durch diese Aktion vom 18. August ist wohl der bekannte Stein ins Rollen gekommen... und Avanti-Oldesloe plant nun für die Zukunft weitere gemeinsame Aktionen mit Yekiti und anderen Parteien und unabhängigen Menschen die sich für die Rechte der in Deutschland lebenden AusländerInnen einsetzen.

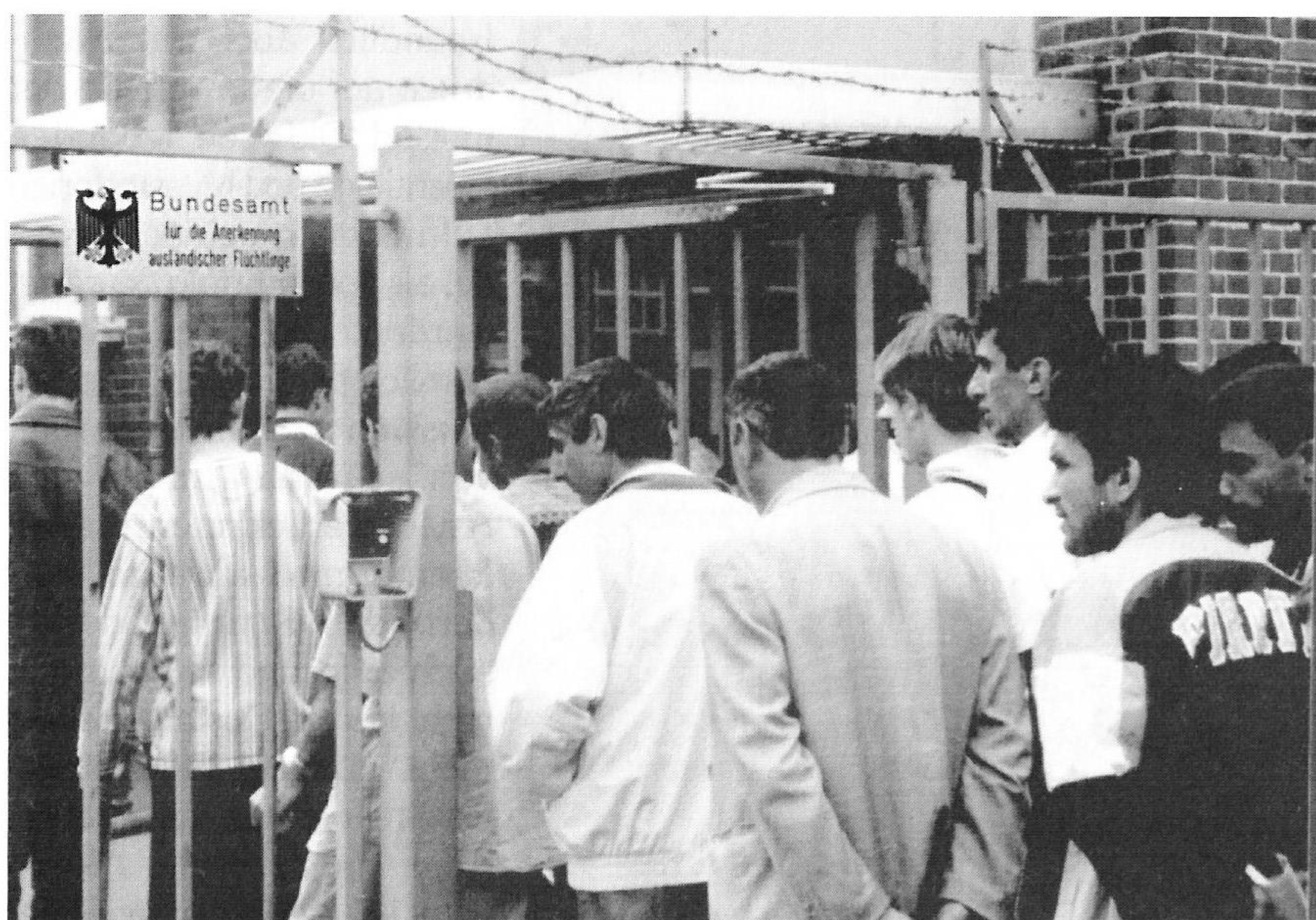
18. August '98: Lübeck

Als am Morgen des 18. August immer mehr Flüchtlinge und UnterstützerInnen auf dem Lübecker Markt eintrafen, kam auch die Sonne raus und so konnten die vielen Stände sorglos aufgebaut werden. Neben Infoständen gab es Kaffee und Kuchen sowie den französischen Films über die „Sans-Papiers“ - die „papierlosen“ Flüchtlinge. Für richtige Stimmung sorgten dann eine improvisierte Trommelgruppe und Flüchtlinge, die Lieder anstimmten. Bevor die Flüchtlingskarawane aus Hamburg eintraf, war der Markt schon voller Menschen, die viele Transparente mitgebracht hatten.

Als der Bus mit den TeilnehmerInnen der Karawane dann eingetroffen war, wurden verschiedene Flüchtlinge dem Motto: *„Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme“* gerecht und forderten eine andere Asylpolitik. Deutsche UnterstützerInnen prangerten die Lebensbedingungen der hier lebenden Flüchtlinge und den rassistisch geführten Wahlkampf an.

Mit etwa 200 Menschen führte dann die Demo durch die Lübecker Innenstadt. Eine bunte Mischung verschiedenster Nationen zog zum Sozialamt. Dort gab es neben einer Rede spontane Tänze zu afrikanischer Trommelmusik und die Demo bekam immer mehr Volksfestcharakter. Vor der Ausländerbehörde forderte eine Vertreterin des Lübecker Flüchtlingsforums die MitarbeiterInnen der Behörde auf, endlich die Ermessensspielräume für und nicht gegen Flüchtlinge auszunutzen und ihre menschenverachtende Behördenpolitik zu verändern. Nach der erfolgreichen Demo stieg man in 2





strengenden Tag bei feurigem Essen und Musik erholen konnten. Am folgenden Tag begleitete eine Gruppe von Lübecker Flüchtlingen die Karawane nach Kiel, um im Frauen- und Innenministerium auf ihre Forderungen hinzuweisen. Wir hoffen, daß die Karawane auch in den folgenden Etappen in so guter Atmosphäre willkommen geheißen wird und viel Erfolg hat.

Lübecker Flüchtlingsforum e.V.

Busse, die nach einer Stadtrundfahrt zur Zentralen Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge (ZAST) fuhren.

Die in der ZAST untergebrachten Flüchtlinge berichteten den Teilnehmern der Karawane u.a. von den schlechten hygienischen Zuständen und dem schlechten Essen in den ehemaligen Kasernengebäuden. Trotz des Verbotes gelang es einigen Teilnehmern auch in Gebäudeteile zu kommen, in die sonst Besucher nicht geführt werden. Sie entdeckten verrottete Duschen und großflächige Schimmelflecken an den Wänden. Begleitet von einigen BewohnerInnen der ZAST fuhren die Busse danach in das Arbeitslosenzentrum, wo sich alle nach dem an-


Sanitäre Anlagen in der Lübecker ZASt

19. August '98: Kiel

In neun Sprachen war auf Flugblättern in Kiel dazu aufgerufen worden, die Karawane in Kiel willkommen zu heißen und die Flüchtlinge und EinwanderInnen in ihrem Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung zu unterstützen.



Am Vormittag ging es zunächst nach Kiel-Molfsee - an die Grenze zwischen dem Kreis Rendsburg-Eckernförde und Kiel. Dort wurde der aus Lübeck kommende Bus der Karawane herzlich begrüßt. Symbolisch wurde die Straße gesperrt, um deutlich zu machen, daß solche „Grenzüberschreitungen" für Menschen mit deutschem Paß völlig problemlos sind. Für Flüchtlinge aber sind sie mit aufwendigen Genehmigungsprozeduren und Schikanen verbunden. Besuche von Freunden in benachbarten Landkreisen sind so immer mit hohem Aufwand verbunden und ihre Genehmigung oft genug von der Großzügigkeit der jeweiligen Amtsperson ab-

hängig. Dieses Mal war es umgekehrt: Flüchtlinge konnten sofort passieren, andere mußten Passierscheine beantragen und wurden nach dem woher und wohin verhört.

In der Kieler Innenstadt folgte dann eine längere Kundgebung, zu der nicht nur die Musik der Gruppe Dekawowo (in Deutschland lebende Musiker aus Togo) gehörte, sondern vor allem eine Vielzahl von Redebeiträgen verschiedener Flüchtlings-und MigrantInnengruppen. Diese beschrieben ihre Lebenssituaton, die Gründe ihrer Flucht und die Verantwortung der Außen-und Wirtschaftspolitik Deutschlands für wirtschaftliche Not, Krieg und Verfolgung in ihren Herkunftsländern. Besondere Beachtung fand der Beitrag von Frauen über die Notwendigkeit der Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe.

Nachmittags machten sich Delegationen ins Innenministerium bzw. ins Frauenministerium auf und trugen ihre Forderungen nach Verbesserung der Situation der Flüchtlinge vor. Zumindest von Frauenministerin Angelika Birk gab es positive Signale. Ohne weitere öffentliche Aktionen und entsprechenden politischen Druck wird aber auch hier nicht genug passieren. Einen Überblick über den Tag gab am frühen Abend eine Live-Sendung im Offenen Kanal. Auch dort kamen VertreterInnen der Karawane und von Flüchtlingsgruppen unzensiert zu Wort. Das Programm wurde beschlossen durch eine Abendveranstaltung über die diffamierende und ausgrenzende Wirkung der Verbindung von Ausländern mit Kriminalität.

Diese Propaganda ist weitgehend an die Stelle der Behauptung vom „Asylmißbrauch" getreten, und trifft in ihrer Breite und Dauer alle hier lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen.

Am Donnerstag fuhren einige MitstreiterInnen des Kieler Flüchtlingsforums mit der Karawane nach Rostock, der nächsten Station. Dort war der Empfang gut organisiert; auch Vertreter der Stadt, von SPD, Grünen und PDS sowie den Gewerkschaften hießen die Karawane der Stadt willkommen. Später ging es weiter nach Berlin...

Großdemonstration zum Abschluß der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen
19. September 1998 in Köln

Justizskandal Lübecker Brandprozeß Hafenstraße

Prozeß gegen den Falschen - Nr. 2

Wahrscheinlich Anfang nächsten Jahres wird das Landgericht Kiel erneut gegen Safwan Eid wegen des Vorwurfs der Brandstiftung im Flüchtlingsheim Hafenstraße verhandeln. Die Karlsruher Richter gaben damit dem Revisionsantrag der Nebenklageanwälte der Familie EL Omari statt.

Damit wird erneut öffentlichkeitswirksam der Verdacht auf ein Opfer des Anschlages gelegt – zum passenden Zeitpunkt: Die Verdachtsmomente gegen die vier jugendlichen Nazis aus Grevesmühlen hatten mit dem Wirrwarr um das Geständnis von Maik Wotenow gerade einen neuen Höhepunkt erfahren.

Die Rechtsanwälte Ulrich Haage und Dr. Clausen hatten kurz nach dem Freispruch des Lübecker Landgerichts für Safwan Eid Revision eingelegt. Im Namen der Familie El Omari bemängelten sie, daß die Lübecker RichterInnen die Protokolle der Abhörmaßnahme im Besucherraum Safwans während seiner sechsmonatigen Untersuchungshaftzeit als illegal erworben einstuften, und somit nicht als Beweismittel anerkannten. Nun waren diese Protokolle schon vor dem ersten Prozeß höchst umstritten. Die Lübecker Ermittlungsbehörden wollten bereits aus einem rituellen Gebet schon belastende Momente entnehmen. Während des Fastenmonats Ramadan haben Millionen von Moslems Allah um Vergebung ihrer Sünden gebeten, einer von ihnen hieß Safwan Eid. Die Staatsanwälte schlossen daraus das Beichten des Brandanschlages. Vater unser, vergib den Staatsanwälten ihre Schuld – auch wenn sie

Unschuldigen nicht vergeben, Opfer gewesen zu sein…

Konträr verliefen auch die Übersetzungen aus dem Arabischen. Wo der eine Übersetzer *„verbranntes Haus"* gehört haben will, verstand der andere *„verbrannte Ohren"*. Das Landgericht Lübeck mit seinem Vorsitzenden Rolf Wilcken nahm allerdings nicht nur Stellung zur Beschaffung der Protokolle, sondern auch zu ihrem Inhalt: belastende Indizien könnten aus den Gesprächen zwischen Safwan und seiner Familie nicht entnommen werden.

Lübecker General-Anzeiger

Überparteilich, unabhängig

Lübecker Freispruch für Safwan E. aufgehoben – Ne

War er's doch?

Von RAINER STEPHAN

ß sich noch einmal wegen der Brandkatastrophe
heim an der Lübecker Hafenstraße vor Ger
shof in Karlsruh

Dem schloß sich während der Revisionsverhandlung auch der Vertreter der Bundesanwaltschaft an. Der Argumentation der Lübecker Richter, wie auch der beiden Anwälte Safwans, die Abhörmaßnahme sei schon deshalb illegal, weil ein Besucherraum einer JVA mit einer Wohnung gleichzustellen sei, die (vor der Gesetzesänderung für den „Großen Lauschangriff") durch den Art. 13 Grundgesetz vor Verwanzung geschützt war, wollte der Bundesanwalt erwartungsgemäß nicht folgen.

Beide Argumentationsstränge waren von Bedeutung: der Bundesgerichtshof hatte darüber zu entscheiden ob a) die Abhörmaßnahme tatsächlich illegal war und b) ob das Freispruchurteil anders hätte ausfallen können, wenn die Protokolle als Beweismittel im Prozeß gewürdigt worden wären. Die Karlsruher Richter befanden, daß ein U-Häftling kein Hausrecht in einem Besucherraum genießt, folglich dieser auch nicht mit einer Wohnung gleichzustellen sei. Überraschenderweise wollten sie aber nicht ganz ausschließen, daß die Protokolle Einfluß auf die Urteilsfindung hätten haben können. Die dritte Entscheidung, nicht ein anderes Lübecker Landgericht mit dem neuen Prozeß zu beauftragen, sondern den Fall an die II. Große Strafkammer des Landgerichtes Kiel zu verweisen, stieß mindestens bei Anwalt Dr. Clausen auf große Zustimmung. Die Atmosphäre in Lübeck sei etwas hitzig, meinte dieser – wohl mit Blick auf die Beobachtung und Kommentierung der Prozeßereignisse durch Lübecker AntirassistInnen. Safwans VerteidigerInnen, Gabriele Heinicke und Barbara Klarwitter, reagierten kämpferisch-optimistisch auf die BGH-Entscheidung. Zwar sei ein neuer Prozeß überflüssig, er böte aber Gelegenheit, die falsche Beurteilung des Lübecker Gerichtes, der Brand sei im ersten Stock des Hauses ausgebrochen, zu revidieren, und die Glaubwürdigkeit des dubiosen Rettungssanitäters Leonhardt (der Zeuge für das *„wir warn's"*) noch einmal zu prüfen.

Da die Unschuld Safwans längst fest steht, dürfte das einzig spannende an der Prozeßneuauflage sein, inwieweit diesmal die Tatverdächtigen Nazis Burmeister, Patynowski, Wotenow und Techentin eine Rolle spielen. Immerhin dürften auch die Kieler Richter mitbekommen haben, wie hilfsbereit sich Staatsanwaltschaft und Polizei den Nazis gegenüber gebärden. Maik Wotenow bspw. hat im Februar ein detailliertes Geständnis zu Protokoll gegeben, es aus Wut über die Polizei, die ihm partout nicht glauben wollte, widerrufen, im Juli dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* erneut die Brandstiftung gestanden, mittlerweile jedoch das Geständnis ein zweites Mal zurückgenommen. Er wurde im August aus der Haft entlassen - allerdings nicht, wie zu vermuten wäre, als Gegenleistung für das Widerrufen des Geständnisses, sondern weil seine Strafe verbüßt war…

Zur Erinnerung: Bei Safwan reichte die Aussage des Rettungssanitäters, Safwan habe ihm die Tat gestanden, zur Anklage. Bei zwei der vier Nazis gibt es ähnliche Geständniszeugnisse: Wotenow diktiert die Tatausführung ins Protokoll der Kripo, hat im Gegensatz zu Safwan sowohl ein Motiv, als auch *„die typischen Spuren von Brandstiftern"* (Gerichtsmedizin der Uniklinik Lübeck zu den Versengungen an Wimpern, Augenbrauen und Vorderhaaren von Techentin, Wotenow und Burmeister) usw. usf. – aber die Ermittlungsbehörden drücken die (zwei rechten?) Augen einfach zu! Braucht es für die Charakterisierung als Rassistische Ermittlungen noch weitere Beweise? Die Entscheidung des BGH macht es ihnen einfach, zögert der zweite Prozeß doch schon formal eine evtl. Anklage gegen die Grevesmühlener hinaus. Und die öffentliche Reinwaschung bzw. Schmutzverlagerung Deutschlands geht weiter: Safwan bleibt mit dem Makel des Angeklagten befleckt (Dreckschleuder *Lübecker Nachrichten* titelte in BILD-Manier *„War er's doch?"*), der mit 10 Toten folgenschwerste rassistische Brandanschlag soll immer noch keiner gewesen sein.

Skurrile Anekdote am Rande: der Bürgermeister von Grevesmühlen bleibt mit seinem Patriotismus provinziell, indem er sich um das „Ansehen von Grevesmühlen im In- und Ausland" mit einer öffentlichen Information kümmert – Maik Wotenow soll gar nicht aus Grevesmühlen stammen!

HPW

Erfolgreiches antirassistisches Aktionscamp an der Grenze zu Polen

Die Idee, an der deutsch-polnischen Grenze ein Camp aufzuschlagen, von wo aus vielfältige Aktionen unter dem Motto „Spiel ohne Grenzen" ausgehen sollten, entstand im Januar 1998 und stieß gleich auf so begeisterte Resonanz, daß der Termin (24.7. - 2.8.98) organisierbar erschien. Im Nachhinein zeigte sich, daß die Idee unbedingt nachahmenswert ist, mehr Zeit und vor allem mehr Leute zum Vorbereiten allerdings notwendig gewesen wären.

So konnte z.B. eine breite, internationale Mobilisierung in der Kürze der Zeit nicht mehr erreicht werden. Immerhin kamen Leute aus England, Italien, Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz - der so wichtige Kontakt nach Polen und Tschechien brachte leider keine Ergebnisse. Als erster unterschätzter Stolperstein erwies sich die Suche nach einem geeigneten Platz. Dabei wurden einige faschistische Trainingslager entdeckt, die dort ungestört seit Jahren existieren. Die Campwiese lag in Rothenburg, einer Kleinstadt, ca. 20km von Görlitz entfernt, zu DDR-Zeit Militärstützpunkt und nun große BGS-Kaserne, ca. 1km nah an der Neiße. In selben Städtchen stand hinter dem Ehrenmal der Roten Armee ein Zeltlager der ***JN***, die sich dort, nach Auskunft der örtlichen Antifas, jedes Wochenende traf, und durch Aufmärsche, Nazilieder grölen und tätliche Angriffe bekannt ist. Wegen befürchteter Auseinandersetzungen wurde es vom Bürgermeister für die Dauer des Camps aufgelöst. In Steinbach, einem Dorf ca. 6-8km von Rothenburg entfernt, stand am Rande eines NATO-Schießplatzes ebenfalls ein militärisch getarntes großes Zeltcamp. Nach bestätigten Auskünften treffen sich dort jedes Wochenende ca. 70 - 80 Faschos zu militärischen Übungen, ohne daß dies jemanden interessieren würde. Die Initiatoren des Antirassistischen Camps - Mitglieder verschiedener aus dem ganzen Bundesgebiet antirassistischer Gruppen und der „Forschungsstelle Flucht und Migration - wurden jedoch durch endlose Scharmützel mit den ansässigen Behörden blockiert: da die örtlichen Faschisten auch das Internet lesen, entdeckten sie den Aktionaufruf, und ein ortsansässiger ***NPD***-Funktionär hetzte nach dem Motto „Die Terroristen kommen" mit Ausschnitten daraus den Bürgermeister und damit die ganze Stadt auf. Die Wiese sollte gekündigt werden, zwar nicht vom Besitzer, aber vom Verwalter, was dieser dann doch angesichts der Prozeßkosten ließ. Angesichts dieser Schwierigkeiten war die Fülle der vorbereiteten Ideen erstaunlich:

Mehr als 36 Stunden Polit-Party

Als so eine Art kulturelle Einführung ein Rave von Freitag Mitternacht bis Sonntag Nachmittag, organisiert von *Radical Rave* aus Berlin unter dem Motto *borderline*. Diese Gruppe sorgt in Berlin seit der Love-Parade für Aufsehen, weil sie konsequent Party-feiern mit radikalen politischen Inhalten verknüpfen will. In der Praxis sah das dann so aus, daß die BesucherInnen am Eingang die Campzeitung *Es geht auch anders* in die Hand gedrückt bekamen und dann auf 3 Dancefloors tanzen konnten. Auch für leibliches Wohl war hervorragend gesorgt. Wer Lust hatte konnte sich die Infos von *Kein Mensch ist illegal* anschauen oder ihre T-Shirts kaufen, oder sich den Infobus der *FDJ* ansehen. Das taten aber die wenigsten - Party war angesagt. Da die Stimmung in den umliegenden Städten und Dörfern auf „Horror" geschaltet war, kann man sich vorstellen, welche Hürden die ortsansässigen Jugendlichen auf sich nehmen mußten, um zur Party zu kommen, und daß ihnen eine Übereinstimmung mit dem dortigen politischen Motto per se unterstellt wurde. Die Absicht, durch diese Aktion Zugang zu der Bevölkerung zu bekommen, ist durchaus als gelungen zu bezeichnen. Eine örtliche Partygruppe namens *Scheunencrew* war so begeistert, daß sie sich spontan ein Zelt mieteten und mit ihrer Musik einen eigenen Dancefloor aufmachten. (...)

Die Proteste der Bürger während des Rave hielten sich trotz des doch durchdringenden Rhythmusses in Grenzen. Der BGS kontrollierte die anfahrenden Autos in Stichproben - es gab zwei Festnahmen aufgrund BTM.

Während der drei Tage Rave liefen die örtlichen Antifaschisten Wache - was unter den Ravern leider nicht bekannt und daher auch nicht gewürdigt wurde. Diese Problematik wurde erst im eigentlichen Aktionscamp diskutiert, und es stellten sich hohe Anforderungen wegen der Größe des Geländes.

Leider gab es auch eine Anzahl Leute, die sich um keine Plenas u.ä. kümmerten und ein völlig unabhängiges Zeltleben abseits der anderen führten, was natürlich im Ernstfall zu unübersehbaren Folgen hätte führen können. Mit Mühe wurde ausgehandelt, daß im Notfall möglichst nicht der BGS gerufen werden sollte. Aber die Masse der anwesenden 400 Leu-

nung des jeweiligen Taxifahrers „Nichtdeutsch" aussieht, wird nicht mitgenommen. Dies ist deutlich staatlich verordneter Rassismus, und verstößt zudem noch gegen das Gesetz, welches den TaxifahrerInnen eine solche Auslese verbietet. Wie stark der staatliche Druck schon ist, läßt sich daraus ableiten, daß die Görlitzer TaxifahrerInnen sich kurz vor der Demo entsolidarisierten. Die Zittauer KollegInnen blieben dabei. Der Autostau zog sich durch die ganze Innenstadt, so daß die zahlreichen und blödsinnigen Auflagen (keine Lautsprecher an den wichtigsten Plätzen) witzlos waren.

Die Festnahmen (von Flüchtlingen durch den BGS; Anm. der Red.) erfolgen in der berüchtigten 30km-Zone, in der der BGS die Hoheit hat. Seit der letzten Gesetztesänderung Juni '98 darf er auch ohne konkreten Tatverdacht an allen öffentlichen Plätzen der BRD willkürlich kontrollieren, durchsuchen, festnehmen. Zu welchen Exzessen das in der Vergangenheit geführt hat, ist bekannt. Manchmal erwischt es auch nur „ausländisch aussehende", die dann ziemlich überrascht sind, wenn sie tätlichen Übergriffen des BGS ausgesetzt sind, scheinbar keine Rechte mehr haben und im Nachhinein auch ihr Recht nicht bekommen. Wem zuviel Recht in die Hand gegeben wird, der neigt leicht dazu, es zu mißbrauchen. (...)

BGS jagte Flüchtlinge in den Tod

Nachdem in der Nacht zum Donnerstag ein Kleinbus mit 28 Flüchtlingen in Weißenborn (...) nahe Dresden, vom BGS gejagt, gegen eine Mauer rasten, wobei 9 Menschen starben und etliche schwerverletzt in die Krankenhäuser gefahren werden mußten, wurde in Freiberg eine Spontandemo bis zum Krankenhaus abgehalten. Dort weigerte sich die Krankenhausleitung, die AnwältIn oder den angereisten Bruder eines der Flüchtlinge zu den Kranken zu lassen, breite BGS-Sperren standen vor dem Krankenhaus.

Frust - aber dennoch weitere Aktionen

Die örtlichen UnterstützerInnenstrukturen sind (...) in einem beklagenswerten Zustand , und die „Angereisten" können kaum effektiv dranbleiben. Diese Situation verursachte gereizte Stimmung im Camp, was den ständig neu ankommenden Leuten, die auch wegen der angekündigten Aktionen gekommen waren, nicht klar war. Die Camp-Strukturen waren in ihrer Funktion bedroht, der Streß der Nachtwachen kaum noch durchzuhalten. In dieser Situation entlud sich der Frust auf die mit Fahnen und Hemden auftretenden gerade mal 5 FDJler. Sie fuhren nach nicht gerade ruhmreichen Auseinandersetzungen vorzeitig ab, Es wurde klar, daß eine Woche Campdauer das äußerste Limit war. Z.B. war es kaum möglich, die Menge von Informationen und Ereignissen zu besprechen und zu beurteilen, da mensch bereits alle Hände voll mit der Planung des nächsten Tages hatte. Die übrigen „aufgestauten" Aktionen wurden denn auch recht hastig durchgeführt, wie ein Nachtspaziergang an der Neiße entlang, bei der der BGS durch Radiosender und Taschenlampen in den Bäumen getäuscht werden sollte. Der BGS wartete in sicherer Entfernung, und sehr verärgert.

Das bekamen am nächsten Tag die AktivistInnen der doch so peacigen Aktion des Aufstellens von Schildern an der Neiße (*„Wie verhalte ich mich als Flüchtender?'*) deutlich zu spüren: volles martialisches Aufgebot und äußerst gereizte Stimmung des BGS, wobei so mancher grob zupackte, wofür kein Anlaß war. Bei einer anderen Aktion (*„zeitgleiches Abladen von Müll bei den Hotels Sorat in Görlitz und Neißeblick in Ostritz"*) hatte der BGS endlich die Campzeitung gelesen und erwartete die angekündigten Aktionen gegen die Kaserne in Rothenburg, so daß alles ungestört ablaufen konnte. Der Hotelbesitzer -bekannt durch den Bauskandal in Berlin in den 80er Jahren - verdient sich mit den menschenunwürdigen und überteuerten Freßpaketen und Einkaufsmärkten nur für Asylbewerber eine goldene Nase. Im *Hotel Neißeblick* trafen sich im Juni hochrangige Nazikader zu sogenannten *„Mitteldeutschen Vortragstagen"*. Es ist zu vermuten, daß dieser Ort die Fortsetzung der ehemaligen *„Hetendorfer Tagungswochen"* darstellt, da der altbekannte **Jürgen Rieger** wieder der Ausrichter ist.

Bei der an die Hotelaktionen anschließenden Befestigung eines riesigen Transparentes vom Dach eines zukünftigen BGS-Gefängnis war dann die Verstärkung jedoch bereits da, und verhielt sich zunehmend aggressiv. Sie verhafteten mit viel Aufwand eine Frau aus der Demo heraus, die sie aufgrund ihrer Mütze beschuldigten, bei dieser Aktion die Parole *„Kein Mensch ist illegal"* auf die Mauer gemalt zu haben. Bei dem abschließenden Zug entlang des Neißeufers lieferten sich die Leute und der BGS noch ein paar lustige „Fang-mich-Jagden", bei denen der BGS schließlich aufgab, als er sah, daß er nur genarrt wurde - oder sich einbildete, gerade eine Aktion verhindert zu haben. Das Finale bildete eine Regatta auf der Neiße, bei der die TeilnehmerInnen sich bemühten, nicht den Eindruck zu erwecken, von der BRD aus nach Polen einzufallen.

Insgesamt zeigte sich, daß mit so einem Camp vielfältige Möglichkeiten entstehen, auf die Situation vor Ort aufmerksam zu machen, und den Nazis dort nicht das Feld zu überlassen. Zum anderen ist gerade auch klar geworden, daß unter den CampteilnehmerInnen durch ihre oft sehr unterschiedlichen Voraussetzungen, die zur Antirassismusarbeit führten, eine inhaltliche Diskussionsmöglichkeit bundesweit sehr nötig ist. Die Ost-West-Spannung ist weniger ausgeprägt wie noch vor Jahren, entlädt sich dann aber z.B. wieder heftig an der FDJ-Frage - und das auch noch weniger an Inhalten, als um Äußeres wie Kleidung oder Fahnen. Mensch darf gespannt auf die Nachbereitung sein, und ob wieder so ein spannendes Camp entsteht.

Mala und Edek

(Der Artikel ist leicht gekürzt - Anm. d. Red.)

„Schwerpunkt Flucht" abgeschoben !

Eigentlich sollte der Schwerpunkt der diesjährigen Interkulturellen Wochen „Flucht und Asyl" sein. Die VeranstalterInnen einigten sich darauf, einen gemeinsamen Einführungstext für das Programmheft der Stadt Kiel zu schreiben; dieser Text wurde im Juni/Juli gemeinsam mit dem Referat für AusländerInnen der Stadt abgesprochen und gesetzt. Dann wurde er, ohne Absprache, um alle „politischen" Passagen gekürzt. Nach Protesten der Gruppen flog er ganz aus dem Programm. Daraufhin zogen alle Gruppen, die am Schwerpunkt "Flucht und Asyl" mit Veranstaltungen beteiligt waren, ihre Veranstaltungen aus den Interkulturellen Wochen zurück. Diese finden jetzt als eigenständige Veranstaltungsreihe statt. Wir dokumentieren auf dieser Seite den Einführungstext (die von der Stadt Kiel monierten Passagen sind kursiv gedruckt) sowie einen Brief der veranstaltenden Gruppen an die Stadt Kiel.

Ausgrenzung und Sondergesetze statt konkreter Hilfe, Diskriminierung und Kriminalisierung statt Solidarität - das ist die Lebensrealität der meisten Flüchtlinge bei uns. Die Veranstaltungen zum Schwerpunkt „Flucht und Asyl" sollen ein Zeichen setzen und dieser Feindseligkeit und Arroganz Solidarität und Argumente entgegensetzen.

Seit 1993 ist die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland um 76,5 % gesunken. Trotzdem ist weiterhin von „Flut", „Zustrom", „untragbarer Belastung" die Rede. Flüchtlinge werden von PolitikerInnen, Interessenverbänden und an Stammtischen als Schuldige für die angespannte wirtschaftliche Lage ausgemacht. Sie sehen sich zahlreichen Sondergesetzen gegenüber, die ihr Leben reglementieren und verhindern, daß sie einen Platz in der Gesellschaft finden: dem Verbot, die Kreisgrenzen zu verlassen, der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, dem faktischen Arbeitsverbot usw.. Mit der Argumentation, daß nur wenige der Flüchtlinge anerkannt werden, wird allen übrigen Mißbrauch des Asylrechts vorgeworfen.

Diese *Stimmungsmache* ruft Aggressionen bei den Einheimischen hervor, die sich in Diskriminierung, Gewalt und im Erstarken rechtsextremer Gruppen äußern. *Politisch werden so außerdem immer weitere Einschränkungen gerechtfertigt, wie die Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge um 20 %, mit der sich der Staat offensichtlich aus seiner Pflicht verabschiedet,* **allen** *Menschen ein menschenwürdiges Überleben zu ermöglichen. Weitere Verschärfungen dieses Asylbewerberleistungsgesetzes sind geplant.*

Tatsächlich werden aber viele Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten, aus Ländern, in denen terroristische Anschläge den Alltag bestimmen, in denen einzelne Bevölkerungsgruppen drangsaliert werden und in denen Naturkatastrophen den Menschen die Lebensgrundlage entzogen haben, abgelehnt. Das betrifft Flüchtlinge aus Bosnien, Afghanistan, Algerien, Kurdistan, Togo u.a.. Viele erhalten nur eine Duldung. Ihnen wird unterstellt, sich zu Unrecht hier aufzuhalten, ihnen droht der Entzug der Sozialhilfe, sie bleiben in einem unklaren Rechtsstatus und haben so keine Möglichkeit, sich hier eine Existenz aufzubauen.

Diese restriktive Herangehensweise im deutschen Asylrecht findet im Rahmen des Ausbaus eines vereinten Europa auch Eingang in die internationalen Regelungen. Deutschland baut als Schengenstaat maßgeblich an einer „Festung Europa" mit. *Die Ausweitung der Visumpflicht, eine Liste angeblich sicherer Drittstaaten, die nur noch die Einreise auf dem Luftweg ermöglicht, Rückführungsabkommen mit vielen osteuropäischen Staaten ebenso wie mit berüchtigten Folter- und Terrorregimen sind nur Beispiele für Maßnahmen, die die Fluchtwege nach Europa abschneiden sollen.*

Die „Väter" des Grundgesetzes haben mit der Verankerung des Grundrechts auf Asyl in Artikel 16 den Fluchterfahrungen ihrer eigenen Generation Rechnung tragen wollen. Dieser Gedanke scheint Opfer eines kollektiven Vergessens geworden zu sein. Höchste Zeit, ihn in Erinnerung zu rufen - entgegen einer Politik, die den Boden für Ausgrenzung, gewalttätige Übergriffe und Brandanschläge bereitet und rechtsextremes Gedankengut hoffähig macht."

22.September 19.00 Uhr
Pumpe, Haßstr.22

Folter, Flucht, Container

Refugio, das Zentrum für Behandlung, Beratung und Psychotherapie von Folter-, Flucht- und Gewaltopfern in Schleswig-Holstein, informiert und diskutiert mit Betroffenen, Verantwortlichen und

Erklärung der flüchtlingspolitischen Initiativen und Organisationen zu ihrem Rückzug aus der Vorbereitung der Interkulturellen Woche 1998 vom 21.August 1998

An das Plenum der Interkulturellen Woche 1998 in Kiel

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde!

Nach einer Auseinandersetzung mit der Leitung des Ausländerreferats der Stadt Kiel sind wir aus der Vorbereitung der Interkulturellen Woche ausgestiegen. Wir haben alle geplanten Veranstaltungen aus dem Programm zurückgezogen und stehen als MitveranstalterInnen nicht mehr zur Verfügung. Wir wollen Sie und Euch mit diesem Brief über die Hintergründe für diese Entscheidung informieren. Zur Geschichte: Eine Reihe von Kieler Initiativen und Organisationen aus dem Flüchtlings- und Bildungsbereich haben sich in diesem Jahr erstmals an der Vorbereitung der Interkulturellen Woche in Kiel beteiligt. Wir wollten damit unsere Auffassung zum Ausdruck bringen, daß die Auseinandersetzung mit der Lebenssituation von Flüchtlingen bei uns auch in der Interkulturellen Woche in Kiel einen besonderen Stellenwert haben muß und wollten unseren Beitrag dazu leisten, dies zu realisieren. Deswegen haben wir uns an den Diskussionen im Vorfeld der Veranstaltungswoche beteiligt und eine Reihe von Veranstaltungen konzipiert. Trotz heftiger Bedenken gegen das Motto der diesjährigen Veranstaltungswoche haben wir an unserer Mitwirkung festgehalten. Dies hatte im wesentlichen mit zwei Dingen zu tun: Zum einen hatten wir den Eindruck, daß sich hier ein Prozeß formierte, der den beteiligten Gruppen auch Raum für die Darstellung der eigenen Identitäten und Ziele bot. Zum zweiten wurde auf dem zweiten Vorbereitungsplenum, auf dem auch das Veranstaltungsmotto verabschiedet wurde, einvernehmlich und mit ausdrücklicher Zustimmung der Leiterin des Ausländerreferats vereinbart, daß die „AG Flucht" einen eigenen, programmatischen Artikel zum Thema „Flucht und Asyl" im Programmheft erhält. Der weitere Arbeitsprozeß gestaltete sich aus unserer Sicht insgesamt sehr positiv. Mitte Juli waren die Veranstaltungen weitgehend konzipiert, der von uns erarbeitete - und wegen Platzmangels nach Absprache mit dem Ausländerreferat gekürzte - Text war endgültig fertiggestellt. Dann plötzlich entstanden Spannungen in der Zusammenarbeit mit dem Ausländerreferat der Stadt Kiel. Zuerst erhielten wir Ende Juli unseren Text zurück mit der Begründung, daß dieser *„aus Platzgründen"* erneut gekürzt werden müsse. Die Kürzungen waren - ohne irgendeine Rücksprache mit uns - gleich mitgeliefert worden, und hatten es in sich. An für uns entscheidenden Stellen, an denen wir politisch Position bezogen, wurde der Rotstift angesetzt. Das ging so weit, daß in einem Absatz allein das Wort *„Stimmungsmache"* gestrichen werden sollte - aus Platzgründen. Wir haben unsere Verärgerung über dieses Vorgehen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht und dargestellt, daß so die Basis für die weitere Zusammenarbeit kaputt gemacht wird. Gleichzeitig waren wir aber weiterhin gesprächsbereit. Anfang August hat es dann mehrere Telefonate zwischen uns und dem Ausländerreferat gegeben. Nach einem ersten Austausch der Meinungen erschien auch dem Referat die „Platznot"-Argumentation offensichtlich nicht mehr haltbar zu sein. Jedenfalls wurden wir jetzt damit konfrontiert, daß das Programm zwar gemeinsam verantwortet, die Programmdarstellung aber ausschließlich von der Stadt entschieden und realisiert werden sollte und Fremdbeiträge in Publikationen der Stadt generell nicht möglich seien. Kurzum: Die Zusage des Referats für einen eigenen Beitrag des Arbeitskreises müsse zurückgezogen, die Konsequenzen daraus von uns getragen werden. Gleichzeitig sei das Referat aber weiterhin sehr interessiert daran, daß die Veranstaltungen zum Thema „Flucht und Asyl" im Programm der Interkulturellen Woche erhalten blieben. Schluß der Debatte! Wir konnten dies nur noch zur

---

UnterstützerInnen über das Leben und Überleben in Sammelunterkünften. Anschließend geht es um die wünschenswerte Behandlung im Rahmen eines Transkulturellen Gesundheitswesens. Transkulturelles Gesundheitswesen ist ein kulturvergleichendes Konzept, das medizinische, ethnomedizinische sowie soziokulturelle Aspekte berücksichtigen möchte. Häufig entstehen beim medizinischen Personal aufgrund eines mangelnden Verständnisses über einzelne Kulturen Mißverständnisse und Fehldiagnosen, denen das transkulturelle Gesundheitskonzept entgegenwirken möchte. ReferentInnen: Dr. Peter Hollmann, Nervenarzt, Psychotherapeut; Cand. Med. Tanja Schirrmacher; Sharif Rahim, Dipl. Sozialpädagoge, Krankenpfleger

22. September, 19.00 Uhr
ehem. Fröbelschule, Diedrichstr.2

„Regen fällt auf Santiago"

Im September vor 25 Jahren beendete ein faschistischer Putsch die Regierung der Unidad Popular von Salvador Allende. Der Film schildert den Tag, an dem der Traum von ei-

nem freien und sozialistischen Chile im Blut erstickt wurde.

22.September 18.00 Uhr Deutsch-Kurdische Gesellschaft, Boninstr.50

Türkische Vertreibungs- und Vernichtungspolitik am Beispiel von Dersin und Botan

Die Türkei entvölkert seit Jahrzehnten kurdische Gebiete mit einer systematischen Vetreibungs- und Vernichtungspolitik. Am Beispiel von Dersin und Botan soll diese Politik dargestellt werden.

23. September 20.00 Uhr Pumpe, Haßstr.22

Kein Asyl für Willy Brandt? Asylgewährung gestern und heute

Vortrag und Diskussion. Referent: Thomas Pusch, Historiker

23. September 10.30-13.00 Uhr Stadtteilzentrum „Altes Volksbad", Turmstr.7

Internationales Frauenfrühstück

23. September 18.00 Uhr Deutsch-Kurdische Gesellschaft, Boninstr.50

Kurdische Journalisten im Exil

In Kiel und Umgebung leben kurdische Journalisten, die aus politischen Gründen nach Deutschland fliehen mußten. Was machen sie hier in Deutschland, wie sind ihre Zukunftsperspektiven ?

24. September 20.00 Uhr Pumpe, Haßstr.22

Bangemann geh´du voran! Deutschland als Vorreiter der europäischen Asylpolitik

Diskussion zur Asylpolitik in Europa mit Herbert Leuninger und VertreterInnen von Flüchtlingsinitiativen in Dänemark und den Niederlanden.

Kenntnis nehmen und haben am selben Tag dem Referat unseren Ausstieg aus der Interkulturellen Woche in Kiel mitgeteilt. Soweit die Darstellung der Ereignisse aus unserer Sicht. Unsere Bewertung: Für uns ist die Basis für eine weitere Beteiligung entzogen worden. Gegen klare Absprachen waren wir plötzlich konfrontiert mit politischer Zensur, vorgeschobenen Argumenten und einer nicht eingehaltenen Zusage. Von der Stadt, die diese Situation zu verantworten hatte, gab es keinerlei Versuche, den alten Zustand wieder herzustellen und uns eine Rückkehr zu ermöglichen. Für uns ist der Versuch, den politisch-inhaltlichen Aspekt der Veranstaltungsreihe gegenüber den kulturellen Angeboten zu stärken und damit insgesamt zu einer politischen Ausrichtung der Interkulturellen Woche in Kiel beizutragen, gescheitert. Dies bedauern wir.

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein; Zentrale Beratungs- und Betreuungsstelle für AusländerInnen in Schleswig-Holstein (ZBBS); TIO - Treff- und Informationsort für Migrantinnen; Refugio - Zentrum für Behandlung, Beratung und Psychotherapie von Folter-, Flucht- und Gewaltopfern in Schleswig-Holstein; Arbeitskreis „Transkulturelles Gesundheitswesen"; Bildungswerk „anderes lernen"; Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

Kirche protestiert gegen etablierten Rassismus

Öffentlich üben Würdenträger beider christlicher Kirchen Kritik an der staatlichen Flüchtlingspolitik. Ins Visier der Kirchen sind insbesondere der Berliner Innensenator und Ex-General **Schönbohm** und Bayerns Innenminister **Beckstein** geraten.

Schönbohms Deportation von bosnischen Kriegsflüchtlingen – 74 Personen wurden in GESTAPO-Manier nachts durch die Polizei von zu Hause verschleppt – hatte scharfen Protest durch Kardinal Sterzinsky und Bischof Huber (beide Berlin) zur Folge, die auch die Einhaltung internationaler Abkommen anmahnten. Der Cottbusser Generalsuperintendet Wischnath denkt laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* über den Ausschluß Schönbohms vom Abendmahl nach. Schönbohm bezeichnet sich als praktizierenden Christen...

Im Raum Augsburg haben innerhalb von drei Wochen rund 160 Pfarrer beider Konfessionen einen Appell unterzeichnet, der die Politiker aller Parteien auffordert, „keinen Wahlkampf auf dem Rücken von Ausländern und sozial Schwachen zu führen".

PDS-Wahlkampfveranstaltung gestört

10 bis 15 Nazi-Skinheads haben eine Wahlkampfveranstaltung mit Gregor Gysi am 19. August in Schleswig massiv gestört. Sie beschimpften die Interessierten und bewarfen die Organisatoren mit Eiern. Der einzige Polizist vor Ort war nicht in der Lage, die Störungen zu unterbinden. Erst als Verstärkung eintraf, beruhigte sich die Situation.

Zunahme rassistischer Gewalt

1997 wurden 406 Fälle von rassistisch motivierten Körperverletzungen registriert. Dies bedeutet gegenüber 1996 mit 307 registrierten Körperverletzungen eine Steigerung von über 32%. Diese Zahlen gab die Bundesregierung auf Anfrage der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke bekannt. Auf die Einwohnerzahl je Bundesland gerechnet, belegen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin die drei ersten Plätze. Ulla Jelpke veröffentlichte auch die Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) für die erste Hälfte dieses Jahres. Bis Ende Juni wurden laut BKA insgesamt 937 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund gezählt, davon 156 Angriffe gegen Personen und 10 Brandanschläge. 203 Menschen wurden durch Nazis und Rassisten verletzt. Die Dunkelziffer dürfte um einiges höher liegen.

Späte Entschädigung?

Banken, Versicherungen und Industriekonzerne, die sich während des Hitler-Faschismus an dessen Opfern bereicherten, drohen Klagen in Milliardenhöhe. Amerikanische Anwaltskanzleien betreiben im Namen von Überlebenden des Holocausts und jüdischen Opferverbänden Klagen u.a. gegen die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die Allianz-Versicherung.

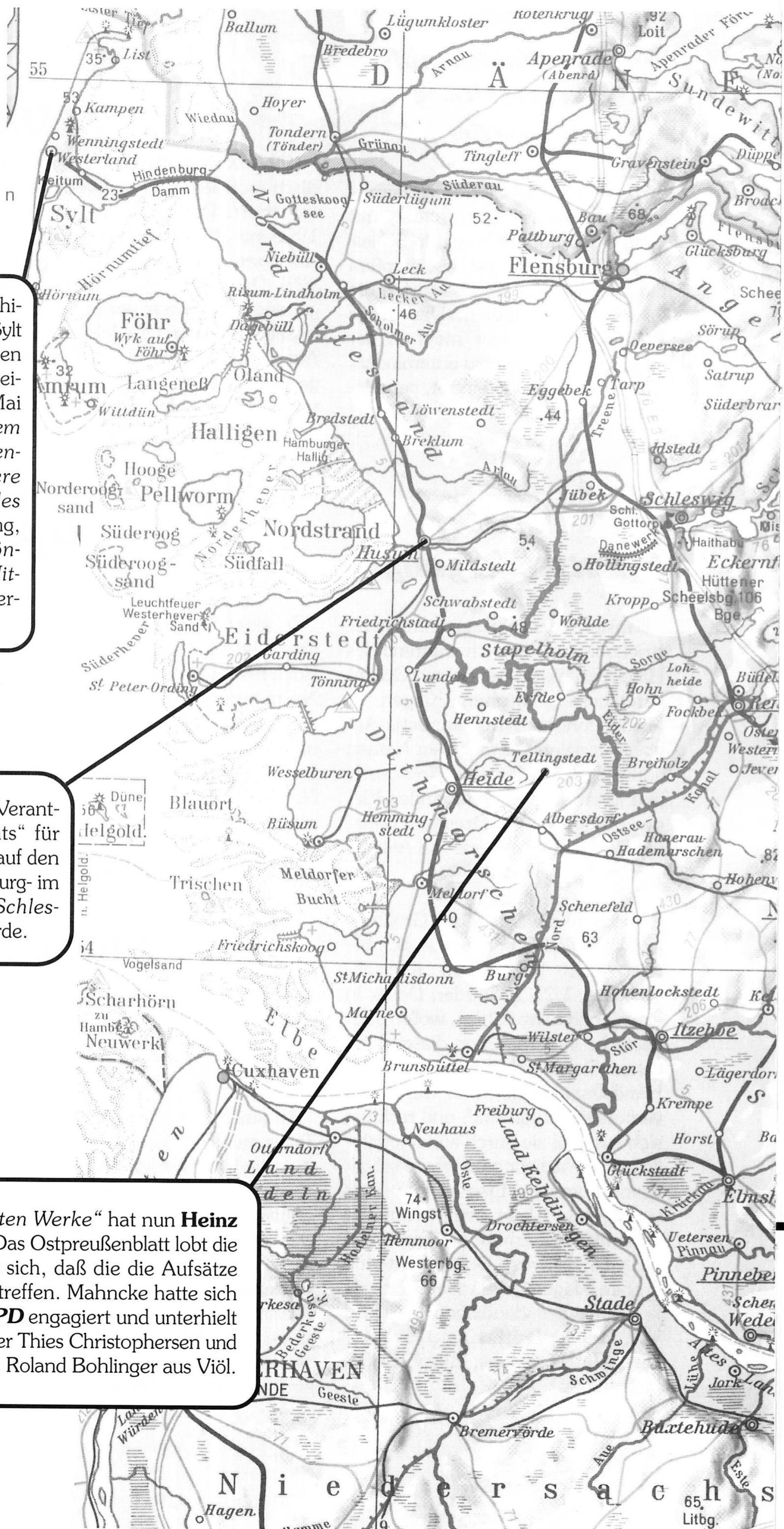
Nachdem die Schweizer Großbanken UBS und Credit Suisse sich bereit erklärt haben, zur Klageabwendung 1,25 Milliarden Dollar in einen Fonds einzuzahlen, wollen auch deutsche Unternehmen diesen Weg gehen. Sie befürchten, daß ansonsten Handelssanktionen und Geschäftsverbote die Folge sind, und rechnen sich aus, daß sie durch außergerichtliche Entschädigungsangebote billiger davon kommen. Eine in New York vorliegende Klage gegen deutsche Unternehmen erhebt die Forderung nach 18 Milliarden Dollar. Weiterhin drohen Klagen gegen die Créme de la créme des deutschen Kapitals: VW, Daimler-Benz, Krupp, Telefunken, AEG, Siemens, BMW, BASF, Hoechst etc..

Hooligan verurteilt

Zu einer Geldstrafe von 1500 DM wurde jetzt in Abwesenheit der Kieler Koch **Frank Steuer** vom Amtsgericht Neumünster verurteilt. Steuer hatte im September vergangenen Jahres zusammen mit anderen Gesinnungskameraden beim Fußball-Oberligaspiel VfR Neumünster gegen St.Pauli (Amateure) randaliert. Die Mischung aus Skins, Hooligans und Neonazis pöbelte die Gäste-Fans an und attackierte diese mit Steinen. Als die Polizei zum Schutz der St.Pauli-Fans einschritt, zeigte der 33-jährige Kieler unter Sieg-Heil-Rufen den Hitler-Gruß. Weil er bei seiner Festnahme Widerstand leistete, und wegen Beleidigung von Polizisten wurde er nun verurteilt. Die Fangruppe um Steuer kam aus Neumünster, Kiel und Mecklenburg-Vorpommern.

Eine moralische Niederlage des deutschen Rechtssystems

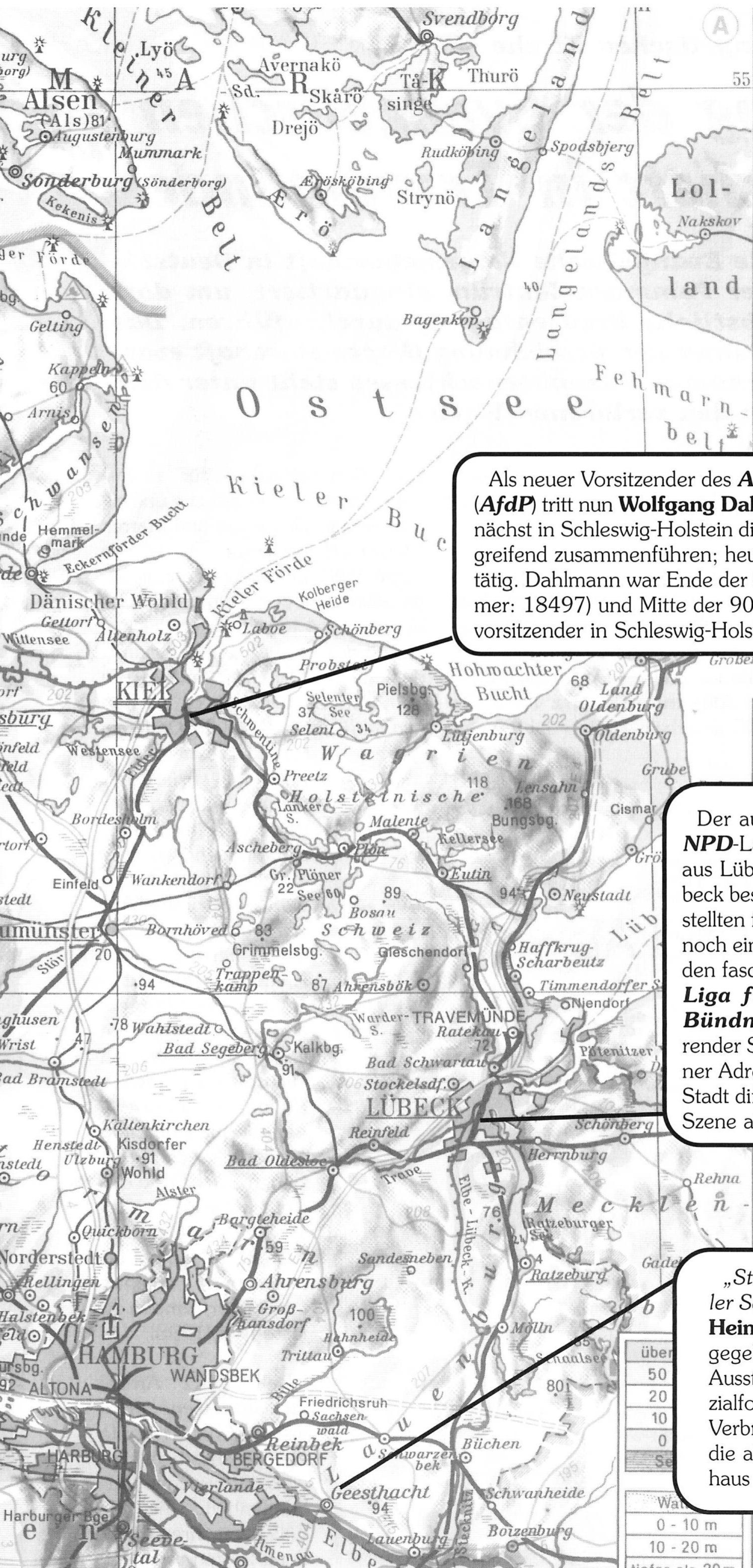
So umschrieb die einzige dänische Tageszeitung in Deutschland *Flensborg Avis* die Urteilsverkündung im Prozess gegen den SSW-Politiker Fleming Meyer (wir berichteten: EiE Nr. 2, S. 30). Das Amtsgericht Flensburg gab der Klage des dänischen Neonazis **Krogh Pedersen** statt und verurteilte den Kreistagsabgeordneten zu einer Geldstrafe von 1000 DM. Meyer hatte den Neonazi-Arzt Pedersen aus Steinberkirche in einem 1994 erschienenen Leserbrief als Naziarzt bezeichnet. Das Gericht ist der Auffassung, daß Meyer damit die Ehre des Klägers gekränkt habe. Pedersen würde so mit den praktizierenden Ärzten in deutschen Konzentrationslagern im „Dritten Reich" gleichgestellt. Widerspruch kann Meyer gegen das Urteil nicht einlegen, da der Betrag von 1000 DM als zu geringfügig angesehen wird.



Als langjähriger Unterstützer der faschistischen ***DVU*** wirkt in Westerland auf Sylt **Dr. Jürgen Pinnow**. Seit Jahren finden sich seine Leserbriefe in den Wochenzeitungen des DVU-Chefs Frey; Mitte Mai 1998 beglückwünschte er diesen zu *„dem traumhaften Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt“* und spendete für das *„weitere Wirken im Sinne unseres Vaterlandes beiliegend DM 100,-“*. Seine Hoffnung, Frey möge *„nunmehr Herrn Schönhuber als neuen, sehr beachtlichen Mitstreiter gewinnen“*, hat sich derweil erfüllt.

Arthur Nissen aus Husum ist „Verantwortlich im Sinne des Presserechts“ für eine ***NPD***-Anzeige, die im August auf den Lokalseiten -Kreis Schleswig/Flensburg- im *Flensburger Tageblatt* und den *Schleswiger Nachrichten* abgedruckt wurde.

Den ersten Band seiner *„gesammelten Werke“* hat nun **Heinz Mahncke** aus Tellingstedt vorgelegt. Das Ostpreußenblatt lobt die *„klare deutsche Sprache“* und freut sich, daß die die Aufsätze *„den Nerv einer entsittlichten Zeit“* treffen. Mahncke hatte sich bei der Landtagswahl 1988 für die ***NPD*** engagiert und unterhielt auch Kontakte zu dem Auschwitzleugner Thies Christophersen und dem Verleger antisemitischer Literatur, Roland Bohlinger aus Viöl.



Als neuer Vorsitzender des ***Arbeitskreises für deutsche Politik*** (***AfdP***) tritt nun **Wolfgang Dahlmann** aus Kiel auf. Der AfdP wollte zunächst in Schleswig-Holstein die faschistische Szene organisationsübergreifend zusammenführen; heute ist er über die Landesgrenzen hinaus tätig. Dahlmann war Ende der 80er Jahre bei den ***REP*** (Mitgliedsnummer: 18497) und Mitte der 90er Jahre stellvertretender **DVU**-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein.

Der auf Platz 5 der schleswig-holsteinischen ***NPD***-Landesliste kandidierende **Dieter Kern** aus Lübeck muß weiter von der Hansetadt Lübeck beschäftigt werden. Diese hatte dem Angestellten fristlos, hilfsweise fristgerecht und später noch einmal ordentlich gekündigt, weil er sich in den faschistischen Organisationen ***Deutschen Liga für Volk und Heimat*** (***DLVH***) und ***Bündnis Rechts für Lübeck*** (***BRL***) an führender Stelle betätigt hatte; ein Flugblatt mit seiner Adresse hatte zudem den Bürgermeister der Stadt diffamiert. Das Urteil wurde von der Nazi-Szene als Erfolg gefeiert.

„Stimmen gegen die Psychose nationaler Selbstgeißelung“ heißt eine Schrift, die **Heinz Drenger** aus Glinde kürzlich herausgegeben hat. Sie richtet sich gegen die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung namens „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“, die ab 7. Januar 1999 im Kieler Landeshaus zu sehen sein wird.

Am rechten Rand der evangelischen Kirche

Studientagung der Evangelischen Notgemeinschaft in Travemünde

Für drei Tage hat sich die Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V. im Travemünder Pommern-Zentrum einquartiert, um dort Anfang Oktober ihre herbstliche Studientagung durchzuführen. Das Programm des 1966 noch unter der Bezeichnung Notgemeinschaft evangelischer Deutscher gegründeten Zusammenschlusses steht unter dem Titel „Auf der Suche nach den verlorenen Werten“.

Seit über dreißig Jahren bemüht sich die ***Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V.*** (***ENiD***) darum, die Kirche auf den rechten Kurs zu bringen. *„Mancherorts hören“* - so heißt es in dem Werbefaltblatt der ENiD - *„erstaunte und unwillige Christen von der Kanzel mittelprächtige Soziologievorlesungen oder politische Parteireden. Zahlreiche Theologen haben eine negative Einstellung zu den Ordnungen von Volk und Staat.“* Da will die ENiD Abhilfe schaffen. Schon die Gründung des Vereins - 1966 als Gegenreaktion auf die Ost-Denk-Schrift der Evangelischen Kirche Deutschlands, in welcher die Oder-Neiße-Grenze vorsichtig anerkannt wurde - fand großes Wohlgefallen im konservativen und im neofaschistischen Spektrum. Beifall kam vom *Bayern-Kurier* der CSU ebenso wie von der *National-Zeitung* und der **NPD**, die darin *„... ein mutiges Zeichen im Kampf um die nationale Selbstbestimmung des deutschen Volkes“* sah. Die Vereinssatzung weist denn auch den Zweck der Vereinigung eindeutig aus: *„.. ist die Besinnung auf den Auftrag der Kirche, der in der rechten Verkündigung des Evangeliums besteht. Daraus ergibt sich notwendig auch die Treue im Umkreis der irdischen Pflichten zur Familie, zum Nächsten, zu Volk und Vaterland.“* Womit bereits der Bogen der politischen Agitation der ENiD umrissen wäre.

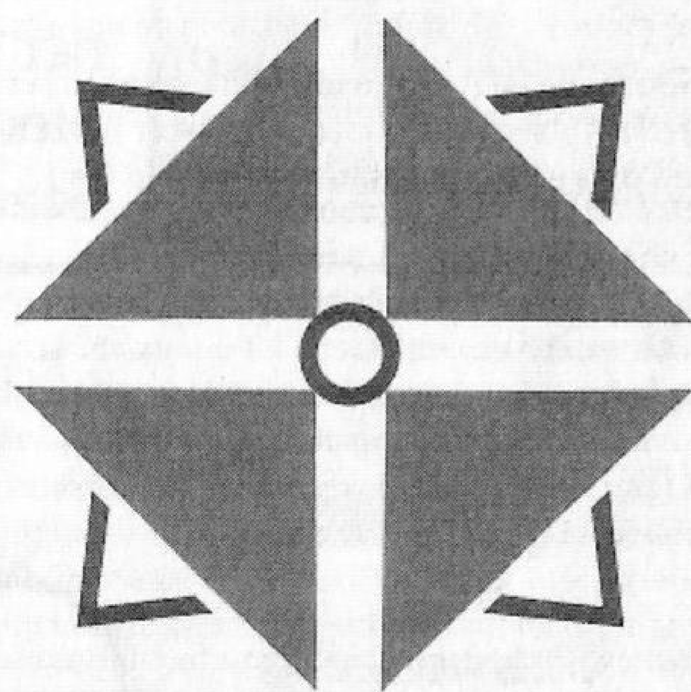
Unter der Leitung des inzwischen verstorbenen Theologen **Walter Künneth**, einem offenen Antisemiten und Bewunderer des Nationalsozialismus, und des Dortmunder Pfarrers **Alexander Evertz** wurde die ENiD innerhalb weniger Jahre zu einem Sammelbecken für rechtskonservative, antisemitische und extrem rechte Theologen und Pfarrer. Pfarrer i.R. Alexander Evertz, von 1966-1981 ENiD-Vorsitzender und bis heute ihr Ehrenvorsitzender, hatte bereits 1964 in seinem Buch *„Der Abfall der Kirche vom Vaterland“* die Linie des Vereins formuliert: *„In früheren Zeiten war es in den evangelischen Kirchen Deutschlands selbstverständlich, daß christlicher Glaube und vaterländische Gesinnung zusammengehören. Wer ein guter Christ sein wollte, der bemühte sich, auch ein guter Deutscher zu sein.“* Anfang der 90er Jahre beklagte der 1906 geborene Evertz im *Ostpreußenblatt*, daß *„heute im kirchlichen Raum das Nationale der Geringschätzung verfallen ist“* (2/1994). Gegen *„das Ende des Deutschtums“* (23/1992) forderte er *„den Willen, uns nicht in unserem eigenen Land überfremden zu lassen“* (4/1993).

Daß Evertz' Artikel im *Ostpreußenblatt* jeweils auf der Titelseite erschienen, ist ein Hinweis auf die enge Verbundenheit, die die ENiD seit ihrer Gründung zu den revanchi-

Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V.

Erneuerung und Abwehr

Monatsblatt Nr. 1 · Januar 1995 · Jahrgang 30 · D 3644 E



Aus dem Inhalt:

Hanns Schrödl: Wende und Wandel
Walter Künneth: Überlegungen zur gegenwärtigen Geschichtsstunde
Ernst Zuther: Streitfall Militärseelsorge
Auf den Punkt gebracht · Presseerklärungen · Kommentare
Dokumentation · Buchrezensionen · Termine
Besinnung auf die Monatslosung

Sommertagung fand in Kiel statt

FSU im Norden aktiv

Die Kieler „Rudergesellschaft Germania“ war Tagungsort der diesjährigen Sommertagung der Freisozialen Union (FSU). Auch ihren Bundesparteitag gedenkt die 1950 gegründete Partei, die sich zur Lehre Silvio Gesells bekennt, zwei Wochen vor den Bundestagswahlen in der Landeshauptstadt abzuhalten. In den letzten zwei Jahren versucht die Organisation, die ideologische und personelle Überschneidungen zur extremen Rechten vorzuweisen hat, verstärkt gegen entsprechende antifaschistische Kritik vorzugehen.

„Die Befürworter der Natürlichen Wirtschaftsordnung Silvio Gesells sind in letzter Zeit zunehmend Versuchen ausgesetzt, von Linksextremisten in die rechtsradikale Ecke gedrängt zu werden.“ So klagt ein ungenannt bleibender Autor in der Dezember-Ausgabe der FSU-Monatsschrift *Der Dritte Weg*. Anlaß des Gejammers war u.a. ein Artikel im *Spiegel*, der über den Einfluß von Faschisten in der den Gesell-AnhängerInnen nahestehenden Tauschring-Szene berichtete. Und in der Geschichte der FSU sind eine Vielzahl von Querverbindungen auch nicht zu leugnen (vgl. ATZE 28).

Zu den Bemühungen des freiwirtschaftlichen Lagers, eine Distanz dieser Szene von der extremen Rechten zu belegen, gehört zum Beispiel **Uwe Timms** *„Was ist eigentlich Faschismus?“*. Dieser veröffentlichte 1997 sein Heftchen nicht nur in der Schweizer *Edition Anares*, sondern auch als Artikelserie in *Der Dritte Weg*. Seine Ausführungen sind im wesentlichen davon bestimmt, sich von linken Faschismustheorien abzugrenzen. Dazu greift er bereits in der Einleitung auf den alten Trick zurück, eine gegnerische Position anzugreifen, die in dieser Form gar nicht im Raum steht. *„Wenn also Linke die kapitalistische BRD als 'faschistisch' bezeichnen, so kann man diesem Staat ja manches vorwerfen, aber er ist nicht im Sinne des Faschismus faschistisch und auch nicht nationalsozialistisch.“* Die Polemik Timms läuft ins Leere, denn solche Positionen sind in der Linken, wenn es sie dort heute denn überhaupt gibt, bedeutungslos. Wiederholt weist Timm - es scheint ihm dies ein besonderes Anliegen zu sein - darauf hin, wie wenig Einfluß die Unternehmen während des Nazi-Regimes hatten. Konsequenterweise fehlt denn auch jeder Hinweis darauf, daß die NSDAP in großem Umfang von Industriellen finanziert worden war und die Industrie unmittelbar an der Definition der Kriegsziele und den zu ihrer Durchsetzung notwendigen Rüstungsmaßnahmen beteiligt war.

Günter Bartsch
Die NWO-Bewegung Silvio Gesells
Geschichtlicher Grundriß 1891–1992/93
Studien zur Natürlichen WirtschaftsOrdnung 1

Wie ein roter Faden durchzieht die Ausführungen Timms dagegen der krampfhafte Versuch, Faschismus und Sozialismus gleichzusetzen. In vielerlei Hinsicht sei letzterer sogar schlimmer, denn zum Beispiel fühlte sich die *„Bevölkerung somit nicht ganz so sehr von der Ideologie bedrängt, wie das in sozialistischen Staaten häufig der Fall war.“* So wenig Timms Schrift dem selbstgestellten Anspruch, einen Beitrag zur Klärung der *„herrschenden Begriffsverwirrung“* zu leisten, gerecht wird, so wichtig ist er der FSU, in deren Monatsschrift sie denn auch gleich empfohlen wurde: *„Man kann dieser Schrift nur eine weite Verbreitung wünschen. Man sollte sie*

jedem Schüler in die Hand drükken, jedem Lehrer als Unterrichtsmaterial.“

Mit der Geschichte der Freiwirtschaftlichen Bewegung beschäftigt sich das vom FSU-nahen *Verlag für Sozialökonomie* mit Sitz in Lütjenburg/Kreis Plön herausgegebene Buch *„Die NWO-Bewegung Silvio Gesells“*. Sein Autor, **Günter Bartsch**, nahm in einer früheren Veröffentlichung (*Revolution von rechts?*) positiv Bezug auf den Faschisten Otto Strasser und schrieb Artikel in extrem rechten Blättern wie *Criticón*, *Junges Forum* oder *Wir selbst*. Auf die Machtübertragung an die Nazis reagierten die verschiedenen freiwirtschaftlichen Organisationen mit weitgehender Zustimmung. Bartsch benötigt nur 5 Seiten seiner umfangreichen Untersuchung, um festzustellen, daß *„der freiwirtschaftliche Widerstand“* der ehemals rund 10.000 organisierten NWO-Anhänger *„gegen das System (sich) um zwei Persönlichkeiten konzentrierte.“*

Im Mittelpunkt der theoretischen Ausführungen der FSU stehen heute vor allem Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. In dieser Eigenschaft sind Freiwirtschaftler der extremen Rechten in der Bundesrepublik willkommene „Fachleute“.

Horst Mikonauschke, Mitte der 90er Jahre Landesvorsitzender der FSU in Schleswig-Holstein, ist im Frühsommer in den ***Arbeitskreis Wirtschaftspolitik*** der ***NPD*** berufen worden. Die entsprechenden Kontakte gehen auf gemeinsame Aktivitäten im NPD-nahen ***Deutschen Arbeitnehmer-Verband*** (***DAV***) zurück. Dort hatte Mikonauschke 1994 eine sog. *„Fehleranalyse der sozialen Marktwirtschaft“* veröffentlicht. **Reiner Bischoff** veröffentlicht nicht nur regelmäßig im FSU-Organ *Der Dritte Weg*; im Juni 1988 war er zudem Redner bei der Frühjahrstagung des ***Deutschen Rechts- und Lebensschutzverbandes*** (***DRLV***), einer vom Antisemiten **Roland Bohlinger** geführten Vereinigung. Eine von Bischoff zum Thema *Geld und Asyl* verfaßte Schrift erschien 1994 im Verlag der neofaschistischen ***Vereinigung Gesamtdeutsche Politik***. Aus der NPD in Niedersachsen kommt **Dr. Frank Schepke**, der heute von Bad Oldesloe aus für die Ideen der FSU Werbung macht. Schepke war nicht nur NPD-Landesvorstandsmitglied, sondern - ausweislich eines von ihm unterschriebenen Personalbogens der NPD - auch Mitglied der neofaschistischen ***Gesellschaft für freie Publizistik***. Als Kandidatin der FSU zu den Bundestagswahlen tritt im Kreis Pinneberg übrigens die 42-jährige Sekretärin **Sabine Eva Praß** aus Bönningstedt an; bei den Landtagswahlen 1992 war sie noch für die ***DVU*** angetreten.

Freisozialer Informationsdienst
Politik für den Norden

Vorankündigung - Termin bitte vormerken!

„Mit neuer Gesellschaftsordnung in das 21. Jahrhundert!“

Schluß mit systembedingten Wirtschaftskrisen und Kriegsgefahren

FSU - Sommertagung 1998 in Schleswig-Holstein

Freisozialer Informationsdienst
Politik für den Norden

Wählen? Nicht wählen? FSU wählen?

Wie lange hält unsere abgewirtschaftete Demokratie noch?

Wer sich über die Politik der großen Parteien ärgert, muß die FSU unterstützen.

Freisozialer Informationsdienst
Politik für den Norden

Bundestagswahl 1998
keine andere Wahl - nur freisozial!

„Der EURO“

Leseprobe

DER 3. WEG
Zeitschrift für die natürliche Wirtschaftsordnung

Basis zur demokratischen Vollendung der freien und sozialen Marktwirtschaft

Möglicher Ausweg?
Vorstellung des "Dritten Weges"/
die Vollendung der freien
und sozialen Marktwirtschaft

Von Bijan Nowrousian und Matthias Braun

Gemeinnützigkeit entzogen

Antisemitische Ludendorffer jetzt in Osselberg

An öffentlichen Protesten waren die antisemitischen Ludendorffer 1995 mit dem Versuch gescheitert, im schleswig-holsteinischen Holtdorf ein weiteres Schulungszentrum einzurichten. Auch ihre Seminartätigkeit auf dem seit Jahrzehnten betriebenen Hof Schönhagen wurde eingeschränkt. Nun haben sie im Mai 1998 in Osselberg in der Nähe Kiels ein neues Tagungszentrum eröffnet. Noch sind auf dem Gelände auch Spätaussiedler untergebracht; auf dem Gelände residiert auch ein Verein, der in der Nähe „Gotscha-Kriegsspiele" durchführt.



Osselberg - neuer Stützpunkt der Ludendorffer

Bereits Mitte 1997 hat der *Verein Ferienheim Schönhagen* das Gebäude auf dem Osselberg bei Schierensee gekauft. Vorsitzender dieses Vereins, der den Ludendorffer-Treffpunkt in Schönhagen betreibt, ist seit langem **Lothar Grünkorn** aus Kollmar. 1990 brachte er es zum stellvertretenden ***REP***-Kreisvorsitzenden in Steinburg (Mitgl.-Nr.: 5738), 1995 war er Vorsitzender des neofaschistischen ***Arbeitskreises für deutsche Politik***. Zur Eröffnung des Tagungszentrums in Osselberg jubilierte er: *„Das große Werk ist gelungen. Unser neues Heim in Osselberg kann seine Türen öffnen."*

Zusammen mit **Gisela Stiller**, die in Stafstedt die Versandbuchhandlung der Ludendorffer betreibt, und einem Herrn **Michaelis**, war Grünkorn darum bemüht, im Juli 1998 die Wogen der Aufregung zu glätten. Auf dem Osselberg hatte derweil bereits eine erste Sonnenwendfeier stattgefunden; insbesondere aber die Verteilung von Werbematerial an Schulen und Jugendvereine in der Umgebung hatte für helle Aufregung gesorgt. In einem entsprechenden Schreiben hatte es geheißen, daß sich das Heim mit seiner *„jugendherbergsmäßigen Unterbringung"* besonders *„für Klassenfahrten und Projektwochen aller Schularten"* eigne.

Das Ferienheim der Ludendorffer bietet Platz für 25 Kinder und 3 „BetreuerInnen"; derzeit läuft ein Antrag auf Heimerlaubnis beim Kieler Sozialministerium. Reagiert hat jedenfalls inzwischen die Oberfinanzdirektion Kiel. Dem *Verein Ferienheim Schönhagen* wurde rückwirkend ab 1995 die Gemeinnützigkeit entzogen. Damit können Spenden für die rassistische Nachwuchsausbildung nicht mehr - wie seit 1981 - von der Steuer abgesetzt werden.

In einem Schreiben an den *Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag*, in dessen Tageszeitungen über den Nazi-Hof berichtet worden war, jammert **Dr. Gunther Duda**, der 1. Vorsitzende des ***Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.***) darüber, daß auch dieses Mal wieder *„verleumderische Unterstellungen"* gebraucht würden. Duda schreibt: *„Tatsächlich gehörten die Eheleute Mathilde und Erich Ludendorff zu den schärfsten Gegnern des NS."* Wo immer sich die Ludendorffer in der Öffentlichkeit rechtfertigen müssen, greifen sie auf solche Geschichtsfälschungen zurück. General Ludendorff war ein langjäh-



Dr. Gundolf Fuchs

riger Weggefährte Hitlers; gemeinsam führten sie z.B. am 9. November 1923 im Rahmen ihrer Putschpläne den Marsch auf die Feldherrnhalle in München durch. Bei seinem Tod erhielt er von den Nazis ein Staatsbegräbnis 1. Klasse. Die zwischenzeitlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Hitler und Ludendorff waren rein taktischer Natur; sie machen aus dem Erfinder des „Totalen Kriegs" und dem Putschisten gegen die Weimarer Republik genauso wenig einen Demokraten wie andere Faschisten, die im Zuge interner Streitereien und Rivalitäten inhaftiert oder gar umgebracht (z.B. Ernst Röhm) wurden.



Schließlich bemüht sich Grünkorn in seiner Stellungnahme auch darum, den Rassismus der Ludendorffer vom *„Rassen- und Überheblichkeitswahn nationalsozialistischer Prägung"* abzugrenzen. Man selbst pflege die *„Einsicht, daß alle Völker dieser Erde einen unschätzbaren Beitrag zur kulturellen Vielfalt leisten. Hieraus leitet sich die Daseinsberechtigung für alle Rassen und Völker ab, wenn sie auch nicht Zustimmung zur derzeitigen Ausländerpolitik in allen Punkten bedeutet."* Letzteres ist zutreffend, schwebt den Ludendorffern doch eine noch weit schärfere Ausgrenzung von „Nicht-Deutschen" nach Apartheidskriterien (jede *„Rasse"* für sich) vor.

Zum Thema Rasse weiß auch das in Schleswig-Holstein noch immer aktive Ludendorffer-Ehepaar **Gundolf** und **Elke Fuchs** aus Hemmingstedt etwas zu sagen. In der alle zwei Wochen erscheinenden Zeitschrift der Ludendorffer namens *Mensch und Maß* konnten diese Anfang dieses Jahres mit durch und durch rassistisch geprägter Sichtweise darüber philosophieren, ob Hitler nicht eigentlich *„Halbtscheche"* war und schon dies ein Grund hätte sein müssen, ihn abzulehnen: *„Es genügt aber bereits die Wahrscheinlichkeit, daß sich ein nicht rein Deutscher als 'Führer der Deutschen' durch nichtdeutsche Erbgutsanteile leicht zu volksfremder Politik verleiten läßt, um eine solche Führerpersönlichkeit abzulehnen."* Mit der Fuchs'schen Argumentation wird dann auch gleich noch die Verantwortung der Deutschen für die Verbrechen des deutschen Faschismus geleugnet. War Hitler *„Halbtscheche"*, *„dann wäre die Verurteilung des deutschen Volkes ein noch widersinnigeres Unrecht!"*

VF

Harmlose Eselzucht in Nessendorf ?

Gesehen hat sie wahrscheinlich jedeR schon mal: die kleinen bunten Prospekte mit den niedlichen Eseln drauf. Man findet sie in großer Zahl im Kassenbereich von Supermärkten und in jedem amtlichen Prospektständer für Touristeninformation in Hotels, Gaststätten, Geschäften und Banken.



Eckart August

Der **Eselpark Nessendorf** (*„Der Spaß auf dem Lande..."*), der dieses Jahr sein 25jähriges Bestehen feiert, ist eine *„Attraktion für die ganze Familie"*; vor allem für vom Dauerregen geplagte Sommertouristen, aber auch für Schulen, Kindergärten usw.. Rund 130 Esel warten in Nessendorf darauf, von Kindern geritten oder als Zugtiere für Kutschfahrten eingesetzt zu werden. 100.000 BesucherInnen kommen jeden Sommer in den Freizeitpark an der Hohwachter Bucht, so heißt es in der Jubiläumsausgabe *Esel*, einem Hochglanz-Werbeprospekt des Eselparks. Das Geschäft der Familie August floriert also prächtig. Weshalb interessiert uns das eigentlich alles? Es geht um den Besitzer des Eselparks, **Eckart August** aus Blekendorf-Nessendorf. Dieser ist seit mindestens 20 Jahren in der ***NPD*** aktiv und verdient sich nebenbei mit seinem Eselpark einen goldenen Wanst. Bereits 1979 kandidierte er zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein für die NPD im Wahlkreis 7 (Schleswig-West), im Mai 1988 im Wahlkreis 32 (Oldenburg). Seit 1989 ist er Beisitzer im NPD-Landesvorstand Schleswig-Holstein. Die NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* feierte Eckart August 1994 in ihrer Mai-Ausgabe für seinen Einzug als Plöner NPD-Kreisvorsitzender in den Rat seiner „Heimatgemeinde" Blekendorf. Im Januar 1987 spielte er sich als Beschützer des seiner Ansicht nach *„geistig hochentwickelten deutschen Volkes"* auf. In einem offenen Brief an die damalige Bundes-Gesundheitsministerin Rita Süßmuth und Bundeskanzler Kohl erzürnte er sich bitterlich über eine AIDS-Aufklärungsanzeige in der Fernsehzeitschrift *Hörzu*, die seinem rigiden und mittelalterlichen Verständnis von Sexualität offenbar widerspricht. Abtreibung, Antibaby-Pillen oder das *„Zusammenleben von Mann und Frau ohne Trauschein"* sind für August die Ursachen einer von ihm ausgemachten *„Verwahrlosung der deutschen Jugend"*. Ebenso wenig wie in diesem Brief outet er sich innerhalb seiner Eselpark-Goldgrube als NPD-Aktivist. In seinem Souvenir-Laden, den die Familie August auf dem Geländes des Eselparks betreibt, findet man zwar allerlei Esel-Ramsch (Esel-T-Shirt´s, Eselbücher, Eselbecher, Eselmützen,...) und plattdeutsche Literatur, einschlägiges Propaganda-Material jedoch nicht - jedenfalls nicht offensichtlich. Soviel Geschäftssinn scheint man bei Familie August dann doch zu haben; schließlich würde neben der Eselzucht und dem Freizeitangebot rund um die Eselei auch das von Eckart August betriebene Restaurant „August´s Kutscherstuuv" und die Vermietung von Ferienwohnungen der Familie August in ein schlechtes Bild gerückt.

Club 88 - Treffpunkt der Hammerskins

In den knapp zwei Jahren seines Bestehens hat sich der Club 88 in Neumünster-Gadeland zu einem Treffpunkt der Stiefelnazi-Szene Norddeutschlands entwickelt, der sich inzwischen auch überregionaler Bedeutung erfreut.

Eine zentrale Rolle kommt hierbei dem Neumünsteraner **Tim Bartling** zu, der die Dauergäste des Fascho-Treffs um sich zu scharen weiß. Bartling pflegt zudem beste Kontakte zu Gleichgesinnten in der Neonazi-Hochburg Tostedt (Nord-Niedersachsen). Besonders bei Fußballturnieren der rechten Skins kommen beide Städte-Cliquen zusammen. Nach dem Nazi-Aufmarsch des ***Bündnis Rechts für Lübeck*** im März dieses Jahres fuhr ein Bus mit Teilnehmern der Nazi-Demo zum Club 88 um dort abzufeiern. Das letzte größere Treffen in Neumünster fand am 20.Juni statt. Dort versammelten sich bis zu 80 ***Hammerskins*** aus dem norddeutschen Raum sowie aus Holland. **Sven Greve** aus Lüneburg geleitete die auswärtigen Besucher dort hin. Der u.a. wegen Körperverletzung vorbestrafte Greve (29), gehörte bis zum Parteiverbot zum Umfeld der ***FAP***. Um ihn scharen sich rund 25 Hammerskins aus der Region Lüneburg. Bevor es an besagtem 20. Juni aber nach Neumünster ging, hatte Greve zum internationalen Hammerskin-Treffen nach Scharnebeck (bei Lüneburg) eingeladen. Mit auf der Gästeliste: Hammerskins aus Schweden, Großbritannien, den Niederlanden und den USA. Hammerskins sind in der politischen NS-Bewegung voll integriert. So nahmen sie auch am mißlungenen Aufmarsch des Bündnis Rechts für Lübeck in Lübeck-Moisling Ende Januar dieses Jahres teil. Besagter Sven Greve mischt in Lüneburg und Umgebung auch bei anderen „braunen Gelegenheiten" mit. So wurde er beim Verteilen von Flugblättern der selbsterklärten ***Freien Nationalisten*** um die Hamburger **Christian Worch** und **Thomas Wulff** („Steiner") gesehen. Greve ist sich aber auch nicht zu schade, mit Kameraden den Wahlkampfstand der ***Unabhängigen Wählerliste Landkreis Lüneburg (UWL)*** zu sichern. Die UWL ist eine ***NPD***-gesteuerte Gruppierung, die gerade in Lüneburg und Umgebung zur Landratswahl mobilisiert.


Norddeutsche Hooligans: die Person links oben trägt (weißumrandet) einen Aufnäher des Club 88

Mobilisierendes Moment für Jugendliche

Die Konzession für den Club 88 hält **Christine Dolscheid** in ihren Händen. Der Name des Clubs taucht mittlerweile vermehrt in Norddeutschland auf: als Aufnäher, Autosticker oder auf T-Shirts und Mützen. Im Skinzine *Warhead* der ***Hammerskins Nordmark*** heißt es zur Geschichte des Club 88: *„In Itzehoe hatten wir den doch schon legendären 'Kelten', der aber auf Druck der Öffentlichkeit geschlossen wurde. Sein Nachfolger ist der Club 88 in Neumünster."* (Das als Nazi-Treffpunkt bekannte Lokal „Zum Kelten" in Itzehoe verlor nach erfolgreichen öffentlichen Protesten - getragen von der Antifa-Bewegung - 1992 seine Konzession.) In unmittelbarer Nachbarschaft zum Club 88 befindet sich ein städtisches Jugendfreizeitheim. Dort wurde vor ein paar Jahren eine Hitler-Geburtstagsfeier (20.April) veranstaltet. Im Freizeitheim können sich Neonazis problemlos bewegen. Auf einige Schüler der in unmittelbarer Nähe gelegenen Hauptschule wirkt der Club 88 offenbar ebenfalls anziehend. Im Jugend- und Schulamt, von den Kommunalpolitikern wie von Polizei und der örtlichen Presse in Neumünster wird dies alles totgeschwiegen; damit man später wieder behaupten kann, von nichts gewußt zu haben. Führender Kopf der Hammerskins in Schleswig-Holstein war lange Zeit **Kai Stüwe**, zugleich Mitglied der Band ***Freikorps***. Die im nördlichsten Bundesland bekannteste „Musikgruppe", die den Hammerskins zuzurechnen ist, heißt ***Kraftschlag*** aus Elmshorn/ Kreis Steinburg. Erklärter Hammerskin ist **Haiko Feyerabend** (Kraftschlag-Mitglied) aus Störkathen, der schon als Schüler NS-Gedankengut verinnerlicht hatte und heute für den Verkauf von Keltenschmuck wirbt. Die FAP in Kellinghusen konnte auf ihn bauen.

Besuch für die „Patriotische Jugend"

Unerwartet und wohl auch unerfreulichen Besuch bekamen am Abend des 11. Juni drei Neonazis in ihrer Henstedt - Ulzburger Stammkneipe Trallala.

Rund 40 Antifas unternahmen an diesem Tag gegen 21 Uhr einen antifaschistischen Spaziergang, verteilten Flugblätter und hielten per Megaphon zwei Kundgebungen ab. Als die vermummten DemonstrantInnen den Nazitreff in der Beckersbergstraße erreichten und zehn von ihnen die Gaststätte betraten, flüchteten die drei anwesenden Nazi-Skins panikartig in die Toilettenräume und mußten sich von der Wirtin des Etablissements vor den TeilnehmerInnen schützen lassen. Nachdem im Anschluß an eine Kundgebung vor der Kneipe ein Demonstrant die Scheibe des Trallalas eingeschmissen hatte, zogen die Antifas auf einer kurzen Route durch die umgehenden Straßen, riefen antifaschistische Parolen und verteilten weiter Flugblätter. Zu einem Zwischenfall kam es am AKN Bahnhof Ulzburg, als ein weiterer Neonazi versuchte, die AntifaschistInnen zu fotografieren: er wurde mit Stein- und Flaschenwürfen vertrieben. Noch bevor es der Polizei gelang, genügend Einsatzkräfte zusammenzuziehen, beendeten die Antifas ihre Aktion und verließen den Ort mit der AKN. Auch Polizeistreifen an verschiedenen Bahnhöfen und etwa 20 Beamte am U-Bahnhof Garstedt versuchten erfolglos, Beteiligte festzunehmen. Der Antifa ist es mit dieser Aktion scheinbar gelungen, was schon auf dem Flugblatt zur Aktion festgestellt wird: nämlich zu zeigen, „daß wir - wann immer wir das wollen - mit vielen Leuten an den Treffpunkten der Nazis auftauchen können , um sie unsicher zu machen." Tatsächlich könnte die ***Patriotische Jugend*** um **Andre Schwelling** und **Stefan Kallweit** so langsam kalte Füße bekommen; erst eine Woche vor dieser antifaschistischen Aktion hatten laut Presseberichten 40 türkische und deutschrussische Jugendliche einen Angriff auf die Kneipe versucht, waren aber schließlich von der Polizei daran gehindert worden. Während sich die schon erwähnten Kader der Ulzburger Nazi-Szene seit einiger Zeit umeinen bürgerlich-seriösen Ruf bemühen, terrorisierte ihr kahlköpfiges Fußvolk in den letzten Wochen zunehmend politisch Andersdenkende, „Behinderte", Punks und AusländerInnen, dabei kam es zuletzt zu mehreren Übergriffen mit Verletzten. Aus den Schleswig-Holsteinischen Neonazi Strukturen sind die Henstedt-Ulzburger Nazis nicht mehr wegzudenken: mindestens zwei der drei Busse des Norderstedter Unternehmens **Herbert Greve** Omnibusreisen, die am 1. Mai aus dieser Region Neonazis zur ***NPD***-Demonstration nach Leipzig gefahren haben, fuhren in Henstedt - Ulzburg ab, in der Nacht zum 2. Mai nächtigten zudem zahlreiche auswärtige Faschisten im Ort. Und selbst der sonst auf dem rechten Auge so blinde Schleswig-Holsteinische Verfassungsschutz erwähnt für das Jahr 1997 die „Patriotische Jugend" und namentlich unter anderem Andre Schwelling.

Die Antifaschistische Aktion vom 11. Juni war also allem Anschein



11. 6. 1998

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Henstedt-Ulzburg,

anläßlich unseres antifaschistischen Spaziergangs durch Ihre Gemeinde möchten wir Sie auf folgendes hinweisen:
Henstedt-Ulzburg ist ein Zentrum des organisierten Neonazismus in Schleswig-Holstein. Unter wechselnden Bezeichnungen („Patriotische Jugend", „Bund für Gesamtdeutschland", „Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland" u. a.) beteiligten sich Ulzburger Neonazis immer wieder an regionalen und bundesweiten rechtsradikalen Kampagnen und Veranstaltungen, zuletzt an der Maidemonstration der NPD in Leipzig. Das Postfach von Tobias Thiessen in Henstedt-Ulzburg diente als Kontaktadresse bei zahlreichen Aktionen der neofaschistischen Szene. Zudem kann über dieses Postfach das Skinhead-Magazin „Hamburger Sturm" und sonstiges rechtes Propagandamaterial bestellt werden. Das wohl aktivste Mitglied der Ulzburger Naziszene, die eng mit ehemaligen Angehörigen der verbotenen Nationalen Liste aus Hamburg zusammenarbeitet, ist Andre Schwelling. Er unterhält Kontakte zu rechtsradikalen Gruppen und Einzelpersonen in Norddeutschland und war Mitorganisator mehrerer Nazidemonstrationen in Schleswig-Holstein. Zum Kotzen!
Ziel unseres Spaziergangs ist es, Sie über diese unschöne Situation in Henstedt-Ulzburg zu informieren und zu zeigen, daß wir, wann immer wir wollen, in der Lage sind, bei den Treffpunkten der Nazis - die Kneipe Tralala ist so einer - aufzutauchen und diese unsicher zu machen.

Stefan Kalweit und Andre Schwelling - zwei Nazikader aus Henstedt-Ulzburg

Werden auch Sie aktiv gegen Rassismus und Faschismus!
Dulden Sie keine Neonazis in Ihrer Nachbarschaft (und auch nicht woanders)!
Für eine starke antifaschistische Bewegung!

antifaschistische Gruppen aus Hamburg und Schleswig-Hostein

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Antifa-Flugblatt zum organisierten Neofaschismus in Henstedt-Ulzburg

nach ein gelungener Stich ins Nazi-Nest. Was als Reaktion darauf zu erwarten war, zeigte sich indes schon am späten Abend desselben Tages: vom Nordersteder Restaurant Schweinske an der Ulzburger Straße aus, fuhr eine Hand voll Nazis „Patrouille" durch Norderstedt (wo sie anscheinend die an der Aktion beteiligten Antifas vermuteten). Das Soziale Zentrum (SZ),in dem sich gerade zahlreiche Menschen wegen einer Kneipenveranstaltung aufhielten, wurde von ihnen scheinbar als Ausgangspunkt des Angriffs ausgemacht. Nur eine Woche später war das SZ samt Adresse auf den Internet-Seiten des ***Nationalen Widerstandes*** zu finden - in einer Meldung der faschistischen Internet-Zeitung *Perspektive*, unter der Überschrift *„Aktionen der Antideutschen"*.......

„Multikulturelle" Nazi Kneipe??

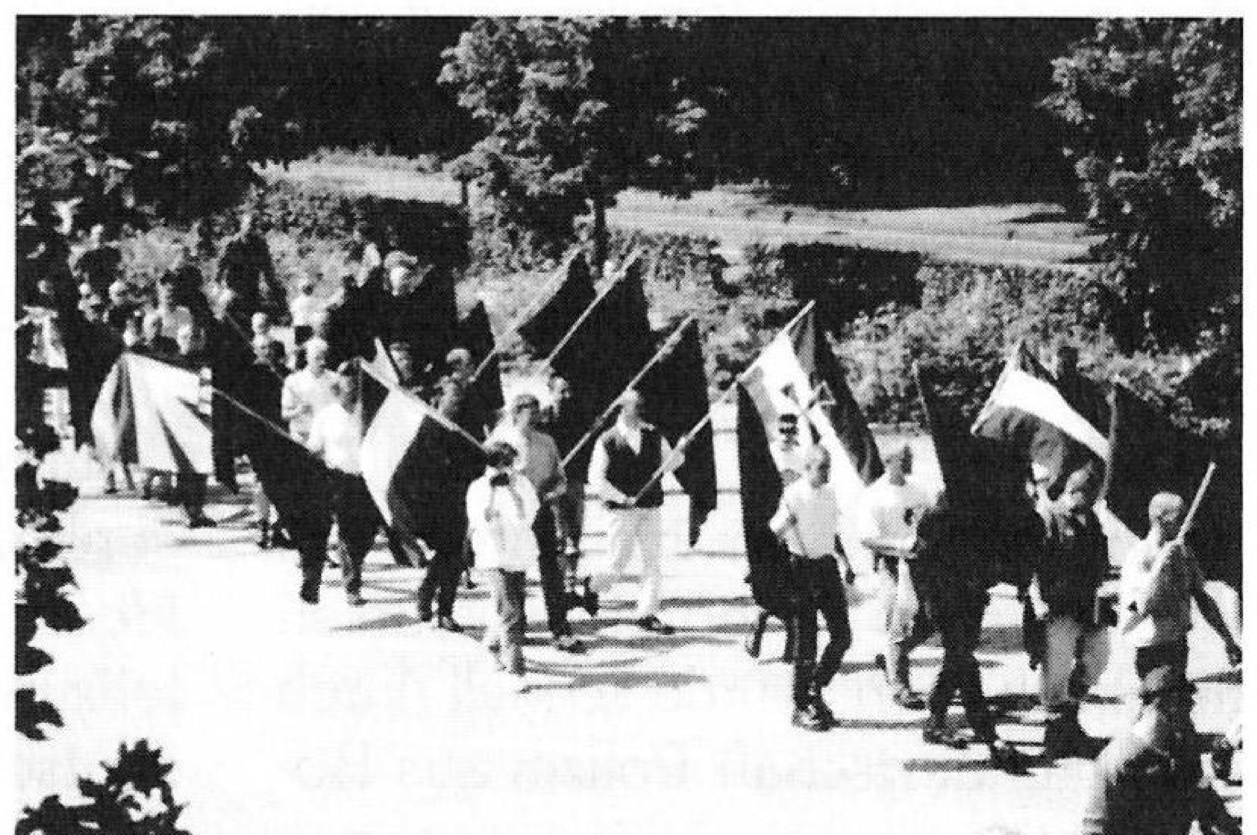
Nach der Antifa-Aktion vom 11. Juni hat sich rund zwei Wochen später auch der Inhaber der ins Schußfeld geratenen Ulzburger Kneipe Trallala zu Wort gemeldet. In einem Leserbrief an die Nordersteder Zeitung verwahrte sich **Holger Hoffmann** gegen die Tatsache, seine Kneipe sei ein *„Skin Treff"*, wie die Zeitung zuvor zweimal korrekt berichtet hatte. Hoffmann sieht das anders und beschreibt den Charakter seines Etablissements *„eher als multikulturell"*. Er habe einen an einem Überfall beteiligten Jugendlichen sogar einmal persönlich der Polizei übergeben. Es wäre interessant zu erfahren, wie Hoffmann erklären will, daß alleine in den letzten Wochen mehrere Angriffe auf Punks und „Behinderte" direkt aus dem Trallala heraus geführt worden sind und sich mittlerweile ganze Bevölkerungsgruppen (insbesondere Punks und Schwarzafrikaner) abends nicht mehr dort vorbeitrauen. Während der antifaschistischen Demonstration *„Gegen die Verdrehung der Geschichte"* im November letzten Jahres versammelten sich die Nazis unter den Augen der Polizei in der Nazi- Kneipe und wurden von Einsatzkräften dort unter Kontrolle gehalten. Oder in den Worten Hoffmanns: *„... möchte ich klarstellen ,daß meine Kneipe mit dieser oder anderen Aktionen nichts zu tun hat oder hatte"*.

Wir entnahmen beide Artikel der Juli-Ausgabe der Zeitschrift Nadelstiche aus Norderstedt. Vielen Dank.
Nachbemerkung: Der Artikel ist mittlerweile zwei Monate alt. Seit dem antifaschistischen Spaziergang sind die Angriffe auf Andersdenkende und MigrantInnen spürbar seltener geworden.Dies ist ein erster Erfolg an dem auf jeden Fall angeknüpft werden sollte.

„Bismarck, ein sozialer Nationalist..."

Zum 100. Todestag des Reichskanzlers Otto von Bismarck marschierten am 8. August rund 120 überwiegend junge Neonazis durch Aumühle (Kreis Herzogtum Lauenburg).

Der Sarkophag des „Eisernen Kanzlers", welchen die Neo-Faschisten für einen von Ihnen halten, steht in Friedrichsruh bei Aumühle. Zu der Demonstration aufgerufen hatten die NPD und das ***Soziale und Nationale Aktionsbündnis Norddeutschland***. Die Jugend war dem Aufruf gefolgt, ältere KameradInnen wie die übliche „Führungsriege" um **Christian Worch** und **Thomas Wulff** aus dem nahegelegenen Hamburg fehlten. Dafür waren mehrere Anti-Antifa-AktivistInnen unterwegs, so z.B. Thekla Kosche, eine junge Dame (ohne Auto!) aus Bad Segeberg. Nachdem die rund 60 Antifas und einige protestierenden AnwohnerInnen Aumühles von den 410(!) eiligst angereisten Polizisten aus dem Weg geschafft bzw. zu einem Drittel in Gefangenentransporter gepfercht worden waren, konnten die Nazis völlig unbehelligt marschieren. Über die freigeräumten Straßen der Noblesse-Idylle Aumühles wurden sie von der Polizei zum Bismarck-Turm geleitet. Auf der dort stattfindenden Kundgebung hielt der Münchner Ex-Vize-General der ***FAP*** und Gründer der ***Nationalen Offensive***, **Michael Swierczek** den zentralen Redebeitrag. Vor Beginn der Nazi-Demo hatten EinwohnerInnen von Aumühle versucht, einen neben dem Bismarck-Turm gelegenen Gedenkstein für den Österreicher Georg Schönerer zu verhüllen. Schönerer war radikaler Antisemit, auf den sich auch Adolf Hitler bezog. Doch die Schützer der Faschisten enthüllten das Denkmal wieder, bevor die Nazis daran vorbeimarschierten. Unter *„Ruhm und Ehre - Reichskanzler Bismarck"*- und *„Reichskanzler Bismarck - einer von uns"*- Rufen endete der Marsch nach anderthalb Stunden völlig ungestört am Aumühlener S-Bahnhof.



Heß, die Elfte

Am 15. August jährte sich zum elften Mal der Todestag von Rudolf Heß. Rudolf Heß war einer der mächtigsten Männer des nationalsozialistischen Terrorregimes. Das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal verurteilte ihn 1946 zu lebenslanger Haft. Am 17. August 1987 erhängte sich Heß im Gefängnis Berlin – Spandau.

Wie in den 10 Jahren zuvor versuchten die deutschen Neonazis auch in diesem Jahr einen bundesweiten „Heß- Marsch" in Deutschland zu inszenieren. Die ersten Hinweise fanden sich unter anderem in einem Artikel der Internetausgabe der *Berlin Brandenburger Zeitung* wo unter anderem zu lesen war das es sich beim „***Aktionskomitee Rudolf Heß 1998***"sich um einen „*völlig neuen Kreis von Kameraden*" handele, was wohl darauf hinweisen sollte, daß die Koordinierung der „Rudolf Heß Aktionswochen" nicht wie in den vorangegangenen Jahren von JN-Kadern, sondern, von sogenannten ***Freien Nationalisten*** durchgeführt werden sollte.

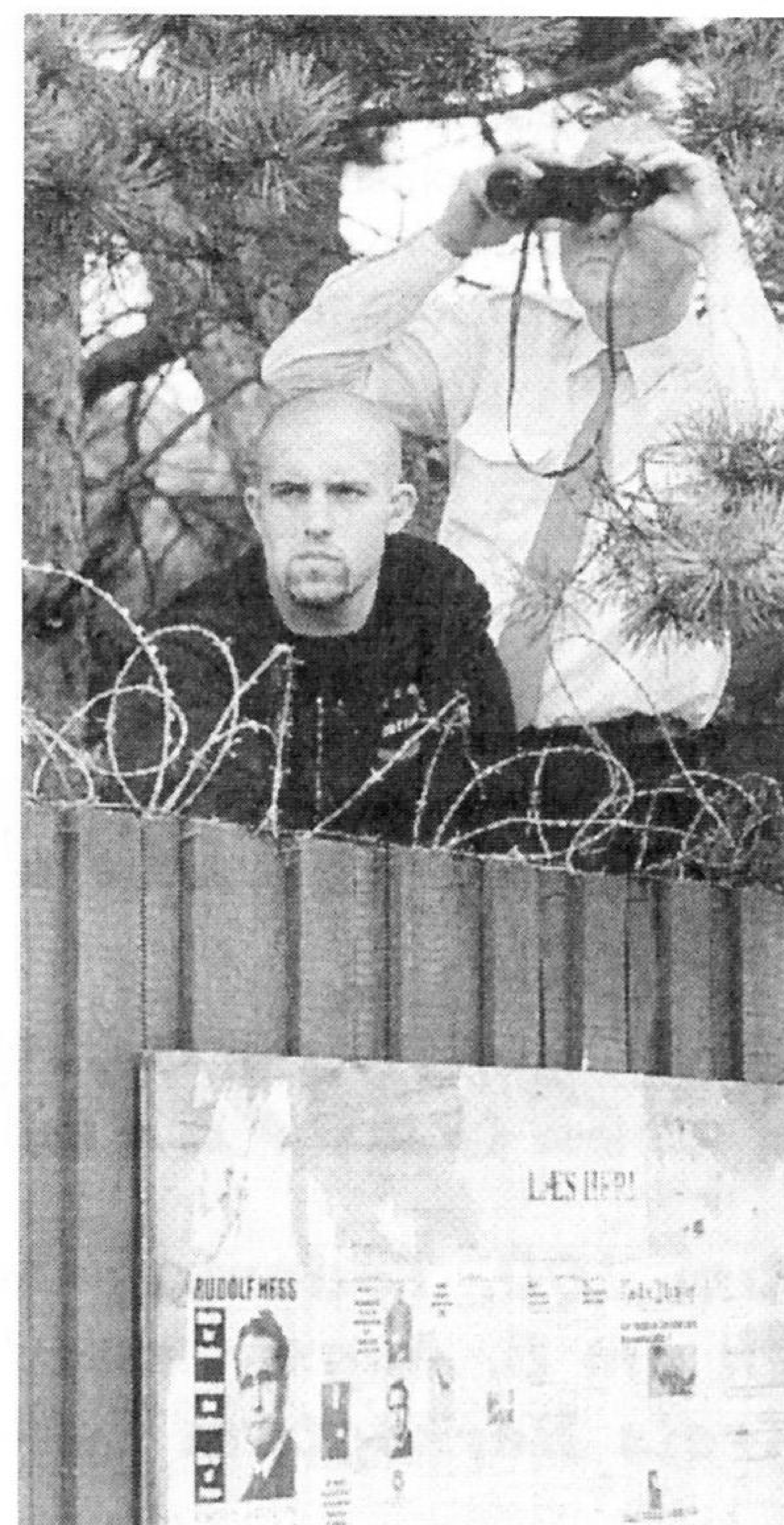
Es wurde in diesem Artikel weiterhin darauf hingewiesen, daß es aufgrund der zu erwartenden „Schwierigkeiten" bei einem zentralen Marsch, ein noch stärkeres Augenmerk auf die „Arbeit vor Ort" gerichtet werden solle. Man denke an die Durchführung von Mahnwachen, Kranzniederlegungen und Spontandemonstrationen.

Am 14. August wurden die am zentralen Marsch interessierten Faschisten in den Abendstunden über verschiedene Handy-Nummern und ein über das NIT Rheinland geschaltetes Kampagnen-Telefon für den 15. August in den Großraum Kassel gelotst.

Der Versuch am 15. August im westfälischen Brilon einen Marsch durchzuführen, wurde schnell durch eine Hundertschaft Polizei aus Bochum unterbunden, wobei 30 Neonazis festgenommen wurden. Auch im 20 Kilometer entfernten Marsberg scheiterte ein zweiter Versuch kläglich, worauf in einer Ansage des „Kampagnen-Telefons" zu hören war, daß geraten werde „*Kleinaktionen*" in den einzelnen Heimatstädten der Kameradschaften durchzuführen. In Goslar versuchten circa 30 Neonazis einen Marsch durchzuführen, wobei 19 zum Teil aus Kiel stammende Nazis festgenommen wurden. Eine Mahnwache von 15 Nazis in Hamburg – Bramfeld wurde nach 5 Minuten von der Polizei aufgelöst. In Zielitz bei Magdeburg wurde ein 10 minütiger Fackelmarsch von ungefähr 50 Neonazis „unbemerkt" unter den Augen von Polizeikräften durchgeführt. Bei einer Saalveranstaltung des ***Freundeskreises Mecklenburg - Vorpommern*** zum selbigen Thema im Landkreis Demmin beschlagnahmte die Polizei umfangreiches neofaschistisches Propagandamaterial.

Am Mittwoch den 19.8. versuchten in Marburg 10 Neonazis an einem Soldatenehrenmal einen Kranz für Rudolf Heß abzuwerfen, was aber durch ihre Verhaftung unterbleiben mußte. Für den 22. August wurde in Goslar eine „Protestdemo" der ***Sauerländischen Aktionsfront (SAF)*** bezüglich der Verhaftungen vom 15.08 verboten.

Beim Versuch an dem am 15.8. geplanten „*internationalen Heßmarsch*" im dänischen Greve teilzunehmen, wurden rund 150 deutsche und 10 niederländische



Verschanzt im „Führerbunker": frustrierte Faschisten im dänischen Greve

Neonazis an verschiedenen Grenzkontrollstellen zurückgewiesen.

Der von der ***DNSB*** organisierte Heßmarsch verlief dann kläglich: die rund 130 Faschisten aus Dänemark, Schweden, Norwegen und Deutschland konnten aufgrund antifaschistischer Präsenz nur eine halbe Stunde „marschieren" - morgens um 7.00 Uhr von ihrem Hauptquartier zur S-Bahn-Station. Dort mußten sie unverrichteter Dinge kehrtmachen.

Daß deutsche Neonazis dies noch als „Erfolg" werteten, spricht Bände...

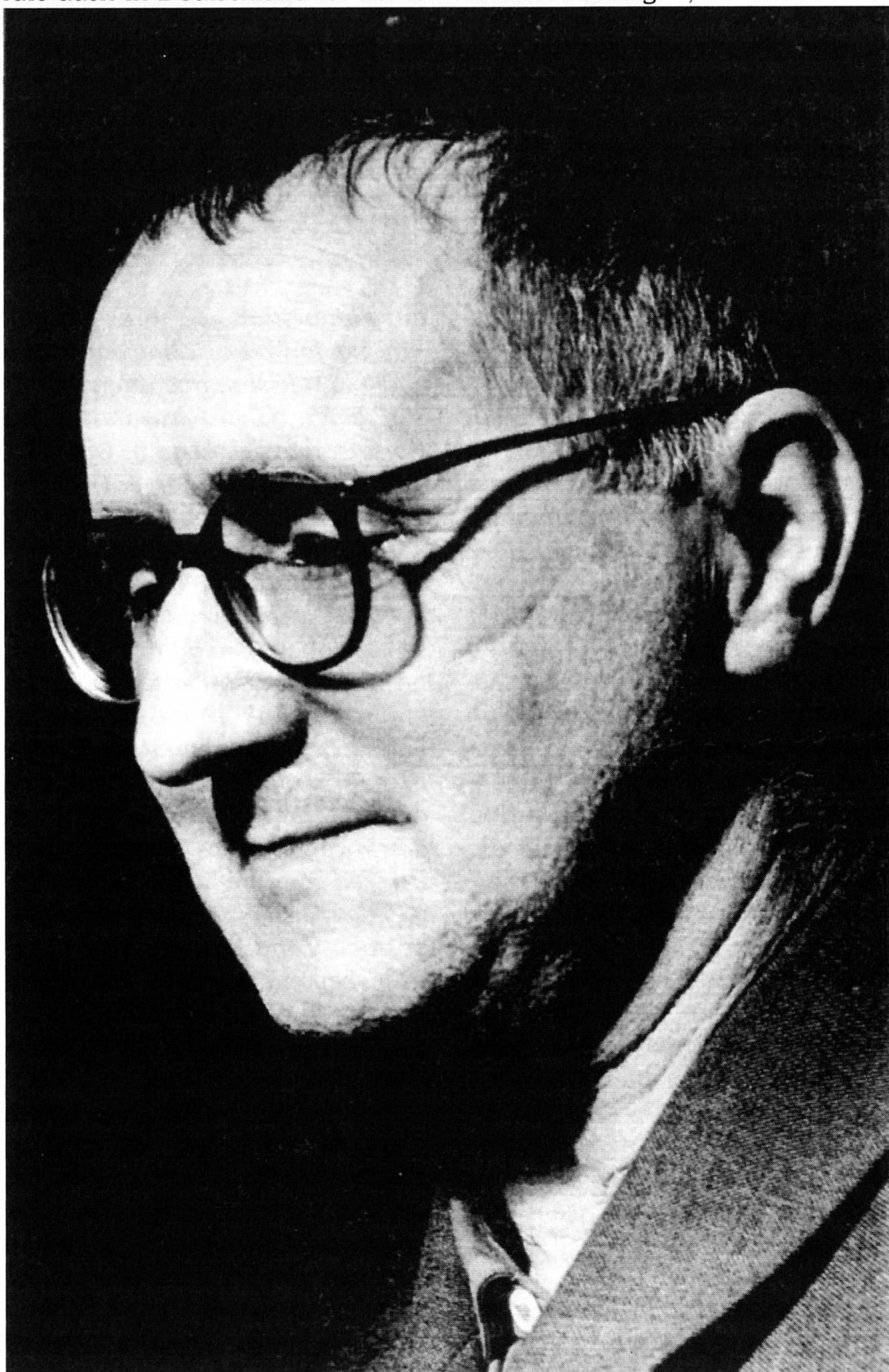
Ein 100. Geburtstag und ein 80. Jahrestag

BRECHT

dem Kapital die Gräten

... alle Macht den Räten!" - So riefen wir 1968. Von B. B. wußte ich damals nicht viel. Aber Brechts Bertolt wäre sehr dafür gewesen.

100 Jahre wäre Bertolt Brecht in diesem Jahr geworden. 20 Jahre alt war er, als die Idee der Rätemacht in Gestalt der Arbeiter- und Soldatenräte auch in Deutschland für kurze Zeit zur materiellen Gewalt wurde. Brecht selbst hatte damals die Suche, das Ringen um einen Standpunkt in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, der ihn schließlich an die Seite der kämpfenden ArbeiterInnen und ihrer revolutionären Organisationen führte und ihn nicht zuletzt zu einem hochrangigen marxistischen Philosophen werden ließ, erst begonnen.



Zu Brechts Geburtstag gab es bereits Anfang dieses Jahres viele Feierstunden. Manch Lakai der herrschenden Klasse fühlte sich bemüßigt, das Wort zu ergreifen und - man hat schließlich Kultur und zur Zeit wenig Angst - den Toten mit vorgeblich ehrenden Worten zu beleidigen. Zu ihnen gehört unser Bundespräsident.

Zum 80. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution wird es Vergleichbares nicht geben. Mir allerdings hat die Beschäftigung mit Brecht im zeitlichen Zusammentreffen und dann auch in inhaltlichem Zusammenhang mit Arbeiten zum 80. Jahrestag der gescheiterten Revolution den Anstoß gegeben, auch noch einen Artikel zum „Brecht-Jahr" zu schreiben. Aus gutem Grund in einer antifaschistischen Zeitschrift.

Meine Annäherung an Brecht ist die eines *„lesenden Arbeiters"*. (Für die Anführungsstriche gäbe es gar keinen Grund, wäre dieser Begriff nicht auch ein Brecht-Zitat.) Mir erscheinen auch Brechts Theaterstücke und seine Art, Theater zu spielen zu lassen sehr aktuell, äußerst anregend und anspornend zum Handeln, anspornend auch zum Weiterschaffen in seinem Sinne und zur Weiterentwicklung seiner Denkanstöße. Aber nicht um Theaterstücke soll es hier gehen. Ich möchte vor allem auf zwei Arbeiten Brechts aufmerksam machen

und sie vorstellen, zur Beschäftigung mit ihnen auffordern, weil diese Beschäftigung Genuß bereitet, eine geistige und politische Herausforderung darstellt und unserem heutigen Kampf nützlich sein kann.

„Die chimesische Revolution“

„Als Chima, das Land der Mitte, das auf keiner Karte verzeichnet ist, vier Jahre lang mit 37 Völkern im Krieg verharrt hatte, zeigte es zum Schrecken seiner Regierung Zeichen von Entmutigung. Bevor die Armeen, die alle auf feindlichem Boden kämpften, zu weichen und die Bevölkerung sich in einem Aufruhr zu erheben begann, hatten die Überlebenden ihre Toten schon in Papier begraben und Gras gegessen. Das Volk war eines der geduldigsten, über das je eine Regierung verfügt hatte, und auch sein Aufruhr war noch sanftmütig. Er entstand aus Ordnungsliebe. Die Soldaten mußten zurückgebracht werden, und die Offiziere waren wohl fähig, das heißt in den Schulen geschult, sie in Feindesland, aber weder durch Bücher noch durch Übungen darauf vorbereitet, sie in die Heimat zu führen. Einige Soldaten liefen tagelang herum, um Armbinden aufzutreiben, die sie als Ordner und Revolutionäre kennzeichnen sollten und, gründlich, wie sie waren, fanden sie solche ... “

„Es war die allgemeine Meinung, daß man die Ordnung, die überall ausbrach, als die Herrschenden ihren Krieg, den sie mit großem Gewinn, aber weniger äußerem Erfolg geführt hatten, aufgeben und verloren geben mußten, nur dem Bestehen einer revolutionären Partei verdankte, die sich sogleich an die Spitze der Bewegung des Volkes setzte. Diese Partei, die sich die Partei des gleichberechtigten Volkes nannte, da ihre Parole forderte, das Volk solle mit den Herrschenden gleichberechtigt sein, konnte in diesen allgemein als gefährlich angesehenen Tagen ihre historische Aufgabe nur deshalb erfüllen, weil sie schon seit langem bestand, ein hohes Alter erreicht hatte und aus dem politischen Leben schon gar nicht mehr wegzudenken war, und weil sie sehr groß war. Ohne diese Eigenschaften hätte sie kaum verhindern können, daß etwas geschah. Als die Front ins Wanken geriet, setzten sich einige der Tuis der revolutionären Partei in den Zug und fuhren in das Quartier der Generäle, um durch Reden die sinkende Moral der Truppen wieder zu heben. Sie wurden zu einem großen Haus geführt, das in einem Park lag, und es wurde ihnen gesagt, die Generäle säßen eben beim Essen und würden sie nach dem Kaffee empfangen. Sie standen ein paar Stunden vor dem Haus, in Gespräche vertieft. Da es regnete und sie, um nicht einen unmilitärischen Eindruck zu machen, ihre Regenschirme daheimgelassen hatten, wurden sie ziemlich durchnäßt und froren. Sie befürchteten schon, man könne sie vergessen haben, als eine halbe Kompanie Soldaten, von denen einige rote Armbinden trugen, in den Hof kamen, ihnen mitteilten, die Revolution sei ausgebrochen und sie auf die Schulten hoben und als Führer begrüßten.



Ich war der Bluthund, Kumpels. Diesen Namen
Gab ich mir selber, ich, des Volkes Sohn,
Sie anerkannten's: als die Nazis kamen
Gewährten sie mir Wohnung und Pension.

Sie beruhigten sich schnell und es gelang ihnen, am Abend des übernächsten Tages doch noch bei einem Adjutanten eines der Generäle vorgelassen zu werden. Er versicherte ihnen, daß man den aufrührerischen Soldaten nichts in den Weg legen würde, wenn die Ordnung gewahrt bleibe.

Beinahe noch größeres Glück hatte die revolutionäre Partei in der Hauptstadt. Zu ihrer Überraschung fand sie, ohne lange suchen zu müssen, noch einen Prinzen, einen nahen Verwandten des Kaisers, der sich eben in jenen Tagen als Revolutionär entpuppte, den bisher nur seine hohe Stellung von der Äußerung seiner wahren Gefühle zurückgehalten hatte und der jetzt forderte, der Kaiser müsse abdanken. Die Führer der revolutionären Partei hatten zunächst einige Bedenken, da ein solcher Fall nicht vorgesehen war, aber der Prinz handelte. Die Umgebung des Kaisers hielt die Nachricht von der Forderung des revolutionären Prinzen vor dem hohen Herrn einige Tage zurück, aber dann bekam er doch Wind von der Sache und fuhr, bevor man ihn besänftigen konnte, über die Grenze zu fürstlichen Verwandten.“

Dies ist ein Abschnitt aus einem Werk, an dem Brecht von 1931 an arbeitete und das er doch nie vollendete: aus dem *„Tui-Roman“*, der Fragment blieb. Es gehört zu einem umfangreichen literarischen Komplex, zu dem als einzig fertiges Stück *„Turandot oder Der Kongreß*

der Weißwäscher" gehört. Alle Arbeiten an diesem Komplex behandelten nach Brechts Worten *„den Mißbrauch des Intellekts"*.

„Nach allgemeiner Ansicht begann in diesen Tagen jenes Zeitalter in Chima, das die Zeit der Herrschaft des Geistes genannt wurde, nämlich die große Zeit der Tuis. Tuis wurden in Chima, mit einer Zusammenziehung der Anfangsbuchstaben, die Angehörigen der Kaste der Tellekt-Uell-Ins, der Kopfarbeiter, genannt. Sie waren in großer Anzahl über das Land verbreitet und zwar als Beamte, Schriftsteller, Ärzte, Techniker und Gelehrte vieler Fächer, auch als Priester und Schauspieler. In den großen Tuischulen erzogen, verfügten sie über das gesamte Wissen ihrer Epoche. Sie hatten als Weißwäscher, Ausredner und Kopflanger des Kaisers an der seelischen Haltung des Volkes während des Krieges gearbeitet, und so war es natürlich, daß sie auch die Berufenen waren, den Frieden zu schließen ..."

Nicht alle Tuis sind schon immer Tuis gewesen. Manche haben sich den Zugang zu dieser Kaste hart erarbeitet - so etliche Führer der Partei des gleichberechtigten Volkes wie Wei-Wei, Schi-meh und Nauk: *„Alle drei waren einfache Leute ohne besondere Schulbildung gewesen, hatten sich aber, in den Abendstunden nach der Arbeit, selbst zu Tuis ausgebildet."* Nun können sie ihre Funktion im System erfüllen.

„Die goldene Zeit der Tuis ist die liberale Republik, aber den Gipfel erklimmt der Tuismus im Dritten Reich. Der Idealismus, auf seiner niedersten Stufe angelangt, feiert seine gigantischen Triumphe."
(Brecht, 1934)

Das eigentliche Thema des „Tui-Romans" ist die Weimarer Republik, ihre Vorgeschichte, ihre Entstehung, ihr absehbarer Untergang. Die Darstellung des Prozesses: verfremdet, um sein Wesen um so deutlicher hervortreten und begreifbar werden zu lassen. Die obigen Zitate mögen das belegen und zum Weiterstöbern anregen. Es gibt große Satire zu entdekken. Ausgesprochen köstlich etwa der Abschnitt über die Ausrufung der chimesischen Republik. Chima ist Deutschland, die obengenannten Volksvertreter sind, beim Lesen des Textes leicht erkennbar, Ebert, Scheidemann und Noske.

In seiner Planskizze zum Roman schreibt Brecht unter anderem: *„Grundlinie: Das Eigentum ist bedroht, weil das Elend zu groß wird. Die Tuis verteidigen die Kultur (welche auf das Eigentum aufgebaut ist). Sie haben eine langjährige Freiheit genossen, da ihre Redereien nicht wesentlich geschadet haben. In ihnen hat sich die Überzeugung festgesetzt, daß der Geist die Materie bestimmt. Dieser Geist schien ihnen frei. (Die Schiedsrichter.) Da sie z.B. in Zeitungen schrieben, die nicht ihr Eigentum waren, schrieben sie gelegentlich auch gegen das Eigentum. Sie durften es, so lange die Zeitungen dadurch Geld verdienten, also das Eigentum vermehrt wurde."* Der Stellung der „Kulturschaffenden" in dem genannten Prozeß gilt Brechts besondere Aufmerksamkeit. Es geht ihm ja auch darum, seinen eigenen Platz, die von ihm zu erfüllenden Aufgaben im positiven Sinne zu definieren. Dazu später mehr. Als nicht verschlüsselte Definition der Tuis gibt Brecht: *„Der TUI ist der Intellektuelle dieser Zeit der Märkte und Waren. Der Vermieter des Intellekts."*

Mit der Niederschlagung der (November-)Revolution begann der Weg in den Faschismus. In Chima kommt der *„Hu-ih"* an die Macht, *„das Volk ist unter die allerverlumptesten, korruptesten Tuis gefallen."* Über den geplanten Tui-Roman schreibt Brecht auch: *„Daß dieerstmalige Anwendung der Demokratie ihre Aufhebung ergibt; daß das befreite Volk diktiert, es müsse beherrscht werden, ist der Hauptwitz des Buches."*

Eine zynische Behandlung des Volkes allerdings ist Brecht fremd. Und von den Intellektuellen, gerade von den Schriftstellern, fordert er in diesen Jahren vor allen Dingen, ihre Fähigkeiten in den Dienst des Kampfes gegen den Faschismus zu stellen und sich mit der Gesellschaftsklasse zu verbinden, die mit ihrem Kampf den Faschismus mit seinen Wurzeln ausrotten kann.

„Einen der Gründe für die erschreckende Folgenlosigkeit unserer kulturellen Bemühungen erblikken wir darin, daß wir uns gemeinhin mit unseren Arbeiten, die für 'alle' bestimmt waren, zum Wohle 'aller' dienen sollten, allzu unbestimmt wiederum an alle wandten. Die Entwicklung in Deutschland lehrt uns, daß keineswegs alle für alle sind und daß nur eine ganz bestimmte, sich eben dadurch von allen anderen Schichten unterscheidende Schicht von Menschen bereit ist, die Interessen aller zu vertreten. Es ist dies die Schicht, die bei Strafe des Untergangs, oder besser weil sie durch die Gesellschaftsordnung dazu verdammt ist, ständig unterzugehen, weil eben ihr Untergang den Wohlstand aller erzeugt, die Interessen aller vertreten muß. Auch diese Schicht muß aber, um dies zu können, erst organisiert und dazu instand gesetzt werden. Es ist die Schicht des Proletariats." (Aus: *„Plattform für die linken Intellektuellen"*, 1937)

1935 bereits hatte Brecht auf dem 1. Internationalen Schriftstellerkongreß (der ihm nach eigenem Bekunden viel Material für seine Arbeiten am Tui-Projekt lieferte) zur Verteidigung der Kultur *„Eine notwendige Feststellung im Kampf gegen die Barbarei"* gemacht, die ich allen AntifaschistInnen ans Herz legen möchte.

„Die Schriftsteller, welche die Greuel des Faschismus erfahren, am eigenen oder am fremden Leibe, und darüber entsetzt sind, sind mit dieser Erfahrung und mit diesem Entsetztsein noch nicht ohne weiteres imstande, diese Greuel zu bekämpfen. Es mag mancher glau-



ben, daß die Schilderung dieser Greuel genüge, besonders wenn großes literarisches Talent und echter Zorn die Schilderung eindringlich machen. In der Tat sind solche Schilderungen sehr wichtig. Hier geschehen Greuel. Das darf nicht sein. Hier werden Menschen geschlagen. Das soll nicht geschehen. Was braucht es da langer Erörterungen? Man wird aufspringen und den Peinigern in den Arm fallen. Kameraden, es bedarf der Erörterungen.

Man wird vielleicht aufspringen, das ist nicht so schwer. Aber dann kommt das In-den-Arm-Fallen, und das ist schon schwerer. Der Zorn ist da, der Gegner bezeichnet; aber wie bringt man ihn zu Fall? Der Schriftsteller kann sagen: Meine Aufgabe ist es, das Unrecht zu denunzieren, und er kann es dem Leser überlassen, damit fertig zu werden. Aber dann wird der Schriftsteller eine sonderbare Erfahrung machen. Er wird merken, daß der Zorn wie das Mitleid etwas Mengenartiges ist, etwas, was in der und der Menge vorhanden ist und ausgehen kann. Und das schlimmste ist: es geht aus in dem Maße, in dem es nötiger wird. Kameraden sagten mir: Als wir zum ersten Male berichteten, daß unsere Freunde geschlachtet wurden, gab es einen Schrei des Entsetzens und viele Hilfe. Da waren hundert geschlachtet. Aber als tausend geschlachtet waren und des Schlachtens kein Ende war, breitete sich Schweigen aus, und es gab nur mehr wenig Hilfe. So ist es: 'Wenn die Verbrechen sich häufen, werden sie unsichtbar. Wenn die Leiden unerträglich werden, hört man die Schreie nicht mehr. Ein Mensch wird geschlagen, und der zusieht, wird ohnmächtig. Das ist nur natürlich. Wenn die Untat kommt, wie der Regen fällt, dann ruft niemand mehr halt.'" Dies ist eine Erfahrung, die wir im Kleinen auch heute schon machen konnten, nach dem Rostocker Pogrom und den vielen Brandanschlägen und Gewalttaten der heutigen Nazis in den vergangenen Jahren...

„Der Mensch verweilt nicht bei dem Schmerz eines andern, wenn er ihm nicht helfen kann. (...) ...wenn man den Schlag aufhalten kann, wenn irgendeine, selbst eine schwache Möglichkeit dazu besteht, dann kann man Mitleid haben mit dem Opfer. Man kann es auch sonst, aber nicht lang, jedenfalls nicht so lang, als auf das Opfer die Schläge sausen. Also: Warum fällt der Schlag? Warum wird die Kultur über Bord geworfen wie ein Ballast, jene Reste der Kultur, die uns übriggeblieben sind; warum das Leben von Millionen Menschen, der allermeisten Menschen so verarmt, entblößt, halb oder ganz vernichtet?

Einige von uns ... antworten:aus Rohheit. (...) Sie sprechen ... von vernachlässigter Erziehung des Menschengeschlechts. Irgend etwas wurde da versäumt oder konnte in der Eile nicht gemacht werden. Man muß es jetzt nachholen. Man muß gegen die Roheit die Güte einsetzen. Man muß die großen Wörter hervorrufen, die Beschwörungen, die schon einmal geholfen haben, die unvergänglichen Begriffe: Freiheitsliebe, Würde, Gerechtigkeit, deren Wirkung historisch verbürgt ist. Und sie wenden die großen Beschwörungen an. Was geschieht: Den Hinweis darauf, daß er roh sei, beantwortet der Faschismus mit dem fanatischen Lob der Roheit. Angeklagt, er sei fanatisch, antwortet er mit dem Lob des Fanatismus. Bezichtigt, er verletzte die Vernunft, schreitet er wohlgemut zu einer Verurteilung der Vernunft. (...) ... jene von uns, die das Grundübel in der Roheit, der Barbarei erblicken, sprechen ... nur von Erziehung, nur von Eingriffen in die Geister - keinen anderen Eingriffen jedenfalls. Sie sprechen von der Erziehung zur Güte. Aber die Güte wird nicht von der Forderung nach Güte kommen, nach Güte unter allen Bedingungen, selbst den schlimmsten, so wie die Roheit nicht von der Roheit kommen kann. (...) Die Roheit kommt nicht von der Roheit, sondern von den Geschäften, die ohne sie nicht mehr gemacht werden können. (...) Wir haben heute in den meisten Ländern der Erde gesellschaftliche Zustände, in denen die Verbrechen aller Art hoch prämiert werden und die Tugenden viel kosten. 'Der gute Mensch ist wehrlos, und der Wehrlose wird niedergeknüppelt, aber mit der Roheit kann man alles haben. Die Gemeinheit richtet sich ein auf 10 000 Jahre. Die Güte dagegen braucht eine Leibwache; aber sie findet keine.'

Hüten wir uns, sie von den Menschen einfach zu verlangen! Möchten doch auch wir nichts Unmögliches verlangen! Setzen wir uns nicht dem Vorwurf aus, wir kämen, auch wir, mit Appellen an die Menschen, Übermenschliches zu leisten, nämlich durch hohe Tugenden furchtbare Zustände zu ertragen, welche zwar geändert werden können, aber nicht geändert werden sollen! Reden wir nicht nur für die Kultur!

Erbarmen wir uns der Kultur, aber erbarmen wir uns zuerst der Menschen! Die Kultur ist gerettet, wenn die Menschen gerettet sind. (...) Kameraden, denken wir nach über die Wurzel der Übel!

Viele von uns Schriftstellern ... haben die Wurzel der Roheit, die sie entsetzt, noch nicht entdeckt. Es besteht immerfort bei ihnen die Gefahr, daß sie die Grausamkeiten des Faschismus als unnötige Grausamkeiten betrachten. Sie halten an den Eigentumsverhältnissen fest, weil sie glauben, daß zu ihrer Verteidigung die Grausamkeiten des Faschismus nicht nötig sind. Aber zur Aufrechterhaltung der herrschenden Eigentumsverhältnisse sind diese Grausamkeiten nötig. (...) Diejenigen unserer Freunde, welche über die Grausamkeiten des Faschismus ebenso entsetzt sind wie wir, aber die Eigentumsverhältnisse aufrechterhalten wollen oder gegen ihre Aufrechterhaltung sich gleichgültig verhalten, können den Kampf gegen die so überhandnehmende Barbarei nicht kräftig und nicht lang genug führen, weil sie nicht die gesellschaftlichen Zustände angeben und herbeiführen helfen können, in denen die Barbarei überflüssig wäre. Jene aber, welche auf der Suche nach der Wurzel der Übel auf die Eigentumsverhältnisse gestoßen sind, sind tiefer und tiefer gestiegen, durch ein Inferno von tiefer und tiefer liegenden Greueln, bis sie dort angelangt sind, wo ein kleiner Teil der Menschheit seine gnadenlose Herrschaft verankert hat. Er hat sie verankert in jenem Eigentum des einzelnen, das zur Ausbeutung des Mitmenschen dient und das mit Klauen und Zähnen verteidigt wird, unter Preisgabe einer Kultur, welche sich zu ihrer Verteidigung nicht mehr hergibt oder zu ihr nicht mehr geeignet ist, unter Preisgabe aller Gesetze menschlichen Zusammenlebens überhaupt, um welche die Menscheit so lang und mutig verzweifelt gekämpft hat."

„Kameraden, sprechen wir von den Eigentumsverhältnissen!"

Bleibt anzumerken, daß Brecht, der mit diesen Ausführungen nicht bei allzuvielen der angesprochenen Kameraden auf Zustimmung stieß, immer ein Verfechter der Einheitsfront gegen den Faschismus und der durch Eindeutigkeit des eigenen Standpunkts und rückhaltloser gegenseitiger Kritik erst möglichen Zusammenarbeit aller Hitlergegner blieb.

Brecht, der Kommunist, Brecht, der die Feststellung traf: *„Wer den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht preisgeben will, der wird den Faschismus nicht loswerden, sondern ihn brauchen"* - dieser Brecht eignet sich erkennbar nicht zur Vereinnahmung durch all die StaatsvertreterInnen, die in widerwärtiger Scheinheiligkeit aus Anlaß seines 100. Geburtstages ihre kulturpolitische Toleranz zur Schau stellten. Einer von ihnen war Roman Herzog, der mit einer *„leichten Korrektur"* Brechts Vermächtnis für obsolet erklären wollte: *„In diesen Tagen"*, so sprach er am 10.2.98 in der Berliner Akademie der Künste, *„wird sicher oft das Gedicht zitiert, in dem Brecht sich selber einen Grabspruch formuliert: 'Ich benötige keinen Grabstein, aber / Wenn Ihr einen für mich benötigt / wünschte ich, es stünde darauf: / Er hat Vorschläge gemacht. Wir / Haben sie angenommen. / Durch eine solche Inschrift wären wir alle geehrt.' Vielleicht darf man Brecht hier leicht korrigieren. Vielleicht sollte man, würde man ihm heute ein Denkmal setzen, lieber darauf schreiben: 'Er hat Fragen formuliert. Wir haben uns ihnen gestellt.'"* Hier preist einer seinen Mut, der sich als Sieger der Geschichte sieht. *„Das Unrecht geht einher mit sicherem Schritt / Die Unterdrükker richten sich ein auf zehntausend Jahre./ Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es. / Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden. / Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: Jetzt beginne ich erst."* Herzog und seinesgleichen haben sich allen Fragen tapfer gestellt und sie so beantwortet, daß Brechts Aufforderungen zum Handeln von ihrer Aktualität nichts eingebüßt haben. Indem Herzog den zur Zeit siegreichen und so stark erscheinenden Kapitalismus verteidigt und selbst Brecht noch *„leicht korrigiert"* für seine Ziele vereinnahmen will, ihn als *„in die Tradition des deutschen Humanismus"* gehörig bezeichnet, *„der immer wieder 'den Boden bereiten will für Freundlichkeit'"*, vergißt, verdrängt oder verschweigt er, daß die, die diesen Boden bereiten, oft selbst nicht freundlich sein können, und daß er selbst zu der Klasse zählt, zu der Brecht nicht freundlich sein wollte. *„Unsere Gegner sind die Gegner der Menschheit. Sie haben nicht 'recht' von ihrem Standpunkt aus: das Unrecht besteht in ihrem Standpunkt. Sie müssen vielleicht so sein, wie sie sind, aber sie müssen nicht sein." „Güte"*, schrieb Brecht 1932, also vor dem Sieg des Faschismus, im gleichen Aufsatz weiter, *„bedeutet heute, wo die nackte Notwehr riesiger Massen zum Endkampf um die Kommandohöhe wird, die Vernichtung derer, die Güte unmöglich machen."*

Tragen wir das unsere dazu bei, daß Güte möglich wird. Die Beschäftigung mit Brecht kann uns dabei helfen.

Dietrich Lohse

Ihr aber lernet, wie man sieht statt stiert
Und handelt, statt zu reden noch und noch,
So was hätt einmal fast die Welt regiert!
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch,
Daß keiner uns zu früh da triumphiert-
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch

Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui, Epilog

Fachkonferenz zum 80. Jahrestag der Novemberrevolution in Kiel

„Ein verlorener Krieg kann schnell verwunden werden. Eine verspielte Revolution, das wissen wir, ist die Niederlage eines Jahrhunderts." (Carl von Ossietzky)

Die Niederlage, die der Schriftsteller Carl von Ossietzky im November 1928 in der *Weltbühne* beklagte, ereignete sich vor nunmehr bald 80 Jahren. Matrosen und Arbeiter gaben in Kiel das Signal zum Sturz des Kaiserreichs. Aber sie wußten die ihnen zufallende Macht nicht zu behaupten. Die blutige Abrechnung des Faschismus mit den *„Novemberverbrechern"* traf dann auch den Teil der Arbeiterklasse, der den „Kaisersozialisten" treu geblieben war, die nach dem unverhofften Abgang des Monarchen ihr Hauptaugenmerk auf die Erstickung aller revolutionär antikapitalistischen Bestrebungen richteten - und zu diesem Zweck auch ihre eigenen Henker bewaffneten. Die Vorgänge im Jahr 1918 sind Gegenstand historischer Forschung. Das Interesse daran ist nicht unabhängig vom Klasseninteresse der Forschenden. Wir haben das dringende Interesse, aus der Geschichte Lehren für heute zu ziehen, denn die Folgen dieser *„Niederlage eines Jahrhunderts"* haben wir noch heute zu tragen. Bereits diese kurze Darstellung mag umstritten sein. Aus der Vergangenheit zu lernen, um die Zukunft gestalten zu können, scheint allerdings ein naheliegendes Anliegen. In diesem Sinne wollen wir uns ein Verständnis der - bisher (?) - letzten deutschen Revolution erarbeiten. Wir laden Euch ein, dabei mitzutun - auf der von der Antifaschistischen Initiative Gaarden und der Fachschaft Soziologie/Politologie der Christian-Albrechts-Universität veranstalteten **Fachkonferenz am 31. Oktober 1998 in der Kieler „*pumpe*", Haßstraße 22**



First we took Kiel, then we took Berlin:
Karl Liebkenecht ruft die sozialistische Republik aus

Beginn: 10.00 Uhr, Einlaß ab 9.30 Uhr

Programmplanung:

Teil 1 (10.00 bis ca.13.00 Uhr):
Einführung in die Konferenz. *Deutschlands Weg in den Krieg - Lebensbedingungen während des Krieges* - Schwerpunkt: Die Revolution in Kiel. Miwirkende/Referenten: Karl Siebig (Kiel) - freier Journalist, Filmemacher („Ernst Busch in Kiel"); Klaus Kuhl (Kiel) - Autor des Films *„November"* über die Revolution in Kiel; Dietrich Lohse (Kiel) - Betriebsrat (IG Medien); Stephan Linck (Kiel) - Historiker. Anschließend Diskussion.

Teil 2 (14.30 bis ca. 17.30 Uhr):
Vorträge und Diskussion: 1. *Einordnung der Novemberrevolution in die deutsche Geschichte* (Referent: Prof. Dr. Wolfgang Ruge, Potsdam). 2. *Die Rolle der Sozialdemokratie in der deutschen Novemberrevolution in der unterschiedlichen Sicht von westdeutscher und DDR-Geschichtsschreibung* (Referent: Prof. Dr. habil. Heinz Niemann, Bergfelde). 3. *Kriegsniederlage - Dolchstoßlegende - antisemitische, völkische Bewegung* (Referent: angefragt ist Dr. Mario Keßler, Berlin).

Teil 3 (17.30 bis ca. 19.00 Uhr):
Abschlußrunde mit den Referenten. Erste Auswertung der Konferenz. Überlegungen zu weiteren Arbeiten. Die Konferenz ist für alle Teilnehmenden mit Arbeit verbunden - und dafür werdet Ihr auch noch bezahlen müssen.

Also: Termin vormerken und schon mal etwa 15.- DM ansparen. Wir werden uns bemühen, zwei Wochen vor der Konferenz eine Materialmappe vorzulegen. Nähere Informationen folgen.

Anmeldungen bei: Dietrich Lohse, Blitzstraße 26, 24143 Kiel, Tel.: (0431) 738351

USA: Antirassistische Skinheads ermordet

Am 4. Juli sind zwei antirassistische Skinheads in der Wüste bei Las Vegas ermordet worden. Die Polizei ermittelt noch und hält ein „hate crime“ für möglich; Verhaftungen erfolgten bisher jedoch nicht. Antirassistische Skinheads aus Las Vegas sind hingegen sicher, daß ihre zwei Freunde von Nazi-Skinheads ermordet wurden. Anti-Racist-Action führt daher am 29. August in Las Vegas eine USA-weite Demonstration durch, um „die Straßen von den Terroristen der weißen Vorherrschaft zurückzuerobern“.



Ku-Klux-Klan-Demonstration. Hier in Mercer/ Pennsylvania, wo die 200 Rassisten, von der Polizei geschützt, Brandanschläge auf die Kirchen von Farbigen ideologisch rechtfertigen konnten.

Daniel Shersty, ein weißer, 21-jähriger Flieger vom Luftwaffenstützpunkt Nellis, und Lin Newborn, ein 25-jähriger Schwarzer, der in einem Tattoo- und Piercing-Laden arbeitete, waren Mitglieder der *Las Vegas Unity Skins*. Die AntirassistInnen sind der Meinung, daß die beiden in jener Nacht von zwei jungen Frauen in die Wüste gelockt wurden. Eine von ihnen war kurz vorher Kundin in dem Tattoo-Laden und hatte ihm telefonisch ein Treffen vorgeschlagen. Shersty war 500 Meter von der Autobahn in der Nähe seines Wagens gefunden worden; der Schuß traf ihn mitten ins Gesicht. Newborn war nur wenig entfernt aufgefunden worden - offensichtlich erschossen, als er zu fliehen versuchte.

Aktivitäten rassistischer Skinheads in Las Vegas haben zugenommen. Nur wenige Wochen zuvor hatten rassistische Skins einen Schwarzen bis nach Hause verfolgt und in seiner Wohnung auf ihn geschossen. Bewohner erwiderten das Feuer und vertrieben auf diese Art die Angreifer. Zusätzlich wurde bekannt, daß bereits 12- und 13jährige an den Schulen rekrutiert werden. Der Mord an Shersty und Newborn paßt jedoch nicht in die bisherigen Gewaltmuster von weißen rassistischen Skins. In den meisten Fällen war diese Gewalt spontan, das Ergebnis des Versuchs, sich ein Stück der Straße zu erobern oder gefördert durch Drogen und Alkohol. Solche Vorfälle waren bisher selten geplant und eher zufällig. Die Morde vom 4. Juli könnten eine neue Qualität der Gewalt einläuten.

Sie sind möglicherweise nicht von Anhängern der örtlichen Nazi-Szene begangen worden. Las Vegas liegt an der Autobahn zwischen Orange County, California und St. George, Utah. Orange County ist seit Jahrzehnten die Heimat von Neonazi-Gruppen, und im St.George-Zion Nationalpark gibt es einen Stütz-


Demonstration der *Aryan Nation* 1989 in Tennesse

punkt der Skinheads von **Johnny Bangeter** und seiner schwerbewaffneten ***Army of Israel***. Zum Kern der Gruppe gehören einige junge Frauen.

Öffentliches Waffentraining der *Army of Israel*

Bangeter ist 1992 von Las Vegas in den Zion Nationalpark gezogen. Kurz darauf wurden Skins der *Army of Israel* inhaftiert, als sie versuchten, Waffen zu **Randy Weaver** zu schmuggeln, als dieser vom FBI belagert wurde. Seitdem haben sie öffentlich ihr Waffentraining abgehalten. (Aber die Bangeter-Gruppe ist nicht die einzige paramilitärische Gang in Utah. Eine Abteilung des Innenministeriums sucht immer noch nach zwei Faschisten, die vor einigen Wochen einen Polizisten erschossen haben und sich seitdem in der Wüste ihrer Verhaftung entzogen haben.)

Zwischen nordamerikanischen White-Power-Skins und antirassistischen Skinheads gibt es gelegentlich Auseinandersetzungen auf der Straße. *Anti-Racist-Action* (ARA), ein USA-weites Netzwerk, in dem auch Skinheads mitarbeiten, berichtet, daß rassistische Skins in Louisiana die Wohnung einer antirassistischen Musikgruppe gestürmt, Ausrüstung zerstört und rassistische Slogans hinterlassen hätten. ARA weiß auch von einem schweren Vorfall in Toronto und Schlägereien in Montreal, aber generell wenig Ausschreitungen bei Musikveranstaltung. In diesem Sommer hat ARA mit den *Mighty Mighty Bosstones* eine Tournee durch 50 Städte organisiert; in weiteren 50 Städten spielten zehn Punk- und Ska-Gruppen bei er *WARP*-Tournee, und *No FX* spielte in 20 Orten. Das ARA-Netzwerk zählt gegenwärtig 115 aktive Gruppen, wovon viele neu gegründet wurden. Nach einer Zeit weit verbreiteter, spontaner Übergriffe in den 80ern und frühen 90er Jahren sind die Nazi-Skinheads zunehmend unter den Einfluß der ***Hammerskins*** geraten, die den Aufbau organisierter Zusammenhänge gegenüber der Ausübung beliebigen Straßenterrors betonen. Wie *Searchlight* im Januar berichtete, konzentrierten sich die Neonazis auf ihre eigenen Arischen Feste und geschäftliche Aktivitäten. Zu jener Zeit beherrschte *Resistance Records* die Szene mit seinem Zeitschriften- und CD-Vertrieb. Auch Propaganda von



Faschistische Propaganda für von Frauen ausgeführten Terrorismus

William Pierce's ***National Alliance (NA)*** breitete sich aus - insbesondere, nachdem **George Burdi**, die führende Persönlichkeit bei *Resistance Records*, eine Allianz mit der *NA* eingegangen war. Heute allerdings hat sich Burdi etwas zurückgezogen und *Resistance Records* muß sich den CD-Markt mit *Wolfpack Records* und *Tri-State Terror* teilen. Allerdings ist das NA-Material in der *White-Power*-Subkultur weiterhin allgegenwärtig.

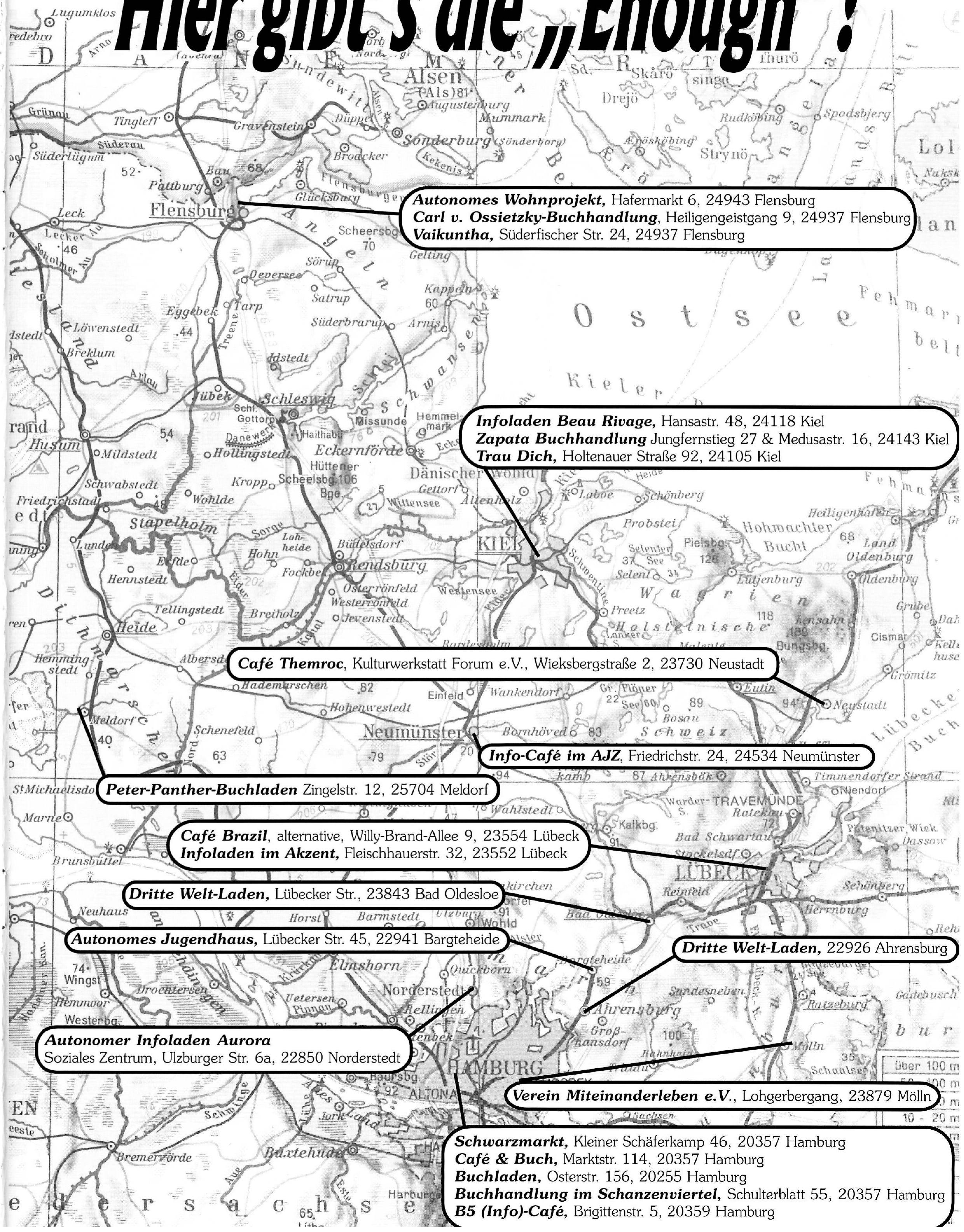
Hatte Detroit zur Zeit der Vorherrschaft von *Resistance Records* zentrale Bedeutung für die Subkultur, so hat sich dies nun in den Nordosten verschoben. Die ***AC-Skins*** sind wohl die stärkste Gruppe mit 300 Mitgliedern in New Jersey und Pennsylvania. Drei Gruppen - ***Aggravated Assault***, ***Blue-Eyed Devils*** und ***Operation Ghetto Storm*** - sind den AC-Skins verbunden und geben ihnen zusätzlichen Einfluß.

Veränderungen in der Skinhead-Szene

Die Veränderungen in der Skinhead-Szene mögen noch bedeutend sein für Neonazis. Ein neues, unpolitisches Selbstverständnis hat die scharfe Abgrenzung (delineation) zwischen Antirassisten und White-Power-Fraktion von Beginn der 90er Jahre ersetzt. Die *„Skinhead-Bibel"* und ihre *„Skinhead-Sein ist nicht politisch"*-Botschaft sind wieder populär. Dies führt dazu, daß sich selbst „nicht-rassistische" (im Unterschied zu anti-rassistisch) nennende Skinheads mit Neonazis zusammen Bier trinken. Antirassistische Skinheads hingegen werden eher gemieden, da diese daran festhalten, mit Neonazis nichts zu tun haben zu wollen. Alle Strömungen allerdings reklamieren für sich, das „echte" Skinhead-Erbe zu vertreten.

(Diesen Bericht erhielten wir von der internationalen antifaschistischen Monatszeitschrift **SEARCHLIGHT**. *Vielen Dank.)*

Hier gibt's die „Enough"!



Autonomes Wohnprojekt, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Carl v. Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9, 24937 Flensburg
Vaikuntha, Süderfischer Str. 24, 24937 Flensburg

Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel
Zapata Buchhandlung Jungfernstieg 27 & Medusastr. 16, 24143 Kiel
Trau Dich, Holtenauer Straße 92, 24105 Kiel

Café Themroc, Kulturwerkstatt Forum e.V., Wieksbergstraße 2, 23730 Neustadt

Info-Café im AJZ, Friedrichstr. 24, 24534 Neumünster

Peter-Panther-Buchladen Zingelstr. 12, 25704 Meldorf

Café Brazil, alternative, Willy-Brand-Allee 9, 23554 Lübeck
Infoladen im Akzent, Fleischhauerstr. 32, 23552 Lübeck

Dritte Welt-Laden, Lübecker Str., 23843 Bad Oldesloe

Autonomes Jugendhaus, Lübecker Str. 45, 22941 Bargteheide

Dritte Welt-Laden, 22926 Ahrensburg

Autonomer Infoladen Aurora
Soziales Zentrum, Ulzburger Str. 6a, 22850 Norderstedt

Verein Miteinanderleben e.V., Lohgerbergang, 23879 Mölln

Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Café & Buch, Marktstr. 114, 20357 Hamburg
Buchladen, Osterstr. 156, 20255 Hamburg
Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg
B5 (Info)-Café, Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg

AUF NACH ROSTOCK

Den NPD/JN-Aufmarsch verhindern!

19. Sep '98

Treffpunkt:
8 Uhr: Goetheplatz, Steintor
11 Uhr: Demonstration in Evershagen/Lichtenhagen und Schmarl/Groß Klein unter dem Motto „Gemeinsam gegen Rechtsradikalismus"



Aus Schleswig-Holstein werden mehrere Busse nach Rostock fahren!

Informationen über:

Antifa-Tel.:0451/7020748

